

Teil C

Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen **Seiten C 1 – C 6**

- 01) Westpreußen-Kongress, 26. bis 28.09.2025, in Warendorf / NRW
- 02) Tag der Danziger, 10. bis 12.10.2025, in Danzig
- 03) XLV. Forum Gedanum, 24. bis 26. Oktober 2025, in Lübeck

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin

Seiten C 7 – C 73

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten C 7 – C 17)

- 01) 270. Kiezspaziergang – Charlottenburg-Nord: Zwischen Halemweg, Großsiedlung Siemensstadt und Volkspark Jungfernheide
- 02) Villa Oppenheim: Vartavar-Festival zur Ausstellung „Re-Membering“
- 03) Weideauftrieb im Ruhwaldpark: Pommersche Landschaften verbringen ihre Sommerferien in Berlin
- 04) Zwei neue Bezirksstadträte und neuer stellvertretender Bürgermeister in Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf gewählt
- 05) Gedenken an den 20. Juli 1944 – Der Widerstand gegen das NS-Regime
- 06) Das Berliner Hausaufgabenheft rund um die 17 Ziele für eine gesunde und solidarische Welt
- 07) Herausforderung Hitze in der Stadt: Grün ist nicht gleich Grün
- 08) 269. Kiezspaziergang: Von der Villa Oppenheim zum Lietzenseepark

➤ **Steglitz-Zehlendorf** (Seiten C 18 - C 22)

- 01) 5. bis 7. September 2025: 30 Jahre Kulturhaus Schwartzsche Villa
- 02) Kranzniederlegung am 13.08.2025
- 03) „Mit Herz und Hand – gemeinsam stark im Ehrenamt“ - Ehrung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf durch Bezirksstadtrat Tim Richter
- 04) Interkulturelle Wochen 2025 unter dem Motto „dafür!“ vom 18.09. bis 02.10.2025 – Aufruf zur Beteiligung und Einladung zum Planungstreffen am 16.07.2025

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten C 23 – C 46)

- 01) Aufruf zur Benennung von Engagierten anlässlich der Verleihung von Verdienstmedaillen und dem Förderpreis des Bezirks Tempelhof-Schöneberg 2025
- 02) Neue Publikation zur Geschichte der Maison de Santé
- 03) Heinrich-von-Kleist-Park offiziell wiedereröffnet!
- 04) Bezirk Tempelhof-Schöneberg gedenkt dem*) Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft
- 05) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann verleiht Jugendkompetenzpässe an engagierte Schüler - 30 Jahre „Mauer des Gedenkens“
- 06) Feierliche Benennung der Ottilie-Ehlers-Kollwitz-Straße in Lichtenrade
- 07) „Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen an Kriegsgefangenen“
- 08) „Gedenken an den Pazifisten Alfred Hermann Fried“
- 09) Wie klingt ein Friedhof?
- 10) Feierliche Eröffnung des sanierten Heinrich-von-Kleist-Parks mit Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck
- 11) Fachexkursion beim Partnerlandkreis Bad Kreuznach
- 12) Erster Europäischer Kiezspaziergang durch Friedenau
- 13) Einladung zur feierlichen Benennung der Ottilie-Ehlers-Kollwitz-Straße
- 14) Zukunft der Potsdamer Straße und Umgebung – Bezirke laden zur Beteiligung ein

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin** (Seiten C 47 – C 73)

- 01) Suche nach dem Superstar. Von Ed Koch
- 02) KW 30 (21. bis 27.07.2025) – Lichtblicke. Von Ed Koch
- 03) KW 29 (14. bis 20.07.2025): Rein und raus aus die Kartoffeln. Von Ed Koch
- 04) Nächster Tiefschlag: Jugendsenatorin kürzt erneut bei Jugendarbeit. Von Ed Koch
- 05) Wohnungssuche. Von Ed Koch
- 06) Interessante Veranstaltungen
- 07) Gemeinsam radeln für gesunde Kinderherzen: Erfolgreiches Finale der zwölften PSD-Herzfahrt mit 65.000 Euro an Spenden für herzkranken Kinder
- 08) Sommer Talks. Von Ed Koch
- 09) KW 28 (07. bis 13.07.2025) – Die letzte Instanz. Von Ed Koch
- 10) Community. Von Ed Koch
- 11) Mein Freund, der Baum. Von Ed Koch
- 12) Reif für die Insel
- 13) Berlin Dome. Von Ed Koch u.a.
- 14) KW 27 (30. bis 06.07.2025) – Konzepte für Berlin. Von Ed Koch

15) Erkenntnisgewinn gleich Null. Von Ed Koch

16) Justitia hat ein Problem. Von Ed Koch

C. c) Berichte

Seite C 74

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025

**C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seite C 75

01) Umbenennung der Mohrenstraße: Keine Verzögerung – Rechtslage ist eindeutig

C. e) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten C 76 – C 97

01) Massaker von Aussig

02) Potsdamer Konferenz 1945

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 3



Wappen der
Kgl. Prov. Westpreußen

Westpreußische Gesellschaft / Landsmannschaft Westpreußen e. V.

Mühlendamm 1
48167 Münster-Wolbeck

Telefon: 0 25 06 / 30 57–50

Telefax: 0 25 06 / 30 57–61

E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

01) Westpreußen-Kongress, 26. bis 28.09.2025, in Warendorf / NRW

Die Kaschuben zwischen Assimilation und Selbstbehauptung: Die verschlungenen Wege einer autochthonen Minderheit im Land an der unteren Weichsel

In der aktuellen, am 01. August 2025 postalisch eingegangenen Ausgabe von Westpreußen. Begegnungen mit einer europäischen Kulturregion. 2. (77.) Jahrgang, Heft 2, Sommer 2025 wird auf Seite 4 (siehe unten) das vorläufige Tagungs-programm dargestellt. Der Hinweis, dass ab 01.08.2025 der Internet-Auftritt mit dem aktualisierten Programm des Kongresses unter <kongress2025.westpreussische-gesellschaft-de> aufzurufen wäre, war bis zum 02.08.2025 noch nicht möglich.

VORHINWEISE AUF DEN WESTPREUSSEN-KONGRESS 2025

Der nächste Westpreußen-Kongress soll vom 26. bis zum 28. September 2025 in Warendorf stattfinden. Der Titel lautet:

DIE KASCHUBEN ZWISCHEN ASSIMILATION UND SELBSTBEHAUPTUNG: Die verschlungenen Wege einer autochthonen Minderheit im Land an der unteren Weichsel

AUFRISS DES THEMAS

Die Kaschuben haben im westpreußischen Geschichtsbild für lange Zeit einen »weißen Fleck« gebildet: Allzu sehr war der Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis gerichtet, so dass diese zweite slawische – und zudem unbestreitbar autochthone – Ethnie, die ebenfalls einen eigenständigen Anteil an der Entwicklung des Landes erbracht hat, kaum Beachtung finden konnte. Inzwischen aber ist die Zeit gekommen, diese »Lücke« in der Erinnerungskultur weiter zu füllen. Dabei sind die folgenden vier Phasen der »verschlungenen Wege« zu berücksichtigen:

- Nach der Gründung der preußischen Provinz Westpreußen (1772) gelingt es den Kaschuben, während der Zeit des anwachsenden Nationalismus ihre kulturelle und sprachliche Identität zu definieren und zu bewahren.
- Nach 1920 widerstehen die Kaschuben auch den Zwängen, sich unter Verzicht auf ihre nationalen Spezifika dem polnischen Staatsvolk einzufügen, das gerade ab 1945 druckvoll angestrebt wird.

- Nach 1989 werden Ansätze zu kultureller Autonomie zusammengeführt und massiv verstärkt. Die kaschubische Kultur wird – in allen Facetten der Kunst und Literatur sowie des Kunsthandwerks – jetzt nicht nur intensiv erforscht, in einschlägigen Museen bewahrt und in der Alltagskultur insgesamt höchst präsent gehalten, sondern entwickelt sich auch in der Gegenwart und Zukunft lebendig weiter.
- Ein Jahr nach dem EU-Beitritt Polens wird Kaschubisch 2005 in Polen zu einer eigenständigen Regionalsprache, die auch an der Universität Danzig studiert werden kann.

Neben dem historischen Perspektivwechsel zu einem komplexeren Miteinander dreier Ethnien und Kulturen in Westpreußen eröffnet die jetzt erkämpfte kulturelle Autonomie der Kaschuben zudem die Möglichkeit, die Prozesse der europäischen Einigung und des damit einhergehenden internationalen Schutzes von Minderheitenrechten mit in den Blick zu nehmen.

TAGUNGSPROGRAMM

FREITAG, 26. SEPTEMBER 2025

20:00 Uhr dr Magdalena Pašewicz-Rybacka, *Rahmel (Rumla/Rémiô)*
**Das Netz des kulturellen Gedächtnisses:
Museen der kaschubischen Kultur und Geschichte**

SAMSTAG, 27. SEPTEMBER 2025

9:00 Uhr Dr. Roland Borchers, *Berlin*
**Von Florian Ceynowa über die Eheleute Gulowski
bis zu Aleksander Majkowski – Substrate
und Konzepte der kaschubischen (Volks-) Kultur**

10:40 Uhr dr Aleksandra Kurowska-Susdorf, *Gdingen (Gdynia/Gdiniô)*
**Interkulturelle Beziehungen zwischen der
kaschubischen Diaspora und der Herkunftsregion**

12:00 Uhr Martin Koschny M.A., *Warendorf*
**Museologischer Problementwurf:
Die Kaschuben in der Dauerausstellung**

14:00 Uhr Besichtigung der Kaschubischen Abteilung und der
Sonderausstellung **Zwischen Düne und Struktur: Walter Klessing
(Danzig 1913–1990 Warendorf)** im Westpreußischen Landesmuseum

15:30 Uhr Prof. Dr. Peter Oliver Loew, *Darmstadt*
**Märchenland Kaschubei? Geschichte und Geschichten
zur eigentlichen Heimat des Günter Grass**
*Öffentlicher Vortrag des Laureaten im Westpreußischen Landesmuseum
mit anschließender Verleihung des Westpreußischen Kulturpreises 2025*

19:30 Uhr Dr. Tomasz Fopke, *Neustadt (Wejherowa/Wejrowò)*
**Cassubia non cantat? – Chorgesang, Instrumentalmusik
und Tanz in der kaschubischen Kultur**

SONNTAG, 28. SEPTEMBER 2025

9:00 Uhr N. N.
**Die Kaschuben im Spannungsfeld von Polonisierung
und Germanisierung – Beobachtungen
und Reflexionen aus der Zeit von 1920 bis 1989**

10:20 Uhr Adrian Roman Wojtaszewski, *Danzig (Gdańsk/Gduńsk)*
**Die kaschubische Landschaft, die Volkskunst, die Mythen, Symbole
und Riten im Sog von Standardisierung und Kommerzialisierung?**

ORGANISATORISCHE HINWEISE

Am 1. August wird unter der Adresse

kongress2025.westpreussische-gesellschaft.de

eine zweisprachige Website freigeschaltet, die dann alle wesentlichen Informationen über das Programm, die Teilnahmevoraussetzungen und die Anmeldebedingungen bietet wird. – **Alle Interessentinnen und Interessenten werden gebeten, sich die Termine vorzumerken und die Adresse der Kongress-Homepage greifbar zu halten.**

Rechtliche Anmerkung: Eine Förderung dieser Veranstaltung ist beim BMI beantragt worden. Eine definitive Zusage liegt aber noch nicht vor. Deshalb sind alle hier gegebenen Hinweise noch als unverbindlich zu betrachten.

WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT

Mühlendamm 1 • 48167 Münster-Wolbeck

Telefon: +49 (0) 2506 / 3057-50

E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

www.westpreussische-gesellschaft.de



Bund der Danziger e. V., 0451-77303, post@danziger.info

02) Tag der Danziger, 10. bis 12.10.2025, in Danzig

Programm-Übersicht zum Tag der Danziger 2025

**Einladung zum
"Tag der Danziger"
in Danzig**

10. – 12. Oktober 2025

Liebe Landsleute und Freunde Danzigs!

Aus Anlass des ersten offiziellen Treffens zwischen dem Bund der Danziger e.V. und der Administration der Stadt Danzig vor 10 Jahren, am „Tag der Danziger 2015“ in Danzig, und 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs soll dieser Tag wieder als gemeinsame Begegnung in Danzig gefeiert werden.

**Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme
und möchten Sie gerne herzlich
in Danzig begrüßen!**



Donnerstag, 09.10.2025

Individuelle Anreise

Freitag, 10.10.2025

9.00 – 16.00 Uhr

Busfahrt durch das Große Werder

Trutenau: Das Vorlaubenhaus Rixin/Ringe aus dem Jahr 1720 ist das größte noch erhaltene Vorlaubenhaus im Danziger Werder

Käsemarkt: Kirche, Friedhof, Weichselbeich
Palschau: Holländer Windmühle und Holzkirche

Tiegenhof: kurzer Stadtsparzgang vorbei an der Stobbe'schen Machandelbrennerei und Besuch des Werdermuseums)

Wenn noch genügend Zeit ist, geht die Fahrt weiter nach Tiegenhagen u. Fischerbabke

*Reiseleitung: Wolfgang Naujacks
Forum Danzig*

18.00 Uhr

„Gegen Danzig ist alles nichts...“



Vortrag von **Daniela Grenz**,
(2. Vorsitzende des BGD),
in den Räumen der Polnisch – Deutschen
Gesellschaft (TPN) in Danzig, Kulturzentrum
(Starowiejska 15/16 / Lauentaier Weg)

Samstag, 11.10.2025

9.00 Uhr

Stadtführung mit **Adam Dąbrowski**, Lehrer an der ehemaligen Pestalozzi-Schule in Langfuhr

13.00 – 17.00 Uhr

Festprogramm: Aula der Musikakademie
(ul. Łąkowa 1-2/ Weidengasse)

Vortrag: **Prof. Stefan Chwin**, Schriftsteller aus Danzig (gefördert durch die Kulturstiftung Westpreußen)

Musik: Daniela Grenz und Stefan Kutschler
Treffen und Austausch: mit Vertretern der Deutschen Minderheiten, verschiedenen Organisationen und Politikern, Catering

19.00 Uhr

Ausklang im Restaurant „Gdańska“
(nicht im Preis inbegriffen)

Sonntag, 12.10.2025

9.00 - 16.00 Uhr

Busfahrt nach Stutthof zum ehemaligen Konzentrationslager (**Führung W. Naujacks**)
und **Steegen**, historische Kirche und Strand
Alternativ

14.30 Uhr **Kranzniederlegung:** Friedhof der nicht mehr existierenden Friedhöfe (ul. 3 Maja)

15.30 Uhr **Kaffeetrinken in Langfuhr**
siehe Info-Seite

Tag der Danziger in Danzig 2025

Anmeldung / Auskunft

Mit Anmeldebogen per Post an:

Frau Petra Lorinser

Blumenstr. 7

88214 Ravensburg

oder per E-Mail an:

post@danziger.info

Alternativ per Telefon:

0451-77303

mit Anrufbeantworter -
Rückruf erfolgt!

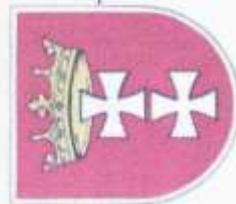
Commerzbank Lübeck

IBAN DE54 2304 0022 0013 4528 00

Bund der Danziger e.V.

Maria-Goeppert-Str. 3

23562 Lübeck



Info - Gut zu wissen

Hotelaufbuchung

Der BdDA hat im „Novotel Gdańsk Centrum“ auf der Speicherinsel für den Zeitraum vom 9.10. bis 13.10.2025 ein Zimmerkontingent reserviert. **Wer an einer Buchung interessiert ist, meldet sich bitte rechtzeitig bei uns! Die Anmeldung und Bezahlung des Zimmers inklusive Frühstück muss bis zum 20. August 2025 erfolgt sein.** Preis pro Nacht: je nach Zimmerkategorie 70 bis 90 € (siehe Anmeldeformular).

Teilnehmerbeitrag für Busausflüge, Taxitransfer zur TPN, Stadtführung, Führung und Eintritt Stutthof

60 € pauschal pro Person. Die Nichtteilnahme an einzelnen Veranstaltungen kann nicht erstattet werden.

Bezahlung

Wir bitten, für die Hotelreservierung und für das Ausflugsprogramm zum 20. August auf das Konto des Bundes der Danziger e.V. zu überweisen: **IBAN: DE54 2304 0022 0013 4528 00**

Verpflegung

ist nicht im Preis eingeschlossen. Das kleine Abendbuffet nach dem Vortrag von Daniela Grenz und das Catering bei der Festveranstaltung in der Musikakademie sind kostenfrei.

Treffpunkt für Ausflüge und Veranstaltungen ist das Novotel

Busfahrten und Stadtführung 9.00 Uhr

Taxitransfer zur Polnisch Deutschen Gesellschaft 17.30 Uhr

Festveranstaltung in der Aula der Musikakademie, 12.30 Uhr, kurzer geführter Spaziergang

Kranzniederlegung 14.00 Uhr (Mittfahrgelegenheit im Auto oder zu Fuß)

Zusatz-Information für Sonntag

Für alle, die sonntags nicht mit nach Stutthof fahren wollen, bieten wir um 15.30 Uhr in Langfuhr ein Kaffeetrinken für „vertriebene und daheimgebliebene“ Danziger an. Gäste sind willkommen. Die Kosten sind nicht im Teilnehmerbeitrag enthalten.



Bund der Danziger e.V.
Der Vorstand

Anmeldung (Bitte bis spätestens 20.08.2025)

„Tag der Danziger“ in Danzig

10. – 12. Oktober 2025

Ich melde mich zum Tag der Danziger vom 10. – 12. Oktober 2025
mit ___ Personen an.

Anmeldung / Auskunft

Bitte per Post an:
Frau Petra Lorinser
Blumenstr. 7

88214 Ravensburg

oder per E-Mail an:

post@danziger.info

Alternativ per Telefon:

0451- 77303

mit Anrufbeantworter -
Rückruf erfolgt!

Zimmerreservierung Novotel Gdańska Centrum

Der BdDA hat für den Zeitraum vom 9.10. bis 13.10.2025 ein Zimmerkontingent reserviert. Die Zahlung des Zimmers muss dann spätestens bis zum 20. August 2025 beim BdDA erfolgt sein. Eine Stornierung des Zimmers ist danach leider nicht mehr möglich.

Preise: EZ: 72,00 €, DZ: 84,00 € pro Nacht mit Frühstück.

Ich / wir buchen für die Zeit vom ___ bis ___ Einzelzimmer ___ / Doppelzimmer ___

Die Teilnahmegebühr für das Ausflugs- und Rahmenprogramm beträgt pauschal 60 €.

Die Nichtteilnahme an einzelnen Veranstaltungen kann nicht erstattet werden. Die Festveranstaltung ist kostenfrei.

11.10.2025 Ich komme nur zur Festveranstaltung in der Musikakademie

11.10.2025 Ausklang im Restaurant „Gdańska“ auf eigene Rechnung

Für die Planung: Ich möchte an folgendem(en) Programmpunkt(en) nicht teilnehmen:

Name(n): _____

Anschrift: _____

PLZ, Ort: _____

Tel./E-Mail: _____

Anzahl der Personen: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

03) XLV. Forum Gedanum, 24. bis 26. Oktober 2025, in Lübeck

KULTURWERK DANZIG E. V.
und
DANZIGER NATURFORSCHENDE GESELLSCHAFT E. V.

XLV. Forum Gedanum vom 24. bis 26. Oktober 2025

in Lübeck, Hotel Zum Ratsherrn –
Restaurant Steakhaus, Herrendamm 2 – 4.

Programm

Freitag, 24. Oktober 2025

- 18.30 Uhr Abendessen
- 20,00 Uhr Begrüßung und Einführung in die Tagung
Grußwort des Vorsitzenden der Danziger Naturforschenden Gesellschaft e.V.
Vortrag Prof. Gilbert Gornig: „Cyber War im Völkerrecht“

Sonnabend, 25. Oktober 2025

- 8,15 Uhr Frühstück
- 9,15 Uhr Grußwort des Vorsitzenden des Kulturwerks Danzig e. V., Jochen Gruch
- 9,30 Uhr Prof. Dr. Andreas Deutsch: „Nathanael Pringsheim (1823-1894)“
- 10,45 Uhr Lothar Schubert: Bericht vom Tag der Danziger in Danzig 2025
- 11,15 Uhr Kaffeepause
- 11,45 Uhr Dr. Jörn Barfod: „Danziger Goldschmiedekunst“
- 13,00 Uhr Mittagessen
- 14,30 Uhr Kulturwerk Danzig e.V.: Vorstandssitzung
- 15,15 Uhr Danziger Naturforschende Gesellschaft e.V.: Mitgliederversammlung
- 17,00 Uhr Festliche Musikalische Abendgesellschaft – Barock-Konzert**
in der Stockelsdorfer Kirche mit dem Rocaille-Ensemble Lübeck
- 19,00 Uhr Abendessen
- 20,30 Uhr Kulturwerk Danzig e.V.: Mitgliederversammlung

Sonntag, 26. Oktober 2025

- 8,15 Uhr Frühstück
- 9,15 Uhr Hans-Jürgen Kämpfert: „Johannes Trojan aus Danzig als Schriftsteller und ?“
- 10,15 Uhr Dr. Dieter Heckmann
„Fische in Danzigs Gewässern im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit“
- 11,15 Uhr Kaffeepause
- 11,45 Uhr Iwona Kramer-Galinska „Der Danziger Maler Reinhold Bahl“
- 12,45 Uhr Schlussworte, Verabschiedung
- 13,00 Uhr Mittagessen

Tagungsleitung: Jochen Gruch und

Gäste sind auch zu einzelnen Vorträgen nach Anmeldung (auch im Hotel) herzlich willkommen.

Tagungsbeitrag EUR 95,00 € /Person einschließlich Übernachtung im DZ u. Vollverpflegung.

Einzelzimmerzuschlag: 30,00 €

Anmeldung nur schriftlich ab sofort an:

Ernst Weichbrodt, Poeler Str. 37, 23970 Wismar oder ernst@familie-weichbrodt.de

Die Anmeldungen werden bestätigt.

Die Teilnehmergebühr ist nach bestätigter Teilnahme zu überweisen auf das

Konto des KW Danzig: IBAN DE49 4005 0150 0034 4075 02 BIC WELADED1MST

Wir wünschen eine gute Anreise und eine interessante Tagung mit vielen netten Begegnungen!

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 7– C 46**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 7 – C 13)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) 270. Kiezspaziergang – Charlottenburg-Nord: Zwischen Halemweg, Großsiedlung Siemensstadt und Volkspark Jungfernheide



Bild: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Pressemitteilung vom 01.08.2025

Der 270. Kiezspaziergang findet am **Samstag, 9. August 2025**, mit Staatssekretär Arne Herz statt. Treffpunkt ist um **14 Uhr** an der U-Bahnstation Halemweg, Ausgang Halemweg, 13627 Berlin. (U7, Bus 123)

Die Route führt durch Charlottenburg-Nord: Vom Treffpunkt geht es durch die Großsiedlung Siemensstadt, ein UNESCO-Weltkulturerbe und Vorbild des modernen Städtebaus, Ziel ist der Volkspark Jungfernheide.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Auf der [Webseite des Bezirksamts](#) finden sich Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge.

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

02) Villa Oppenheim: Vartavar-Festival zur Ausstellung „Re-Membering“



Bild: Alicja Khatchikian

Pressemitteilung vom 23.07.2025

Im Rahmen der Ausstellung „Re-Membering“ eröffnet Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz am **Samstag, 26. Juli 2025, um 12 Uhr** das Vartavar-Festival in der Villa Oppenheim (Schloßstraße 55, 14059 Berlin).

Vartavar ist ein traditionelles armenisches Wasserfest, das Freude, Gemeinschaft und Erneuerung feiert. Von **Samstag, 26. Juli 2025, bis Sonntag, 27. Juli 2025**, wird mit einem abwechslungsreichen Programm gegen das Vergessen und für das Erinnern armenischer Kultur und Geschichte in Berlin zusammengekommen.

Ausgangspunkt ist die aktuelle Sonderausstellung „Re-Membering“, die sich mit der Geschichte und dem kulturellen Erbe, dem Verlust und dem Widerstand der armenischen Diaspora in Berlin auseinandersetzt. Sie macht die vielfach vergessenen historischen Verflechtungen des Deutschen Kaiserreichs und der Berliner Stadtgeschichte mit dem Genozid an den Armeniern und seinen Folgen sichtbar. Die Ausstellung findet anlässlich des 110. Jahrestages des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915 statt und beinhaltet Kurzfilme, Führungen, Workshops und Konzerte, die sich an Erwachsene und Kinder richtet.

Programm:

- **Sonnabend, 26. Juli 2025**
 - 12 Uhr Begrüßung durch die Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz (Agora)
 - 12.15 bis 14 Uhr Koch-Workshop (Agora)
 - 14 bis 14.45 Uhr Ausstellungsrundgang auf Türkisch mit Asuman Kirlangıç (1. OG)
 - 15 bis 15.45 Uhr Foto-Vortrag „Like Scattered Islands“ von Alicja Khatchikian (Foyer)

Seite C 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

16 bis 16.45 Uhr Kurzfilmscreening: „Detours while speaking of Monsters“ (Deniz Şimşek)/„Tsovinar“ (Mischa Badasyan) und Q&A mit den Regisseuren (Kino)
17 bis 17.45 Uhr Ausstellungsrundgang auf West-Armenisch mit Tamar Sarkissian (1. OG)
18 bis 19 Uhr Tanzworkshop mit Talin Chobanian (Agora)
19.15 bis 21 Uhr Halay-Party mit Musik von Hazaran (Agora)

- **Sonntag, 27. Juli 2025**

13 bis 14 Uhr Spiel-Workshop für Kinder mit Asuman Kırlangıç und Tamar Sarkissian (Agora)
13 bis 14 Uhr Ausstellungsrundgang auf Deutsch mit Lusin Reinsch (1. OG)
14 bis 14.30 Uhr Vortrag: „Vartavar“ von Ari Berberian (Agora)
14.45 bis 15 Uhr Wasser-Performance von Mischa Badasyan (Agora)
16 bis 17 Uhr Musik-Workshop von Talin Chobanian (Kino)

Die Teilnahme ist kostenfrei. Es wird um Anmeldung unter Nennung des jeweiligen Programmpunkts gebeten, da die Teilnehmendenzahl begrenzt ist: telefonisch 030 9029-24106 oder per E-Mail museum@charlottenburg-wilmersdorf.de. Eine spontane Teilnahme ist gegebenenfalls möglich.

Veranstalter sind der Verein AKEBI e.V. und das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf. Weitere Informationen sowie das Veranstaltungsprogramm sind auf der [Webseite der Villa Oppenheim](#) zu finden.

Ort:

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim
Schloßstraße 55
14059 Berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 10 – 17 Uhr
Samstag, Sonntag und Feiertage 11 – 17 Uhr
Der Eintritt ist frei.

Pressekontakt:

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf
Museumsleitung Heike Hartmann
Telefon: (030) 9029-24101
E-Mail: <mailto:heike.hartmann@charlottenburg-wilmersdorf.de>

Im Auftrag
von Kentzinsky

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

03) Weideauftrieb im Ruhwaldpark: Pommersche Landschaften verbringen ihre Sommerferien in Berlin



Beispielbild: Schafherde.- Bild: BACW/von Kentzinsky

Pressemitteilung vom 18.07.2025

Zum ersten Mal überhaupt ziehen **am Montag, 21. Juli 2025, um 11 Uhr** Schafe in den Ruhwaldpark ein – genauer gesagt rund 30 rauwollige Pommersche Landschaften. Diese alte Schafrasse, die traditionell in der Region bis an die mecklenburgische Küste heimisch ist, wird in den kommenden drei bis vier Wochen die Grünflächen des Parks mähen.

Der Einsatz der Schafe dient der natürlichen Pflege und Begrünung der Parkflächen und wurde bereits erfolgreich im Stadion Wilmersdorf erprobt. Durch das Beweiden mit den Pommerschen Landschaften wird eine nachhaltige und ökologische Grünflächenpflege unterstützt, die zudem zur Förderung der Biodiversität beiträgt.

Das Bezirksamt freut sich, mit dieser Maßnahme einen Beitrag zum Erhalt der regionaltypischen Landschaft und zur umweltfreundlichen Pflege der Grünanlagen leisten zu können.

Treffpunkt zum Auftrieb:

Montag, 21. Juli 2025, 11 Uhr
Haupteingang Ruhwaldpark
Spandauer Damm 220, 14052 Berlin

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

04) Zwei neue Bezirksstadträte und neuer stellvertretender Bürgermeister in Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf gewählt

Pressemitteilung vom 18.07.2025

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf hat auf ihrer Sitzung am **Donnerstag, 17. Juli 2025**, zwei neue Bezirksstadträte sowie den neuen stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Simon Hertel übernimmt künftig das Ressort Jugend und Gesundheit. Er folgt auf Detlef Wagner, der im Mai von der BVV abberufen worden war. Hertel wurde mit 28 Stimmen von der BVV gewählt.

Neue Bezirksstadträtin für Bürgerdienste und Soziales ist Astrid Duda. Sie tritt die Nachfolge von Arne Herz an, der im Juni als Staatssekretär für Mobilität und Verkehr in die Senatsverwaltung für Verkehr gewechselt war. Duda wurde mit 24 Stimmen in ihr Amt gewählt.

Zudem wurde Christoph Brzezinski, Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, Liegenschaften und IT, mit 31 Stimmen zum neuen stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch:

„Ich freue mich sehr, dass das Bezirksamt nun wieder vollständig besetzt ist. Simon Hertel und Astrid Duda wünsche ich einen erfolgreichen Start in ihre neuen Aufgaben und viel Erfolg in der Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Christoph Brzezinski danke ich für seine bisherige engagierte Arbeit und freue mich auf eine weiterhin vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.“

Im Auftrag
Räsch

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

05) Gedenken an den 20. Juli 1944 – Der Widerstand gegen das NS-Regime



Bild: BA CW, Brühl

Pressemitteilung vom 17.07.2025

Am 20. Juli 1944 verübte eine Gruppe rund um Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein Attentat auf Adolf Hitler im sogenannten „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen. Mit einer versteckten Bombe versuchte er, das NS-Regime zu stürzen. Der Anschlag scheiterte – Hitler überlebte und Stauffenberg wurde noch am selben Abend erschossen. Der 20. Juli steht als Symbol für den Mut und das Gewissen derjenigen, die sich dem nationalsozialistischen Terror widersetzen. Als „Aufstand des Gewissens“ gingen die Geschehnisse dieses Tages in die Geschichte ein.

Zum Gedenken an diesen Akt des Widerstands legt Bezirksstadtrat Christoph Brzezinski anlässlich des 81. Jahrestags am *Sonntag, 20. Juli 2025, um 10 Uh*r einen Kranz am Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Steinplatz nieder.

Bezirksstadtrat Christoph Brzezinski:

„Das Gedenken an den 20. Juli 1944 erinnert uns daran, wie wichtig es ist, auch heute für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde einzustehen. Der Widerstand gegen das NS-Regime war ein Akt des Gewissens. Dieser Mut verpflichtet uns und kommende Generationen.“

Im Auftrag

Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](https://www.otto-suhr-allee100.de/)
[10585 Berlin](https://www.otto-suhr-allee100.de/)

06) Das Berliner Hausaufgabenheft rund um die 17 Ziele für eine gesunde und solidarische Welt



(v.l.n.r.) Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger, Verkehrssenatorin Ute Bonde und Lidia Perico, Leiterin der Stabstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung, präsentieren das neue Möhrchenheft.- Bild: BACW

Pressemitteilung vom 15.07.2025

Noch vor Start der Sommerferien erhalten 23.000 Berliner Grundschüler ein kostenlose Hausaufgabenheft für das Schuljahr 2025/26. Das "Möhrchenheft" rund um Kiki Karotte vermittelt spielerisch die [17 Nachhaltigkeitsziele der UN](https://17ziele.de/). (<https://17ziele.de/>) Kinder lernen dabei, warum die Erde „Fieber“ hat und woher Schokolade kommt. Das Heft setzt lokale Nachhaltigkeitsaspekte in einen globalen Kontext. So finden die Kinder einen leichten Zugang zu den komplexen Verflechtungen der Welt. Das Motto „Global denken, lokal handeln“ wird so in ihren Alltag integriert, und die Bedeutung des eigenen Handelns greifbar. Ergänzt wird das Heft durch lokale Ausflugstipps und Rätsel rund um Nachhaltigkeit.

Ute Bonde, Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt:

„Nachhaltigkeit und Verkehrssicherheit müssen im Zusammenhang verstanden werden: Der Umstieg auf das Fahrrad oder den ÖPNV ist nicht nur ökologisch sinnvoll. Mit der Verringerung des Verkehrsaufkommens – besonders im schulischen Umfeld – wird auch die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen erhöht. Das Möhrchenheft ist daher ein super Ansatz, Kinder bereits in einem frühen Alter für eine nachhaltige Mobilität und die Thematik der Verkehrssicherheit zu sensibilisieren.“

Umweltstadtrat Oliver Schruoffeneger: „Das beliebte Möhrchenheft informiert Schüler, Lehrkräfte und Eltern über die 17 Nachhaltigkeitsziele auf spielerische Art und motiviert sie, selbst aktiv zu werden. Auch im kommenden Schuljahr zeigt das Möhrchenheft wieder Best Practices und das vielfältige Engagement in Berlin. Ein tolles Hausaufgabenheft, das dazu einlädt, sich für eine gesunde und solidarische Welt einzusetzen.“

Seite C 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Das Hausaufgabenheft ist Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und ein Beitrag zur Umsetzung der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen auf lokaler Ebene. Im Sommer 2017 brachte die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung (SBNE) in Charlottenburg-Wilmersdorf das Heft aus Thüringen in den Bezirk und ergänzte es um Berliner Inhalte und regionale Tipps. Seit 2018 koordiniert das SBNE-Team das Projekt berlinweit in Zusammenarbeit mit den Bezirken. Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt fördert das Projekt.

Ansprechpartnerin Berlin-Projekt:

Lidia Perico (SBNE | Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf)

T. 902912014

lidia.perico@charlottenburg-wilmersdorf.de

www.sbne.de

Im Auftrag

Räsch

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

07) Herausforderung Hitze in der Stadt: Grün ist nicht gleich Grün

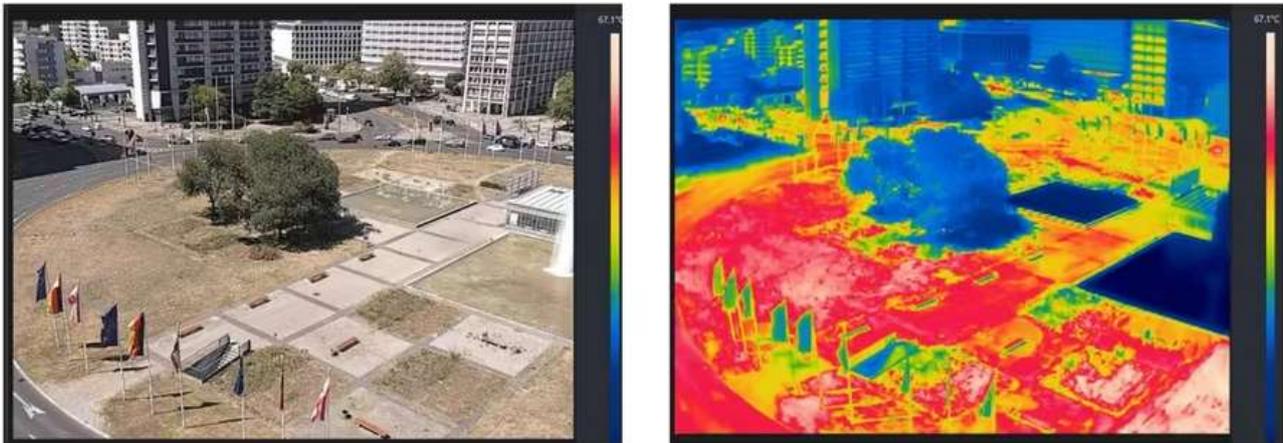


Bild: BACW

Pressemitteilung vom 11.07.2025

Die anhaltenden Hitzeperioden fordern Städte zunehmend heraus. Messungen am Ernst-Reuter-Platz zeigen: Nicht jede Grünfläche kühlt das Stadtklima gleichermaßen – die Bepflanzung und entsprechende Pflege sind entscheidend.

Am Mittwoch, 2. Juli 2025, dem bisher heißesten Tag des Jahres, ermittelten Experten vom Fachgebiet Ökohydrologie der Technischen Universität Berlin die Oberflächentemperaturen am Ernst-Reuter-Platz. Sie nutzten dafür eine Wärmebildkamera aus dem 8. Stock eines TU-Gebäudes und ein Infrarotthermometer vor Ort. Das Ergebnis: Kurz gemähte Rasenflächen erreichten mit 61 Grad Celsius die höchsten Temperaturen. Grund dafür ist die anhaltende Trockenheit, die den kühlenden Effekt von Verdunstung und Beschattung aufhebt. Der Ernst-Reuter-Platz ist aufgrund denkmalrechtlicher Vorgaben mit gemähten Rasenflächen gestaltet.

Ein angrenzendes Beet mit naturnaher, hitzeresistenter Bepflanzung, bot dagegen mehr Kühlung und zeigte eine deutlich niedrigere Durchschnittstemperatur von 40 Grad Celsius. Versiegelte Flächen auf dem Platz lagen bei 51 Grad Celsius, während schattige Bereiche unter Bäumen mit 32 Grad Celsius am kühlfsten blieben.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf zieht daraus folgende Schlüsse:

- Stadtgrün muss an das Klima angepasst werden. Naturnahe und hitzeresistente Bepflanzungen, Wiesen und Bäume sind in Hitzeperioden unverzichtbar für die Kühlung und müssen langfristig gefördert werden.
- Beschattung durch Vegetation, Regenwassermanagement und Bewässerung sind entscheidend, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.
- Auch Gartendenkmäler wie der Ernst-Reuter-Platz müssen konsequent klimaresilient umgestaltet werden – durch Entsiegelung, Wieseneinsaat und angepasste Mährhythmen.
- Die Fachbereiche Tiefbau und Grünflächen des Bezirksamts werden die Entsiegelung und klimaangepasste Begrünung im Bezirk weiter vorantreiben. Geplante Maßnahmen sind unter anderem in der Sömmeringstraße und am Spandauer Damm vorgesehen.

Seite C 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

- Um den Herausforderungen des Klimawandels wirksam zu begegnen, benötigen die Bezirke mehr Personal und finanzielle Mittel für Entsiegelung und Begrünung.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich weiterhin konsequent dafür ein, die Stadt an die veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen und grüne, lebenswerte Räume für alle zu schaffen.

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger:

„Die aktuellen Messdaten machen deutlich: Es reicht nicht, einfach nur Grünflächen zu haben – entscheidend ist, wie wir sie gestalten und pflegen. Angesichts zunehmender Hitze brauchen wir Stadtgrün, das kühlt und zugleich ökologisch wertvoll ist. Auch denkmalgeschützte Anlagen wie der Ernst-Reuter-Platz müssen dabei behutsam, aber konsequent weiterentwickelt werden. Unser Ziel ist klar: mehr natürliche Beschattung, weniger versiegelte Flächen und eine Stadt, die auch in heißen Sommern lebenswert bleibt.“

Dr. Björn Kluge, FG Ökohydrologie & Landschaftsbewertung, Technische Universität Berlin:

„Insbesondere während längerer Trockenphasen erweist sich die Beschattung des Bodens durch höhere und artenreiche Vegetation als Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Klimaanpassung. Leiten wir darüber hinaus Regen gezielt auf diese Flächen, verstärken wir den Effekt zusätzlich durch Verdunstungskühlung und leisten somit einen bedeutenden Beitrag für lebenswertere und resilientere Stadtquartiere.“

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

08) 269. Kiezspaziergang: Von der Villa Oppenheim zum Lietzenseepark



Villa Oppenheim.- Bild: BACW/von Kentzinsky

Pressemitteilung vom 04.07.2025

Der 269. Kiezspaziergang findet am **Sonnabend, 12. Juli 2025**, mit Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz statt. Treffpunkt ist um **14 Uhr** vor der Villa Oppenheim, Schloßstraße 55, 14059 Berlin. (Bus 309, 109, M45, U2)

Die Route führt durch Charlottenburg – von der Villa Oppenheim bis zum Lietzenseepark. Auf dem Weg geht es vorbei an den Carl-Schumann-Hallen, der Suarezstraße mit ihren Antiquitätenläden und dem Amtsgerichtsplatz.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Auf der [Webseite des Bezirksamts](#) finden sich Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge.

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 18 – C 46)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) 5. bis 7. September 2025: 30 Jahre Kulturhaus Schwartzsche Villa

Pressemitteilung vom 31.07.2025

Die Schwartzsche Villa ist eine der Herzkammern der bezirklichen Kulturarbeit in Steglitz-Zehlendorf. Seit 1995 steht das Haus für freie Künstler als Spielstätte für Konzerte, Lesungen und Theater zur Verfügung! Vom 5. bis 7. September feiert der Fachbereich Kultur den 30. Geburtstag der Schwartzschen Villa, mit neuen Ausstellungen, einem großen Gartenfest und zahlreichen Konzerten und Angeboten.

Los geht es bereits am Freitag, **den 5. September mit der Eröffnung von Guðný Guðmundsdóttir NOON**. Ihre Ausstellung bezieht sich auf Nymphen, die die Künstlerin in ihren drei Daseinsformen aufgreift: Seerosen, Libellen im Entwicklungsstadium und Quellnymphen. Diese Elemente werden mit einem weiteren Thema verbunden, nämlich die Ästhetik der Schwerindustrie, repräsentiert durch scheinbar unanfechtbare Maschinen und Industriebauten, die jedoch sowohl gegenüber der Sonne als auch dem Universum gar nicht so mächtig sind, wie es beim ersten Anblick erscheint. Es tun sich Gemeinsamkeiten zwischen dem Größten und dem Kleinsten auf und damit ein leises Fragen zu unserer menschlichen Perspektive.

Am Samstag, den 6. September folgt dann ein **Gartenfest** mit allerhand Programm, das die ganze Bandbreite des kulturellen Angebots des Kulturhauses spiegelt: es präsentieren sich die vier Cellisten des Steglitzer Tonhain Kollektivs, die Band Kronthaler kombiniert Kammerpop mit Grunge-Musik, einen musikalischer Vorgeschmack auf das anstehende Tango-Festival im Herbst gibt das Trio um Sängerin Maria Fiselier mit Musik von Astor Piazzolla und den Abschluss bildet die Band Evelyn Kryger: „Globalkitsch, Hüpfburgjazz und World-Fusion-Dysko“ versprechen einen wilden Stilmix und laden zum Tanz und ausgelassenen Feiern im Garten der Schwartzschen Villa ein. Für das junge Publikum gibt es ganztägig die Ausstellung der Jugendkunstschule Steglitz-Zehlendorf „Kreative Tonfiguren von Kinderhand“ und Kinderschminken. Um 15 Uhr zeigt das Nimù Theatre das Stück „Im Garten der Riesin“ nach Oscar Wilde.

Kinder und Jugendlichen stehen auch am Sonntag, den 7. September im Mittelpunkt: Die Jugendlichen der TanzTangente zeigen um 14:30 Uhr in einer energiegeladenen Kurzperformance im Garten der Schwartzschen Villa, was Zusammenhalt bedeutet. Mit ausdrucksstarkem zeitgenössischem Tanz und selbst entwickelten Choreografien bringen sie ihre eigenen Geschichten auf die Straße – direkt, lebendig und berührend. Um 16 Uhr gastiert dann das Kazibaze Theater mit seinem interaktiven Straßentheaterstück Mnemoland und erzählt mit artistischen Kunststücken, schrägen Liedern und parodistischen Einlagen vom Schicksal spanischer Einwanderer in Berlin.

Seite C 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Das **Café der Schwartzschen Villa** feiert ebenfalls seinen **30. Geburtstag** und verköstigt wie gewohnt ganztägig das Publikum. Ein Wochenende voller Kunst & Kultur, Konzerten & Kulinarik!

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, den Ausstellungsfonds Kommunale Galerien Berlin (KoGa), das Förderprogramm BESD und die Gembus Stiftung.

Pressekontakt:

Maximilian Hagemeyer – Programmkoordination Musik, Darstellende Künste, Literatur

[030 90299 2214](tel:030902992214), Maximilian.Hagemeyer@ba-sz.berlin.de

Dr. Christine Nippe – Programmkoordination Bildende Kunst

[030 90299 2212](tel:030902992212), Christine.Nippe@ba-sz.berlin.de

Veranstalter:

Fachbereich Kultur Steglitz-Zehlendorf

Infos: [030 90 299 2302](tel:030902992302), www.berlin.de/kultur-steglitz-zehlendorf

02) Kranzniederlegung am 13.08.2025

Pressemitteilung vom 28.07.2025

Aus Anlass der **Wiederkehr des Jahrestages des Mauerbaus** am 13.08.1961 werden die **Bezirksbürgermeisterin, Frau Maren Schellenberg, Mitglieder des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung** des Bezirks Steglitz-Zehlendorf **gemeinsam mit dem Bürgermeister von Kleinmachnow, Herrn Bodo Krause**, und weiteren **Vertretern der Gemeinde Kleinmachnow** am Mittwoch, **dem 13.08.2025, um 17.00 Uhr**, zunächst am Gedenkkreuz für Karl-Heinz Kube in der Berlepsch-/Neuruppiner Straße in Zehlendorf und anschließend an der Kleinmachnower Gedenkstätte am Adam-Kuckhoff-Platz (Neuruppiner Straße/Ecke Karl-Marx-Straße) inne halten und Kränze niederlegen, um der Opfer der deutschen Teilung zu gedenken.

03) „Mit Herz und Hand – gemeinsam stark im Ehrenamt“ - Ehrung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf durch Bezirksstadtrat Tim Richter

Pressemitteilung vom 22.07.2025

„Es wird Zeit... wieder Danke zu sagen“, so **Tim Richter, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Sozialstadtrat** bei der Begrüßung beim Fest zu Ehren der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Steglitz-Zehlendorf. Das Amt für Soziales und der Stadtrat luden in guter Tradition ein, um „Danke denjenigen zu sagen, die mit Energie und Engagement, mit Herz und Hand gemeinsam stark im Ehrenamt für die Menschen im Steglitz-Zehlendorf unterwegs sind“, so Richter. Mit viel Herz und Engagement sind derzeit **332 ehrenamtlich Engagierte im Amt für Soziales tätig**. Sie leiten Freizeitgruppen in den Freizeitstätten, unterstützen in den Freizeitstätten im Cafébetrieb oder übernehmen hauswirtschaftliche Aufgaben, gratulieren zu Geburtstags- und Ehejubiläen und helfen in der Suppenküche aus.

Die langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Rahmen dieser Veranstaltung durch Tim Richter geehrt. Das diesjährige Fest stand für einen gemeinsamen Austausch mit köstlichem Buffet in dem Steakhouse Hazienda Mariendorf sowie Live-Musik von Edd und Angel.

Folgende 18 Engagierte wurden persönlich am 16. Juli 2025 geehrt:

Für 10 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Dorothea Christine Bergert
Frau Brigitte Fernow
Frau Monika Spickermann
Frau Angelika Stenzel
Frau Inge Weiher

Für 15 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Christa Ruhleder
Frau Edelgard Saada
Herr Walter Schulz-Heidorf
Frau Brigitte von Paßlack
Herr Wolfgang Walter

Für 20 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Barbara Baumann
Frau Sybill De Vito-Egerland
Frau Eva Gynther
Frau Angelika Noack
Frau Ingeborg Stand

Für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement

Herr Karl-Heinz Kirschke
Frau Dorit Kramer

Für 40 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Wilma Langen

Auch die 14 ehrenamtlichen Mitarbeiter, die nicht am Fest teilnehmen konnten, werden nachträglich geehrt und erhalten ihre Urkunde, ein Präsent oder das Bezirksabzeichen.

Nachehrung für 10 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Christa Arndt

Herr Claus-Dieter Barnowski

Frau Marica Keins

Herr Karl-Josef Lenz

Frau Heidrun Nicking

Frau Hildegard Pätzold

Frau Cornelia Puhle-Schnepel

Nachehrung für 15 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Renate Blauert-Catudal

Frau Ruth Buchholz

Frau Sabine Goldbach

Nachehrung für 20 Jahre ehrenamtliches Engagement

Herr Dr. Peter Nawrot

Frau Dagmar Recknagel

Nachehrung für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement

Herr Horst Teschendorf

Nachehrung für 40 Jahre ehrenamtliches Engagement

Frau Christa-Marie Lucá

Falls auch Sie Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf haben und „Mit Herz und Hand – gemeinsam stark im Ehrenamt“ etwas Gutes tun möchten, wenden Sie sich bitte an unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Amt für Soziales unter soz-ehrenamt@ba-sz.berlin.de oder telefonisch [030 90299 2843](tel:030-90299-2843).

„Wir danken allen ehrenamtlich Engagierten im Bezirk Steglitz-Zehlendorf und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit“, sagen Tim Richter und alle Beteiligten im Amt für Soziales.

04) Interkulturelle Wochen 2025 unter dem Motto „dafür!“ vom 18.09. bis 02.10.2025 – Aufruf zur Beteiligung und Einladung zum Planungstreffen am 16.07.2025

Pressemitteilung vom 08.07.2025

Beteiligen Sie sich mit Aktionen im Bezirk zwischen dem 18. September und dem 2. Oktober!

Gemeinsam mit der bezirklichen **Partnerschaft für Demokratie** ruft das **Integrationsbüro des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf** ein breites Bündnis auf, sich zu beteiligen: Organisationen, Vereine, Initiativen, Schulen, Jugendeinrichtungen und andere Interessierte aus dem Bezirk sind eingeladen mit unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktionen ein klares Zeichen **#dafür** zu setzen: Für eine starke Demokratie! Für eine offene Gesellschaft! Für Solidarität und Zusammenhalt!

Im Rahmen der **Aktionswochen vom 18.09. – 02.10.25** soll ein vielfältiges Programm im Bezirk Menschen die Möglichkeit geben, miteinander ins Gespräch zu kommen, gemeinsam zu feiern sowie sich zu informieren und fortzubilden. Ob Workshop, Sprachcafé, Internationaler Kochabend, Ausstellung, Podiumsdiskussion, Infoabend oder Filmvorführung – Ihrer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Um möglichst viele Veranstaltungen in die Programmübersicht aufnehmen und bewerben zu können, bitten wir Sie **bis spätestens 22.07.2025** um Übersendung entsprechender Beiträge per [Online-Formular](#).

Für alle, die nach zwei Planungstreffen immer noch Bedarf an Vernetzung und Austausch haben, bieten wir am **16.07.25 um 16 Uhr ein offenes online-Treffen** an. Nach Anmeldung über integration@ba-sz.berlin.de erhalten Sie den Zugangslink.

Die Aktionswochen in Steglitz-Zehlendorf finden in Anlehnung an die offizielle bundesweite Interkulturelle Woche (21. – 28. September 2025) statt. Initiiert und deutschlandweit koordiniert wird die Interkulturelle Woche durch den Ökumenischen Vorbereitungsausschuss (ÖVA). Sie wird von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen unterstützt und getragen.

Die Koordinierungs- und Fachstelle „Partnerschaft für Demokratie Steglitz-Zehlendorf“ wird im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie gefördert, die Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist.

Kontakte für Fragen und Anregungen:

Integrationsbüro des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf
Karoline Berkholz, integration@ba-sz.berlin.de, [030 90299-3477](tel:030902993477)

Partnerschaft für Demokratie, Koordinierungs- und Fachstelle, Nachbarschaftshaus Wannseebahn e.V.

Ulrike Lahn und Rita Richter Nunes, partnerschaft fuerdemokratie@wsba.de

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 23 - C 27)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Aufruf zur Benennung von Engagierten anlässlich der Verleihung von Verdienstmedaillen und dem Förderpreis des Bezirks Tempelhof-Schöneberg 2025

Pressemitteilung Nr. 279 vom 31.07.2025

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg würdigt das vielfältige bürgerschaftliche Engagement seiner Einwohner und verleiht auch in diesem Jahr die Verdienstmedaillen und den Förderpreis der Bezirksverordnetenversammlung an Menschen und Initiativen, die sich in Tempelhof-Schöneberg für die Belange anderer einsetzen und ihren Kiez aktiv gestalten.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann hofft, dass zahlreiche Vorschläge für eine Auszeichnung mit der Verdienstmedaille und dem Förderpreis eingehen werden: „Lassen Sie uns gemeinsam das sichtbar machen und würdigen, was zumeist im Stillen geschieht – das Engagement großartiger Menschen in unserer Gesellschaft.“

Die Verleihung der Verdienstmedaillen und des Förderpreises symbolisiert den alljährlichen Höhepunkt der Anerkennungs- und Dankeskultur im Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

Die Verdienstmedaille wird an Personen verliehen, die sich durch ihre außerordentliche, herausragende und nachhaltige Leistung (mindestens 8 Jahre) für die Allgemeinheit insbesondere im sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Bereich um den Bezirk verdient gemacht haben. Geeignete Vorschläge von Organisationen, Vereinen, Verbänden sowie Einzelpersonen sollen sich bitte nur auf einen ehrenamtlichen Kandidaten beziehen, von Mehrfachnennungen bitten wir abzusehen.

Neben der Verdienstmedaille kann ein Förderpreis, der mit 1.000 Euro dotiert ist, vergeben werden. Mit dem Förderpreis sollen vorbildliche Leistungen von Personen, Gruppen oder Projekten, die im Dienst der Gemeinschaft und im Bezirk erbracht wurden, öffentlich anerkannt und gefördert werden.

Schriftliche Vorschläge mit ausführlicher Begründung nimmt das Ehrenamtsbüro bis zum **15. Oktober 2025 (Poststempel)** entgegen:

- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Ehrenamtsbüro
10820 Berlin

Seite C 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Für weitere Auskünfte und Beratung steht Ihnen das Ehrenamtsbüro im Rathaus Schöneberg gerne zur Verfügung.

Kontakt:

Ehrenamtsbüro

Rathaus Schöneberg

- [John-F.-Kennedy-Platz 1](#)
[10825 Berlin](#)
- Tel.: [\(030\) 90277-6051](tel:(030)90277-6051)
- Tel.: [\(030\) 90277-6600](tel:(030)90277-6600)
- ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de

02) Neue Publikation zur Geschichte der Maison de Santé

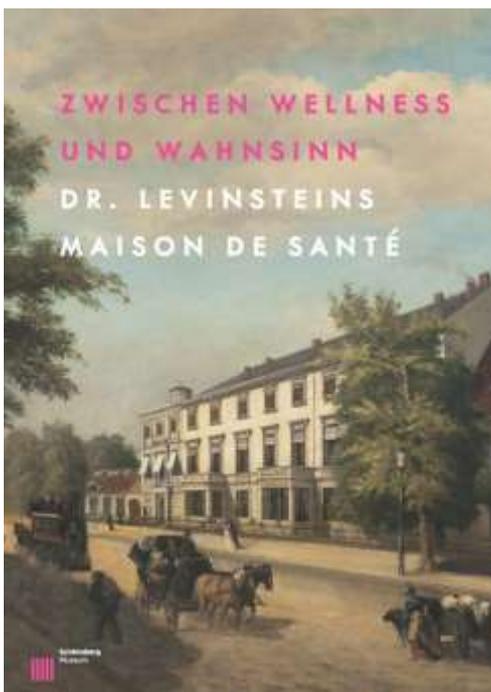
Pressemitteilung Nr. 278 vom 29.07.2025

Begleitend zur Sonderausstellung „Zwischen Wellness und Wahnsinn. Dr. Levinsteins Maison de Santé“ ist ab sofort der gleichnamige Katalog erhältlich. Die 236-seitige Publikation bietet eine fundierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der bekannten Schöneberger Klinik und schließt zugleich eine lang bestehende Lücke – die letzte Veröffentlichung zu diesem Thema erschien 1989 und ist seit Jahren vergriffen.

Neue Ausstellungspublikation „Zwischen Wellness und Wahnsinn. Dr. Levinsteins Maison de Santé“

Die Publikation ist ab sofort im Schöneberg Museum für 20 Euro erhältlich.

**Die zugehörige Ausstellung geht noch bis zum 30.11.2025.
Schöneberg Museum, Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin**



Katalog Cover.- Bild: Museen Tempelhof-Schöneberg

Seite C 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Ausstellung und Katalog ermöglichen einen vielschichtigen Blick auf die Geschichte der Maison: Von der Bau- und Medizingeschichte über jüdische Familien- und Emanzipationsgeschichte bis hin zur Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudekomplexes in der Nachkriegszeit. Neue Forschungsergebnisse und bislang unbekanntes Dokumente erweitern den bisherigen Kenntnisstand und machen die umfangreich bebilderte Publikation für ein breites Publikum lesenswert.

Die Publikation ist für 20 Euro im Schöneberg Museum erhältlich.

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Elfi Rückert

- [Tel.: \(030\) 90277-6227](tel:030902776227)
- Presse-museum@ba-ts.berlin.de

03) Heinrich-von-Kleist-Park offiziell wiedereröffnet!



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (mittig) mit weiteren Beteiligten, Bezirksverordneten sowie Interessierten bei der feierlichen Wiedereröffnung des Kleistparks.- *Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Ulrike Harbort*

Pressemitteilung Nr. 272 vom 23.07.2025

Am Dienstag, den 22. Juli 2025, wurde der frisch sanierte Heinrich-von-Kleist-Park feierlich eingeweiht.

Am späten Nachmittag eröffnete die Flötengruppe der Leo Kestenberg Musikschule das Programm der feierlichen Eröffnung. Im Anschluss begrüßten Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck die rund 70 Anwesenden, dankten allen Beteiligten und erläuterten die zentralen Inhalte der Sanierungsmaßnahme.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Ich danke allen, die an der Verwirklichung dieses Projekts mitgearbeitet haben. Es ist großartig, dass der Kleistpark wieder in seiner historischen Gestaltung erlebbar ist und gleichzeitig die heutigen Ansprüche an eine Grünanlage erfüllt.“

Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:

„Der Kleistpark hat nicht nur eine herausragende historische Bedeutung, sondern spielt im mit Grünflächen unterversorgten Schöneberg auch eine ganz zentrale Rolle für Lebensqualität, Stadtklima und Klimaresilienz. Ich freue mich sehr, dass die denkmal- und klimagerecht sanierten Flächen nun wieder allen Bürgern zur Verfügung stehen.“

Karen Andreas vom Landesdenkmalamt sprach zur historischen Bedeutung des Ortes und ordnete die Maßnahme denkmalpflegerisch ein.

Karen Andreas:

„Das Landesdenkmalamt freut sich, dass es fachlich und finanziell zur Sanierung einer der ältesten Parkanlagen Berlins beitragen konnte und das Gartendenkmal mit seiner wechselvollen und spannenden Geschichte wieder für alle erlebbar ist.“

Es folgte ein gemeinsamer Parkrundgang mit dem Fachbereich Grünflächen des Straßen- und Grünflächenamtes und dem beauftragten Planungsbüro Henningsen. An vier Stationen erhielten die Teilnehmenden dabei einen Überblick über die verschiedenen umgesetzten Maßnahmen.

Ab circa 18:00 Uhr gab es dann die Möglichkeit miteinander ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und sich an den Ständen des Straßen- und Grünflächenamts sowie des Raums für Beteiligung zu informieren. Für einen kleinen Imbiss und musikalische Begleitung durch die Flötengruppe der Musikschule war währenddessen ebenfalls gesorgt.

Ob zum Spazieren, Entspannen oder einfach für eine kleine Pause im Grünen – der Heinrich-von-Kleist-Park ist nun wieder für alle da!



Der Projektleiter vom Straßen- und Grünflächenamt bei der Vorstellung der Maßnahmen während des Rundgangs.- *Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Marlana Handels*

Die Sanierungsmaßnahme

Bei der denkmalgerechten Sanierung des Heinrich-von-Kleist-Parks handelt es sich um eine der großen Investitionsmaßnahmen des Bezirks mit einem Gesamtvolumen von 2,8 Millionen Euro.

Ziel war es, die historische Gestaltung des Parks wieder erlebbar zu machen und dabei den aktuellen Anforderungen an die Grünanlage gerecht zu werden. Im Rahmen der Sanierung wurden deshalb auch zeitgemäße Parknutzungen wie eine Hundenauslauffläche, funktionale Aspekte wie Barrierefreiheit sowie naturschutzfachliche Belange berücksichtigt.

Zusätzliche Informationen erhalten Sie auf der [Webseite des Straßen- und Grünflächenamtes](#).

Kontakt

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz
Dr. Saskia Ellenbeck
Telefon: (030) 90277-6001

04) Bezirk Tempelhof-Schöneberg gedenkt dem*) Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft



BVV-Vorsteher Stefan Böltes (Mitte), Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (2. von rechts), Stellvertretender Bezirksbürgermeister Matthias Steuckardt (1. von rechts) und Oberstleutnant Martin Gerdes (1. von links) gedachten der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944

Pressemitteilung Nr. 269 vom 21.07.2025

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und BVV-Vorsteher Stefan Böltes legten am 20. Juli 2025 einen Kranz am Ehrengrab für Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Generaloberst Ludwig Beck, General der Infanterie Friedrich Olbricht, Oberst i.G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haeften auf dem alten Sankt-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg nieder. Die Widerstandsgruppe versuchte am 20. Juli 1944 dem nationalsozialistischen Terrorregime und Adolf Hitler ein Ende zu setzen, scheiterte aber mit ihrem Attentat. Am Sonntag jährte sich das Gedenken zum 81. Mal.

Bei der Gedenkveranstaltung sprach neben Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann auch Oberstleutnant Martin Gerdes Worte des Gedenkens.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Das Andenken der Widerstandskämpfer ist heute unser Auftrag. Doch müssen wir auch aus der Geschichte lernen und gesicherte Erkenntnisse nicht abtun. Heute, wo der Verfassungsschutz mitteilt, dass die AfD-Bundespartei ‚aufgrund der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei als gesichert rechtsextremistische Bestrebung‘ einzustufen ist, ist ein Parteiverbotsverfahren überfällig.“

Oberstleutnant Martin Gerdes setzt sich als Mitglied der Stauffenberg-Gesellschaft ebenfalls zum Ziel, die Geschichte wach zu halten und an den mutigen „Aufstand des Gewissens“ zu erinnern. Der Gedenkort soll durch sein Engagement möglichst vielen Bürgern und explizit auch den Angehörigen der Bundeswehr bekannt werden.

Oberstleutnant Martin Gerdes:

„Die Stauffenberg-Gesellschaft und ich ganz persönlich kümmern uns um dieses Ehrengrab. Wir sichern die Grabpflege finanziell und auch ganz persönlich. Das ist nicht nur Auftrag – es ist uns auch eine Ehre, an diese mutigen Männer an historisch und greifbarer Stelle zu erinnern und die Erinnerung wach zu halten. Ich glaube, dieses Ehrengrab ist herzeigbar wie überaus geschichtsträchtig. Wir schätzen die Zusammenarbeit mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg und sind froh, dass hier die Gedenkkultur aufmerksam gelebt wird.“

Nach dem gescheiterten „Aufstand des Gewissens“ am 20. Juli 1944 wurden die Mitglieder der Widerstandsgruppe noch in der Nacht zum 21. Juli im Bendlerblock ermordet. Unmittelbar danach brachte man die Leichen auf den in der Nähe befindlichen Alten St.-Matthäus-Kirchhof. Hier wurden sie vorerst begraben. Kurz darauf wurden die Leichname von den Nationalsozialisten exhumiert, im Krematorium im Wedding kremiert und auf die Rieselfelder von Berlin an unbekannter Stelle verstreut. Man wollte ihnen sogar das Grab verwehren. Mitte der 1970er Jahre wurde schließlich das Ehrengrab errichtet.

Kontakt

Organisationseinheit Pressestelle und Veranstaltungsmanagement

Telefon: (030) 90277-1627/-3497

[E-Mail an das Veranstaltungsmanagement](mailto:pressestelle@ba-ts.berlin.de)

veranstaltungen-pressestelle@ba-ts.berlin.de

***) Anmerkung der AWR-Redaktion:
Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod!**



https://www.google.com/search?q=der+dativ+ist+dem+genitiv+sein+tod&sca_esv=2dc8bb8b89129ca2&authuser=0&sxsrf=AE3TifO60Wks8Qm84FdwRtloRL6jTVV72Q%3A1753218413443&source=hp&ei=bf1_aJbpGK6D9u8Pve3s-

AY&iflsig=AOw8s4IAAAAAaIALfeLKhOXHVwz8URIXEPMe8k2u7CwJ&oq=der+dativ&gs_lp=Egdnd3Mtd2l6lglkZXlgZGF0aXYqAggAMgUQABiABDIFEAAYgAQyBRAAGIAEMgUQABiABDIFEC4YgAQyBRAAGIAEMgUQABiABDIFEAAYgAQyBRAAGIAEMgUQABiABEizMFAAWNsTcAB4AJABAjgBZ6AB0gWqAQM4LjG4AQHIAQD4AQGYAgmgAtkGwglEECMYJ8ICChAjGIAEGCcYigXCAGsQABiABBixAxiDAcICCBAAAGIAEGLEDwgIOEC4YgAQYsQMY0QMYxwHCAhEQLhiABBixAxjRAXiDARjHAcICChAAGIAEGEMYigXCAG0QABiABBixAxhDGloFwglQEAAAYgAQYsQMYQxiDARiKBcICCAuGIAEGLEDGIMBwglOEAAAYgAQYsQMYgwEYigXCAG4QLhiABBixAxiDARiKBcICCBAAuGIAEGLEDwglLEC4YgAQYsQMY1ALCAG4QLhiABBjHARiOBRivAcICCAuGIAEGEMYigXCAGsQLhiABBjHARivAZgDAJHAYuM6AHxIABsgcDni4zuAfZBsIHBzItMS43LjHIB3Q&sclicnt=gws-wiz#fpstate=ive&vld=cid:75b70d96,vid:q9wZV9muuO4,st:0

05) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann verleiht Jugendkompetenzpässe an engagierte Schüler - 30 Jahre „Mauer des Gedenkens“



Schüler der Löcknitz-Grundschule wurden mit dem Jugendkompetenzpässe geehrt

Pressemitteilung Nr. 267 vom 18.07.2025



Die aktuellen Steine für die Mauer des Gedenkens auf dem Schulhof der Löcknitz-Grundschule

Am 17.07.2025 hat **Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann** an der Löcknitz-Grundschule feierlich die Jugendkompetenzpässe an Schüler der sechsten Klasse überreicht, die sich im Rahmen des Projekts „Mauer des Gedenkens“ besonders engagiert haben. Die Veranstaltung, die in enger Zusammenarbeit zwischen der Schule und dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg durchgeführt wurde, würdigt ein einzigartiges Erinnerungsprojekt, das in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen feiert.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Was hier geschaffen wurde, ist weit mehr als ein Schulprojekt – es ist gelebte Verantwortung, es ist Haltung, es ist ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus und für eine menschliche Gesellschaft.“

Die „Mauer des Gedenkens“ auf dem Schulhof der Löcknitz-Grundschule ist ein wachsendes Mahnmal, das von den Schülern jedes Jahr erweitert wird. In intensiver Recherchearbeit setzen sich die Kinder mit Biografien jüdischer Nachbarn auseinander, die während der NS-Zeit verfolgt und ermordet wurden. Sie gestalten Gedenksteine mit Namen, Daten und Geschichten, viele davon Menschen, die einst im selben Kiez lebten.

Als besondere Gäste begrüßte der Bezirksbürgermeister gemeinsam mit **Ines Walther, der Schulleiterin der Löcknitz-Grundschule, Carolin Henke, die Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie**, sowie **Anan Zen, den Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft des Staates Israel**.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann ehrt das Engagement der Schüler der Löcknitz-Grundschule

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann betonte dabei den hohen Wert der gelebten Erinnerungskultur für die Demokratiebildung:

„Erinnerung ist Arbeit. Aber sie braucht junge Menschen, die hinschauen, Fragen stellen, handeln. Sie haben Verantwortung übernommen und zeigen, was es heißt, Teil einer lebendigen Demokratie zu sein. Als Bezirksamt unterstützen wir vielfältige Formen der

Seite C 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Erinnerungskultur, vor allem mit und für junge Menschen. Denn Erinnerung ist keine Einbahnstraße. Sie braucht Beteiligung, Begegnung und Aktive, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.“

Die Veranstaltung zeigt eindrucksvoll, wie Erinnerungskultur im schulischen Alltag aktiv gelebt und weiterentwickelt werden kann – gemeinsam mit engagierten Lehrkräften, Eltern, zivilgesellschaftlichen Partner und dem Bezirksamt.

Mit dem Jugendkompetenzpass zeichnet der Bezirk regelmäßig das besondere Engagement von Schülern in Tempelhof-Schöneberg aus.

Kontakt

Ehrenamtsbüro

Christine Fidancan
Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement von Tempelhof-Schöneberg

- Tel.: [\(030\) 90277-6051](tel:(030)90277-6051)

christine.fidancan@ba-ts.berlin.de

06) Feierliche Benennung der Otilie-Ehlers-Kollwitz-Straße in Lichtenrade

Pressemitteilung Nr. 265 vom 17.07.2025



Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (zweite von rechts) mit Enkelkindern von Otilie Ehlers-Kollwitz bei der feierlichen Benennung. *Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg / Ulrike Harbort*

Am Dienstag, den 15.07.2025 fand im Bezirk Tempelhof-Schöneberg die Benennung der Straße 40 in Lichtenrade mit dem Namen Otilie-Ehlers-Kollwitz-Straße statt. Otilie Ehlers-Kollwitz war Künstlerin, Illustratorin und Grafikerin. Die Schwiegertochter von Käthe Kollwitz lebte mit Ihrem Mann Hans Kollwitz in Lichtenrade. Der Tag des Festakts fiel auf ihren 125. Geburtstag.

An der Veranstaltung nahmen Angehörige der Künstlerin, sowie Anwohnende und weitere interessierte Besucher teil.

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden übergab Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck das Wort an Jan Kollwitz, den Enkel der Künstlerin, der den Anwesenden in seiner Rede einen Einblick in ihr Leben und ihr vielseitiges künstlerisches Werk gab. Im Anschluss wurde das neue Straßenschild gemeinsam enthüllt.

Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:

„Mit der Benennung der Straße nach Otilie Ehlers-Kollwitz wird nicht nur das Andenken an eine Lichtenrader Persönlichkeit geehrt – sie steht auch exemplarisch für ein sichtbares Bekenntnis zur Erinnerungskultur und zur Anerkennung weiblicher Vorbilder im Bezirk. Ich freue mich sehr, dass Bezirksamt und BVV an der Erhöhung dieser Sichtbarkeit und einer veränderten Erinnerungskultur gemeinsam mitwirken.“

Hintergrund der Umbenennung

Historisch bedingt sind weniger als 4 % aller Straßen in Tempelhof nach Frauen benannt. Dies verdeutlicht die Unsichtbarkeit weiblicher Lebensleistungen in der Gesellschaft. Zur Ehrung von Otilie Ehlers-Kollwitz und vor diesem Hintergrund hatte das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Benennung der ehemaligen Straße 40 beschlossen.

Auch mit weiteren Um- und Neubenennungen von Straßen, Plätzen und Grünanlagen setzt der Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein Zeichen für die Würdigung von Frauen in Gesellschaft, Kultur und Geschichte.

Kontakt:

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz
Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-8644](tel:(030)90277-8644)

07) „Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen an Kriegsgefangenen“

Pressemitteilung Nr. 260 vom 09.07.2025

Einweihung einer Gedenktafel

Am 17. Juli 2025 um 15 Uhr wird eine bezirkliche Gedenktafel eingeweiht, die an die Verbrechen der Nationalsozialisten an Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg erinnert. Sie wird vor der Badenschen Straße 50/51 enthüllt. Dort befand sich 1940 bis 1944 die Abteilung „Kriegsgefangenenwesen des Oberkommandos der Wehrmacht“.

Donnerstag, 17. Juli 2025 um 15:00 Uhr

Badensche Straße 50/51, 10825 Berlin



Das Gebäude in der Badenschen Straße 50–51 im Jahr 1943.- *Bild: Hermann Seeger: Öffentliche Verwaltungsgebäude – Handbuch der Architektur, 1943*

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs gerieten Millionen Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft – viele starben unter unmenschlichen Bedingungen. Die Abteilung „Kriegsgefangenenwesen“ in der Badenschen Straße 50/51 verwaltete die Lager und war mitverantwortlich für schlechte Versorgung und Zwangsarbeit. Besonders sowjetische Gefangene waren betroffen – von 5,7 Millionen starben drei Millionen.

Mit Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg wird nun in Form einer Gedenktafel an diese Verbrechen erinnert. Die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, die heute dort ansässig ist, hat sich ebenfalls mit der Geschichte ihres Hauses beschäftigt und erinnert im Eingangsbereich daran.

Seite C 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Grußworte:

- Tobias Dollase, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur
Tempelhof-Schöneberg
- Prof. Dr. Jens Hermsdorf, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Einführung:

- Dr. Stefan Petke, Historiker

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [\(030\) 90277-6227](tel:030902776227)
- [E-Mail Presse-museum@ba-ts.berlin.de](mailto:Presse-museum@ba-ts.berlin.de)

08) „Gedenken an den Pazifisten Alfred Hermann Fried“

Pressemitteilung Nr. 259 vom 09.07.2025

Einweihung einer Gedenktafel

Am 17. Juli 2025 um 14 Uhr wird eine bezirkliche Gedenktafel eingeweiht, die an den Friedensaktivisten Alfred Hermann Fried erinnert. Die Enthüllung findet vor der Goltzstraße 15 statt.

Donnerstag, 17. Juli 2025 um 14:00 Uhr

Goltzstraße 15, 10781 Berlin



Alfred Hermann Fried, um 1911.- *Bild: Library of Congress, Prints & Photographs Division, LC-DIG-ggbain-06576*

Alfred Hermann Fried (1864 bis 1921) war ein engagierter Pazifist und Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft. Für seinen Einsatz wurde ihm 1911 der Friedensnobelpreis verliehen. In Schöneberg lebte er in der Grunewaldstraße und gründete in der Goltzstraße einen Verlag, in dem auch die Zeitschrift „Die Friedens-Warte“ erschien. Die Gedenktafel erinnert an sein Wirken.

Grußwort: Tobias Dollase, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Christiane Elfi Rückert

- [Tel.: \(030\) 90277-6227](tel:030902776227)
- [E-Mail Presse-museum@ba-ts.berlin.de](mailto:Presse-museum@ba-ts.berlin.de)
-

09) Wie klingt ein Friedhof?

Pressemitteilung Nr. 258 vom 09.07.2025

Veranstaltungsreihe zur Friedhofskultur

Wie klingt ein Friedhof? Dieser Frage widmet sich von Juli bis Oktober 2025 das Projekt „Pflanzenmusik: Klingender Friedhof – Die Zukunft der Friedhofskultur“ in Tempelhof-Schöneberg. Auf zwei Friedhöfen in Marienfelde und Lichtenrade übersetzen Sensoren pflanzliche Prozesse in Klänge.

Diese werden bei einem „Pflanzenmusik-Spaziergang“ am 15. Juli 2025 mit Komponistin Cassis B. Staudt erlebbar.

An weiteren drei Tagen im Juli führt der Klangkünstler „chrifin“ Gespräche an Grabstellen – aus diesen Aufnahmen entsteht ein Podcast, bei dem die Pflanzen den Ton angeben.

Pflanzenmusik-Spaziergang und Gespräch über die Zukunft der Friedhofskultur

Dienstag, 15. Juli 2025 von 11 bis 16 Uhr

Kirchhof Marienfelde, Marienfelder Allee 127, 12277 Berlin

Gespräche und Pflanzenmusik an individuellen Grabstellen

14., 16. und 18. Juli 2025 von 11 bis 16 Uhr

Kirchhof Lichtenrade, Paplitzer Straße 10–24, 12307 Berlin

Bitte anmelden per [E-Mail GreenSoundsWorld](mailto:GreenSoundsWorld)

Podcast-Premiere: Pflanzenmusik und Interviews

Freitag, 3. Oktober 2025 um 14 Uhr

Kirchhof Lichtenrade, Paplitzer Straße 10–24, 12307 Berlin



Komponistin Cassis B. Staudt.- *Bild: Steve Braun*

Seite C 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Das klangliche Erlebnis, Pflanzen musikalisch kommunizieren zu hören, lässt die Grenzen zwischen Wissenschaft, Kunst und Musik verschwimmen – und macht einmal mehr deutlich: Mensch und Pflanze stehen miteinander in Verbindung.

Die Veranstaltungen sind barrierefrei. Der Eintritt ist frei.

Die Veranstaltungsreihe wird gefördert von der Dezentralen Kulturarbeit Tempelhof-Schöneberg.

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Dezentrale Kulturarbeit

Dr. Peter Rümenapp

- Tel.: [\(030\) 90277-4347](tel:030902774347)
- [E-Mail peter.ruemenapp@ba-ts.berlin.de](mailto:peter.ruemenapp@ba-ts.berlin.de)

10) Feierliche Eröffnung des sanierten Heinrich-von-Kleist-Parks mit Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck



Bild: Marlena Handels, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 256 vom 09.07.2025

Willkommen zurück im Heinrich-von-Kleist-Park: Nach 1,5 Jahren Bauzeit ist die Sanierung des geschichtsträchtigen Gartendenkmals abgeschlossen.

Das möchten wir mit Ihnen feiern – und laden alle Interessierten herzlich zur Eröffnungsfeier des Parks ein:

Dienstag, 22. Juli 2025 um 16:30 Uhr

**Treffpunkt: auf der Fahnenterrasse im Heinrich-von-Kleist-Park
(parkseitig vor dem Kammergericht)**

Das erwartet Sie:

- Vorstellung der Ziele der Planung und der umgesetzten Maßnahmen durch **Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck** und **Karen Andreas vom Landesdenkmalamt**
- ein gemeinsamer **Parkspaziergang** mit dem Fachbereich Grünflächen des Straßen- und Grünflächenamtes sowie dem beauftragten Planungsbüro Henningsen
- musikalische Beiträge der Leo Kestenberg Musikschule
- Stände und Snacks

Die Sanierungsmaßnahme

Bei der denkmalgerechten Sanierung des Heinrich-von-Kleist-Parks handelt es sich um eine der großen Investitionsmaßnahmen des Bezirks mit einem Gesamtvolumen von 2,8 Millionen Euro.

Ziel war es, die historische Gestaltung des Parks wieder erlebbar zu machen und dabei den aktuellen Anforderungen an die Grünanlage gerecht zu werden. Im Rahmen der Sanierung wurden deshalb auch zeitgemäße Parknutzungen wie eine Hundeauslauffläche, funktionale Aspekte wie Barrierefreiheit sowie naturschutzfachliche Belange berücksichtigt.

Zusätzliche Informationen erhalten Sie auf der [Webseite des Straßen- und Grünflächenamtes](#).

Bürgerbeteiligungen

Im Rahmen der Sanierungsmaßnahme wurden zwei Bürger_innenbeteiligungen durchgeführt. Die erste Veranstaltung fand am 8. November 2021 vor Ort als öffentlicher Spaziergang und die zweite Veranstaltung am 9. Februar 2022 pandemiebedingt als digitale Videokonferenz statt.

Weitere Impressionen zu den Veranstaltungen erhalten Sie auf der [Beteiligungsplattform mein.berlin](#).

Kontakt:

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz
Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-6001](tel:030902776001)

11) Fachexkursion beim Partnerlandkreis Bad Kreuznach

Pressemitteilung Nr. 247 vom 08.07.2025

Bereiche Stadtplanung und Facility Management zu Gast

Tempelhof-Schönebergs Partnerlandkreis Bad Kreuznach ist ein typisches Weinanbaugebiet mitten in Rheinland-Pfalz und idyllisch im Nahetal gelegen. Die Städtepartnerschaft mit dem Landkreis Bad Kreuznach besteht bereits seit 1963 und ist eng mit dem „Förderverein für den Weinberg und die Gartenarbeitsschule“ verbunden. Den Winzerinnen und Winzern der Partnergemeinde ist es zu danken, dass der Bezirk mit dem „Schöneberger Nahefreund“ über einen der beliebtesten Bezirksweine verfügt. Seit vielen Jahren kümmert sich unsere Partnergemeinde im Januar hingebungsvoll um Rebenschnitt und kleinere „Reparaturen“ und keltert im Herbst die nach Bad Kreuznach überbrachten Trauben.

Doch jenseits dieser erfolgreichen Zusammenarbeit beim Bezirkswein gibt es im Partnerlandkreis noch viel mehr zu entdecken. Auf Initiative von Bezirksstadträtin Eva Majewski besuchten zehn Vertreterinnen und Vertretern der Abteilung Stadtentwicklung und Facility Management mit ihr Bad Kreuznach.

Besuch bei der DFH Gruppe in Simmern, dem größten Fertighausunternehmen Deutschlands.



Bild: Landkreis Bad Kreuznach

Inhaltlich ging es beim Besuch vorrangig um die Themen Bauen, Stadtentwicklung und Liegenschaften. Dazu gehörte ein Besuch der DFH Gruppe in Simmern, dem größten Fertighausunternehmen Deutschlands. Nach einer Präsentation über die Besonderheiten des modularen, zum Teil mehrgeschossigen Holzbaus folgte eine Werkbesichtigung mit tollen Einblicken in das Fertigungsverfahren. Begleitet wurde die Delegation dabei von Georg Lange, Geschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Fertigungsbau (BDF e.V.), und Vertretern des Landratsamtes.



Übergabe von Gastgeschenken durch Bezirksstadträtin Eva Majewski an Landrätin Bettina Dickes.- *Bild: Landkreis Bad Kreuznach*

Gemeinsam mit Landrätin Bettina Dickes fand ein mehrstündiger Erfahrungsaustausch zwischen den Fachkolleginnen und -kollegen aus dem Bad Kreuznacher Bauamt und der Wirtschaftsförderung in der Kreisverwaltung Bad Kreuznach statt. Neben einem Austausch über das Thema Digitalisierung hatten wir die Gelegenheit, ein erst kürzlich generalsaniertes Verwaltungsgebäude zu besichtigen. Die Arbeiten wurden unter Berücksichtigung der Anforderungen des Denkmalschutzes, der Modernisierung von Brandschutzvorrichtungen und der Anpassung der Gebäudestruktur durchgeführt – und war daher auch für die mitgereisten Kolleginnen und Kollegen aus den Abteilungen sehr spannend!

Bei der Rückreise – nach 24 Stunden voll von großartigen Eindrücken aus Bad Kreuznach – stand für alle fest, dass dies nicht der letzte Austausch mit den Bad Kreuznacher Kolleginnen und Kollegen war, eine Fortsetzung insbesondere im Fachbereich Stadtentwicklung und Facility Management ist gewünscht.

Unabhängig davon geht die Zusammenarbeit beim gemeinsamen Weinprojekt weiter. Wir freuen uns heute schon auf das Keltern der Trauben aus unserer Gartenarbeitsschule im Herbst in Bad Kreuznach.

Kontakt:

Abteilung Stadtentwicklung und Facility Management

Teresa Deckert

- *Tel.:* [\(030\) 90277-8942](tel:030902778942)
- *E-Mail* Deckert@ba-ts.berlin.de

12) Erster Europäischer Kiezspaziergang durch Friedenau

Pressemitteilung Nr. 246 vom 08.07.2025

Europa Union Berlin und Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann laden zum Spaziergang ein

Bei unserem ersten Europäischen Kiezspaziergang durch Friedenau begeben wir uns auf die Spuren Europas im Kiez. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Freitag, 11. Juli 2025 ab 16:30 Uhr

Treffpunkt: S-Bahnhof Friedenau, Bahnhofstraße 4c, 12159 Berlin

Der Spaziergang dauert circa 2 Stunden. Lassen Sie sich überraschen von spannenden Gesprächen und Begegnungen in einem der schönsten Kieze Berlins. Abschließend gibt es in einem Café die Möglichkeit zum Verweilen und zum Austausch. Reinhard Bütikofer (war langjährig Mitglied des Europäischen Parlaments, wohnhaft in Friedenau) lädt zum Gespräch ein. Die Europa-Union lädt alle Teilnehmenden auf ein Getränk ein.

Die Teilnahme am Kiezspaziergang ist kostenlos. Es wird jedoch um vorherige **Anmeldung** auf der [Internetseite der Europa Union Berlin](#) gebeten.

Seien Sie dabei, wir freuen uns auf Sie!

Kontakt:

Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften
Mirka Schuster

- *Tel.:* [\(030\) 90277-2781](tel:030902772781)
- *E-Mail* mirka.schuster@ba-ts.berlin.de

13) Einladung zur feierlichen Benennung der Ottilie-Ehlers-Kollwitz-Straße

Pressemitteilung Nr. 245 vom 04.07.2025

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg sind bislang weniger als 4 Prozent aller Straßen nach Frauen benannt – ein deutlicher Ausdruck der historisch bedingten Unsichtbarkeit weiblicher Lebensleistungen im öffentlichen Raum. Mit der konsequenten Um- und Neubenennung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen setzt der Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein Zeichen für die Würdigung von Frauen in Gesellschaft, Kultur und Geschichte.

Vor diesem Hintergrund hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, die Straße 40 in Lichtenrade mit dem Namen Ottilie-Ehlers-Kollwitz-Straße zu benennen. Ottilie Ehlers-Kollwitz war Künstlerin, Illustratorin und Grafikerin. Die Schwiegertochter von Käthe Kollwitz lebte und arbeitete gemeinsam mit ihrem Ehemann Hans Kollwitz im Franziusweg in Lichtenrade und hinterließ ein vielseitiges künstlerisches Werk. Wir laden Sie herzlich zur feierlichen Namensgebung ein:

Dienstag, 15. Juli 2025 um 15:30 Uhr

Straße 40/ Groß-Ziethener-Straße, 12309 Berlin



Otilie Ehlers-Kollwitz.- *Bild: Familie Ehlers-Kollwitz*

Der Tag des Festakts fällt auf den 125. Geburtstag der Namensgeberin. Umso erfreulicher ist es, dass die Enthüllung des neuen Straßenschildes unter Anwesenheit von Angehörigen von Otilie Ehlers-Kollwitz gefeiert werden kann.

Mit der Benennung wird nicht nur das Andenken an eine Lichtenrader Persönlichkeit geehrt – sie steht auch exemplarisch für ein sichtbares Bekenntnis zur Erinnerungskultur und zur Anerkennung weiblicher Vorbilder im Bezirk.

Kontakt:

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz
Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-8644](tel:(030)90277-8644)

14) Zukunft der Potsdamer Straße und Umgebung – Bezirke laden zur Beteiligung ein

Pressemitteilung Nr. 241 vom 03.07.2025

Zweite gemeinsame Veranstaltung von Tempelhof-Schöneberg und Mitte am 17. Juli 2025

Die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Mitte laden am 17. Juli 2025 zur zweiten öffentlichen Beteiligungsveranstaltung im Rahmen des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) Potsdamer Straße ein. Die Veranstaltung findet im Nachbarschaftstreff HUZUR statt.

Donnerstag, 17. Juli 2025 von 18:00 bis 20:30 Uhr

Nachbarschaftstreff HUZUR, Bülowstraße 94, 10783 Berlin



Bild: FORWARD Planung und Forschung

Mit dem ISEK schaffen die Bezirke eine gemeinsame Grundlage, um die Potsdamer Straße und angrenzende Quartiere städtebaulich, sozial und funktional weiterzuentwickeln. Ziel ist es, das Gebiet als städtisches Zentrum für Einkaufen, Wohnen, Leben, Soziales und Kultur zu stärken.

Gemeinsam gestalten die beiden Bezirke deshalb seit Herbst 2024 ein Leitbild und ein Maßnahmenkonzept für die Potsdamer Straße und die angrenzenden Quartiere. Die Erstellung des Konzepts läuft bis Ende 2025.

Was erwartet die Teilnehmenden?

Im Zentrum der Veranstaltung steht die Diskussion über den aktuellen Entwurf des Leitbilds, der Handlungsfelder und erster Maßnahmen: Alle Interessierten sind eingeladen, sich zu informieren, Rückmeldungen zu geben und eigene Ideen einzubringen – Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Seite C 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Nach einer kurzen Einführung stellt das Planungsbüro FORWARD Planung und Forschung die bisherigen Ergebnisse vor. Anschließend gibt es die Möglichkeit zum Austausch an moderierten Thementischen – etwa zur Funktion des Zentrums, den öffentlichen Räumen für Verkehr und Aufenthalt und lebenswerten Nachbarschaften.

Die Veranstaltung richtet sich ausdrücklich an alle Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Initiativen und Interessierten aus dem Gebiet – Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Eva Majewski, Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management:
„Die Potsdamer Straße ist mehr als nur eine Verkehrsachse – sie ist Lebensraum, Begegnungsort und Identitätsstifterin für viele Menschen im Quartier. Dass sich seit dem vergangenen Herbst so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in den Entwicklungsprozess einbringen, ist ein starkes Zeichen dafür, wie wichtig dieser Raum für die Nachbarschaft ist. Ich danke allen, die diesen Weg aktiv mitgestalten – und ihn auch in Zukunft weiter mittragen und prägen.“

Hintergrund: ISEK als strategische Planungsgrundlage

Das ISEK dient als strategische Grundlage für die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren und Quartiere“. Es schafft die Basis für eine integrierte Entwicklung der Potsdamer Straße und bietet die Chance, bestehende Probleme gezielt anzugehen und vorhandene Potenziale im Quartier zu stärken.

Bisherige Schritte und weitere Informationen

Seit Projektstart im Herbst 2024 fanden erste Beteiligungsschritte mit Bürgerinnen und Bürgern statt – sowohl vor Ort als auch online. Eine Übersicht über den bisherigen Prozess sowie weiterführende Informationen finden Sie auf der [Berliner Beteiligungsplattform mein.berlin](https://mein.berlin.de).

Pressevertreter sind herzlich eingeladen.

Der Veranstaltungsort ist stufenfrei zugänglich. Es gibt Getränke und Snacks.

Kontakt:

Bezirksamt
Stadtentwicklungsamt
Florian Nachreiner

Tempelhof-Schöneberg

- Tel.: [\(030\) 90277-2629](tel:030902772629)
- [E-Mail an Florian.Nachreiner@ba-ts.berlin.de](mailto:Florian.Nachreiner@ba-ts.berlin.de)

Team **ISEK** **Potsdamer**
im Auftrag der Bezirke Mitte und Tempelhof-Schöneberg

Straße

- [E-Mail <ISEK-Potsdamer@forward.berlin>](mailto:ISEK-Potsdamer@forward.berlin)

paperpress

Nr. 639-22

27. Juli 2025

50. Jahrgang

KW 30 - Lichtblicke

Auf die Gefahr hin, mich bei Ihnen unbeliebt zu machen, möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass dieses Wetter genau meins ist. Maximal 23 Grad, leicht bewölkt, und nichts gegen Regen. „Jetzt stürzt der Sommer so richtig ab.“, steht auf der Seite von **wetter.de**. Meinewegen, Hitze ist nichts für mich. So wie es gegenwärtig ist, ist es gut.

Das trifft natürlich nicht auf die Lage im Allgemeinen und im Besonderen zu. Es ist unerträglich, was Menschen in der Lage sind, anderen Menschen anzutun. Darüber zu sprechen, macht schlechte Laune. Aber die Augen vor allem zu verschließen, ist auch kein Mittel gegen die eigene Befindlichkeit. **Markus Lanz** geht mir mit seiner krawalligen Art oft auf die Nerven. In dieser Woche lieferte er eine Sendung ab, die ihn von einer anderen Seite zeigte, sehr nachdenklich, fast ein wenig verzweifelt. Wenn Sie heute nichts Besseres zu tun haben, schauen Sie sich die Ausgabe vom 23. Juli in der Mediathek an.

<https://www.zdf.de/video/talk/markus-lanz-114/markus-lanz-vom-23-juli-2025-100>

Sönke Neitzel, der Militärgeschichtler der Uni-Potsdam, gibt freimütig zu, auch nicht zu wissen, was passieren würde, sagt aber sehr deutlich, was passieren könnte. Die Gefahr eines Angriffs Russlands auf NATO-Staaten ist kein Marketingargument der Rüstungsindustrie. Der russische Journalist **Andrey Gurkov** erklärt schnörkellos, warum Europa der Feind seines Geburtslandes ist. Dennoch den Kontakt zu halten und alte Beziehungen zu pflegen, werfe ich **Matthias Platzeck** nicht vor, wenn, ja wenn sich dadurch etwas bewegen würde. **Donald Trumps** Telefonate mit **Wladimir Putin** haben die Lage für die Ukraine bislang immer noch verschlimmert.

Ole Nymoen ist ein 27-jähriger Podcaster, der sagt: „Ich bin lieber weniger frei als tot.“ Also: Lieber in einer Diktatur leben als im Krieg gegen diese getötet zu werden. Was der junge Mann verkennt, ist der Umstand, dass, lebte er in einem Land wie Russland, er gegen seinen Willen eingezogen werden würde und in einem Krieg kämpfen müsste. Im Gegensatz zu Deutschland hätte er in Russland keine Wahlmöglichkeit.

Erschütternd die Aussagen der Korrespondentin **Katrin Eigendorf**, die berichtete, wie Menschen, die einen Krieg überlebten, an den Folgen zerbrechen. Sie sind kaum in der Lage, wieder zurück ins Leben zu finden. Mögen wir nie in diese Lage kommen.

Die Folgen des Krieges im Gaza-Streifen machen einen ratlos. Das Verständnis für eine angemessene Reaktion auf den Terrorakt der Hamas vom 7. Oktober 2023, ist ungebrochen. Aber, knapp zwei Jahre nach dem Beginn der Vergeltung sind weder alle Geiseln befreit, noch die Hamas vernichtet worden. Der Gaza-Streifen gleicht einer Trümmerwüste, in der überwiegend unschuldige Menschen versuchen zu überleben. Jeder Hamas-Terrorist ist Palästinenser, aber nicht jeder Palästinenser ist Hamas-Terrorist. Es nützt der palästinensischen Zivil-Bevölkerung wenig, wenn ihr nichtexistierender Staat, der nicht einmal mehr ein Autonomiegebiet ist, von Frankreich diplomatisch anerkannt wird. Das Zweistaatenprojekt liegt unter den Trümmern von Gaza begraben. Wie in der Ukraine, so auch in Gaza, hat das amerikanische Großmaul nichts erreicht. Es hat zurzeit auch andere Sorgen.

Unsereins hat kaum Möglichkeiten, das Leid der Menschen zu lindern. Wir dürfen aber auch nicht in den Problemen versinken. Es ist nicht verwerflich, wenn wir nach Lichtblicken suchen.

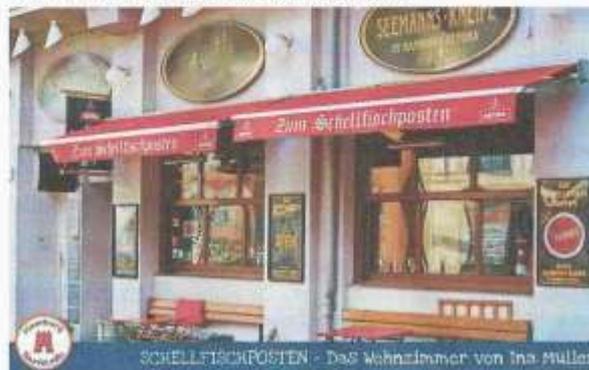


Foto: Hamburg Touristinfo

Das Fernsehprogramm besteht im Sommer hauptsächlich aus Wiederholungen. Aber nicht nur: In dieser Woche startete die 21ste Staffel mit der 204ten Folge von **Inas Nacht**. Am 9. Juni 2007 begann die ungewöhnlichste Talk-Show des Deutschen Fernsehens, in der es vor allem um die Gäste geht, die **Ina Müller** eingeladen hat.

Es ist die unterhaltsamste Talk-Show, die es je gab und hoffentlich noch lange geben wird. Die Gastgeberin wurde am Freitag 60 Jahre alt, hat also noch viel Zeit vor sich. Zu ihrem Geburtstag zeigte die ARD ein Portrait, „Ina Müller – laut und leise“, das in der Mediathek angeschaut werden kann, ebenso wie Folge 204 vom 24. Juli 2025, in der **Christoph Kramer** und **Joachim Meyerhoff** zu Gast waren. Diese

paperpress

Nr. 639-22

27. Juli 2025

50. Jahrgang

Talk-Show hat viele Besonderheiten. Sie kommt nicht aus irgendeinem Fernsehstudio, sondern aus Hamburgs ältester Seemannskneipe, wenige Schritte vom Fischmarkt entfernt.



Foto: Ina Müller, Otto Waalkes. | Bild: NDR / Morris Mac Matzen

Hinter und auf dem Tresen plaudert **Ina Müller** mit ihren Gästen. An zwei Tischen haben gerade mal 14 Zuschauer Platz und dazwischen noch die Band. Bei Ina Müller treten immer wieder besondere Musikerinnen und Musiker auf, von denen man oft bislang wenig gehört hat, was wirklich schade ist. Für Musik sorgt auch der Wilhelmsburger Shanty-Chor „**De Tampentrekker**“. Die Herren stehen allerdings bei Wind und Wetter vor einem der beiden Außenfenster, weil drinnen kein Platz ist. Wenn es passt, schmettern sie „*Witzig, witzig*“ oder „*What shall we do with the drunken sailor*“. Alkohol ist kein Tabu, jeder bekommt das, was er bestellt, und am Ende der Show sind viele fröhlicher als zu Beginn.

In den kommenden Ausgaben von „*Inas Nacht*“, jeweils **donnerstags um 22:50 Uhr im Ersten**, erwartet **Ina Müller** u. a. **Peer Steinbrück, Oliver Kahn, Andrea Sawatzki, Karoline Herfurth, Lars Eidinger, Jessy Wellmer, Jörg Hartmann, Stefanie Stahl, Jürgen von der Lippe, Andrea Petković, Dirk Steffens, die Ehrlich Brothers, Marleen Lohse** und **Max Giesinger**.

Zu Recht wurde die Show schon mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Grimme-Preis, dem Deutschen Comedypreis, dem ECHO und zweifach mit dem Deutschen Fernsehpreis.

Oberflächlich betrachtet macht die **heute-show** Sommerpause. Neben ein paar Extras mit **Lutz van der Horst** und **Fabian Köster**, versucht sich **Till Reiners** auf dem Sendeplatz mit einer Late-Night-Show, die recht witzig, aber teilweise auch ein wenig flach daherkommt. Reiners könnte eines Tages den Platz von **Oliver Welke** einnehmen. Hoffen wir, dass bis dahin noch viele Sommer ins Land gehen.

Was noch?

Auch im Sommer werden wir von Umfragen nicht verschont. Die jetzige Koalition verlöre ihre Mehrheit, wenn, ja wenn an diesem Sonntag Wahlen stattfänden. Das ist aber erst 2029 der Fall. Nicht einmal 100 Tage im Amt hat man sich schon den ersten Konflikt eingehandelt, ausgerechnet bei einem Routinevorgang wie der Wahl von Richtern für das Bundesverfassungsgericht.

Wahlkampf ist immer, vor allem, wenn im nächsten Jahr gleich fünf Landtagswahlen stattfinden: 8. März Baden-Württemberg, 22. März Rheinland-Pfalz, 6. September Sachsen-Anhalt, **20. September Berlin** und im Herbst Mecklenburg-Vorpommern. Da könnte es einige Veränderungen geben.

Erstaunlich ist bei der neuesten Umfrage, dass die AfD 3,2 Prozent seit der Bundestagswahl zulegt, obwohl täglich neue Zahlen über Abschiebungen veröffentlicht werden. Parteiführerin **Alice Weidel** belegt regelmäßig den letzten Platz im Ranking der beliebtesten Politiker. Woran liegt es also, dass die AfD immer höhere Werte bekommt? Gibt's vielleicht noch andere Gründe?

Noch was?

Ja. Ein Lichtblick, der vom 1. bis 17. August über dem Gendarmenmarkt strahlen wird. **25 Jahre Young Euro Classic**. Das 26ste Festival beginnt am Freitag. Alle Informationen unter www.young-euro-classic.de. Wir werden den politischen Alltag in dieser Zeit weitestgehend ausblenden und uns voll und ganz den besten Jugendorchestern der Welt widmen. Tickets gibt es noch für alle Konzerte. Unterstützen Sie bitte dieses wichtige Festival und kaufen Sie Tickets.

YEC hat auch immer politische Akzente gesetzt und junge Musikerinnen und Musiker aus Ländern präsentiert, in denen Krieg und Vertreibung stattfinden. Am **Sonntag, dem 17. August 2025, Beginn 19:00 Uhr**, ist das **Afghan Youth Orchestra im Exil** zu Gast. Es stammt aus einem Land, in dem heute jegliches Musizieren verboten ist. Nach der erneuten Machtergreifung der Taliban mussten die Musikerinnen und Musiker 2021 fliehen und haben in Portugal eine neue Heimat gefunden. Von dort kämpfen sie gegen das Vergessen: Ihre Programme setzen ein Zeichen für den Erhalt authentischer afghanischer Musiktraditionen und verbinden diese mit europäischer Orchesterkultur. Ich lade zwei von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein, mit mir dieses Konzert zu erleben. Antworten Sie auf diese Mail, wenn Sie dabei sein möchten.

Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

03) KW 29 (14. bis 20.07.2025): Rein und raus aus die Kartoffeln.
Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-21

20. Juli 2025

50. Jahrgang

KW 29: Rein und raus aus die Kartoffeln

Echte Berliner legen keinen großen Wert auf Grammatik. Und bevor sich jemand beschwert, natürlich heißt es richtig: „Rein in **die** Kartoffeln und raus aus **den** Kartoffeln.“ Der Berliner Senat macht im Augenblick allerdings Kartoffelsalat.

Am Freitag um 08:42 Uhr versandte der Landesjugendring eine Pressemitteilung unter der Überschrift: „Nächster Tiefschlag: Jugendsenatorin kürzt erneut bei Jugendarbeit.“ Pflichtgemäß regten sich die **Grünen** in einer Pressemeldung um 12:42 Uhr darüber auf, etwa zeitgleich mit der **Linken**. Um 19:34 Uhr nahmen wir uns des Themas an und veröffentlichten unseren Newsletter. Auch im Nachrichtenblock der **Abendschau** fand der Vorgang Erwähnung mit einem Zitat von Jugendstaatssekretär **Falko Liewke**, der den Unmut der Freien Träger verstehen könne; verwies aber auf die „sehr schwierige Haushaltslage“. Um 21:39 Uhr meldete dann **rbb24**: „Berliner Doppelhaushalt soll nun doch aufgestockt statt gekürzt werden.“

„Nach den Kürzungen im Berliner Landeshaushalt 2025 können viele Empfänger öffentlicher Mittel für die nächsten beiden Jahre **womöglich** auf Entspannung hoffen. Am kommenden Dienstag will der schwarz-rote Senat den Doppelhaushalt für 2026/27 verabschieden. Kurz vorher lässt die Koalition nun durchblicken, wie der Etat aussehen soll. Im nächsten Berliner Haushalt werden die befürchteten Kürzungen dabei ausbleiben. Das bestätigten CDU und SPD dem **rbb**. Zuvor hatte die **Berliner Morgenpost** berichtet.“

Ob die Beschäftigten der Freien Träger nun auch die Tarifierhöhung bekommen, die die kommunalen Kolleginnen und Kollegen erhalten, wird nicht explizit erwähnt. „Kita, Hort, Schulessen und Schüler-Ticket sollen kostenlos bleiben.“ „SPD-Fraktionschef **Raed Saleh** teilte mit, die Koalition habe ‚durchdacht den Haushalt konsolidiert‘, es werde wie versprochen ‚keinen sozialen Kahlschlag geben‘.“

Wie war das mit den Worten Hören und dem fehlenden Glauben? Man hat den Eindruck, dass uns der Senat testet. Erst werden Kürzungen angekündigt, und dann wartet man auf die Reaktion. Wer sich am heftigsten und lautesten wehrt, hat die besten Chancen, dass der Senat das Kartoffelfeld wieder verlässt. „Durchdacht“ beschreibt eine Handlung, einen Plan oder eine Idee, die gründlich erwogen und ausgearbeitet wurde, sagt KI, und was sagt NI?

„Versagen an breiter Front“

Was zeichnet einen Sozialstaat aus. Natürlich sein soziales Verhalten den Menschen gegenüber, die auf Hilfe angewiesen sind. Ein Artikel des Chefreporters der **Berliner Morgenpost**, **Joachim Fahrn**, vom 18. Juli zeichnet ein anderes Bild. Unter der Überschrift: „Sozialämter sind so schlecht, dass Tausende klagen müssen“, schreibt Fahrn: „Während sich der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU) für seine Verwaltungsreform lobt und ein Ende des ‚Behörden-Ping-Pongs‘ durch mehr Ordnung und klare Zuständigkeiten ankündigt, versagt der Staat gleichzeitig an breiter Front. Dabei geht es ausgerechnet um die Hilfen für Bedürftige, die Berlins Sozialämter zu leisten verpflichtet sind.“

1.530 Betroffene hätten Klagen eingereicht. „Mal geht es um falsche Bescheide, unklare Berechnungsgrundlagen oder verweigernde Leistungen. Oft aber versuchen die Menschen in ihrer Not auf dem Rechtsweg zu erreichen, dass die Ämter sich überhaupt um ihr Anliegen kümmern. 606 sogenannte Untätigkeitsklagen gegen die Sozialämter sind derzeit beim Verwaltungsgericht anhängig.“ Quelle: Senatsverwaltung für Soziales auf eine parlamentarische Anfrage des Grünen-Abgeordneten **Taylan Kurt**.

Ursache des Dilemmas sind die steigenden Fallzahlen und die miserable Personalausstattung. „Die eigentlich festgelegte Grenze von 188 Fällen pro Mitarbeitenden wird in vielen Fällen massiv überschritten.“ Im Bereich Unterbringung Wohnungsloser ist in Reinickendorf ein Beschäftigter für mehr als 500 Menschen zuständig, in Mitte kümmert sich einer um 395 Akten für die Grundsicherung und Hilfen zum Lebensunterhalt, in Tempelhof-Schöneberg bearbeitet ein Mitarbeiter 350 Fälle von Grundsicherung. 221 Stellen sind berlinweit nicht besetzt. „Die Spanne reicht von sieben vakanten Posten in Lichtenberg bis 41 fehlenden Mitarbeitern in Tempelhof-Schöneberg, und 34 in Charlottenburg-Wilmersdorf.“

Sozial-Staatssekretär **Aziz Bozkurt** (SPD) räumt eine „politische Gesamtverantwortung“ ein, verweist aber auf Bemühungen, die Verfahren zu digitalisieren. „Anpassungen zu Abläufen in den bezirklichen Ämtern für Soziales“ stünden aber im „Rahmen bezirklicher Organisationszuständigkeiten.“ Na klar. So läuft Verwaltungsreform. Die Verantwortung wird immer nach unten durchgetreten. Der Senat schickt die Bezirke in die Kartoffeln, und wie sie da wieder rauskommen, ist ihre Sache. Ein falsch verstandenes Modell des Subsidiaritätsprinzips.

Ed Koch

1

04) Nächster Tiefschlag: Jugendsenatorin kürzt erneut bei Jugendarbeit. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-20

19. Juli 2025

50. Jahrgang

Nächster Tiefschlag: Jugendsenatorin kürzt erneut bei Jugendarbeit

Das erste Mal seit 2012 bekommen freie Träger der Jugendhilfe in Berlin keine volle Tarifierhöhung. Das hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mitgeteilt. Noch im April hatten CDU und SPD den Tarifausgleich zugesichert. Die Folge: Träger müssen Angebote streichen oder Personal schlechter bezahlen. Leidtragende sind Kinder und Jugendliche.

Freie Träger der Jugendhilfe stehen erneut vor dramatischen Einschnitten, wie aus Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hervorgeht: Die Tarifierhöhung um 5,5 Prozent, die seit 1. Februar 2025 für Mitarbeitende im öffentlichen Dienst gilt, wird nur noch teilweise in den Zuwendungen für freie Träger berücksichtigt: Die meisten Träger bekommen für 2025 nur noch eine Erhöhung um 2 Prozent, darunter der Landesjugendring Berlin. Andere Träger gehen aber offensichtlich komplett leer aus. Die Gründe für die Ungleichbehandlung sind unbekannt.

Bislang wurden bei den Zuwendungen für freie Träger immer auch die Tarifierhöhungen des öffentlichen Dienstes berücksichtigt. Mit der schlechteren Behandlung von freien Trägern schafft Jugendsenatorin **Katharina Günther-Wünsch** (CDU) nun eine seit 2012 geltende Praxis ab. Abgeordnete von CDU und SPD hatten bei der Debatte im April im Berliner Abgeordnetenhaus noch versichert, der Ausgleich von Tarifsteigerungen im Jahr 2025 würde in voller Höhe erfolgen. Diese Zusagen waren offenbar wertlos. Die Folgen müssen jetzt Kinder und Jugendliche in Berlin ausbaden.

Freie Träger müssen nun Personalstellen reduzieren, um die verbleibenden Mitarbeitenden weiterhin tarifgerecht bezahlen zu können. Das führt zu einem Abbau von Angeboten für junge Menschen. Ob Jugendclubs, Jugendreisen, Seminare der politischen Bildung, Streetwork oder internationale Jugendbegegnungen: Zahlreiche Formate stehen auf der Kippe. Die einzige Alternative: Die Träger müssen ihr Personal schlechter bezahlen als im öffentlichen Dienst. Doch schon jetzt erhalten Beschäftigte bei freien Trägern durch die fehlende Hauptstadtzulage monatlich rund 150 Euro weniger als ihre Kollegen im öffentlichen Dienst. Die Abschaffung des vollen Tarifausgleichs verschärft die Fachkräftekrise in der Jugendhilfe nur noch weiter. Es ist völlig unklar, nach wel-

cher Systematik die freien Träger die so genannten „Tarifmittel“ erhalten und wie ihre Berechnung erfolgt: Manche Träger erhalten offensichtlich die komplette Tarifierhöhung von 5,5 Prozent, andere erhalten 2 Prozent und wieder andere erhalten keine Erhöhung – zumindest haben einige Träger bislang überhaupt keine Information erhalten.

Quelle: Landesjugendring Berlin e.V.

Jugendhilfe braucht Verlässlichkeit, keine Kürzungen

Klara Schedlich, Sprecherin für Jugendpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, erklärt zur Mitteilung des Landesjugendrings, dass freie Träger der Jugendhilfe in Berlin erstmals seit 2012 keine volle Tarifierhöhung erhalten:



„Der Senat setzt auch mit dem neuen Haushalt die sozialen Kürzungen fort. Wer mit Kindern und Jugendlichen arbeitet – egal ob im öffentlichen Dienst oder bei einem freien Träger – verdient faire Bezahlung. Die Tarifierhöhung war zugesagt.“

Was die CDU hier tut, ist verantwortungslos. Sie verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten – so lange, bis sie aufgeben und sich andere Jobs suchen. Kurze Finanzierungszusagen, schlechte Kommunikation und ständige Kürzungen zerstören die wichtige Arbeit freier Träger.

Kinder und Jugendliche brauchen Räume, Betreuung und Vertrauen. Prävention ist günstiger als Nachsorge. Hören Sie auf, an der Zukunft zu sparen, CDU.“ Foto: Vincent Villwack

Anmerkungen:

Seit Jahrzehnten ist der Etat für vorbeugende Jugendarbeit eine immer wieder gern in Anspruch genommene Spargbüchse, wenn an anderer Stelle das Geld knapp wird. Gesetzliche Maßnahmen müssen erbracht werden, beispielweise einen Jugendlichen wegzusperrern, wenn er straffällig geworden ist. Präventiv dafür zu sorgen, dass niemand auf die schiefe Bahn gerät, ist aber nur eine Kann-, leider keine Sollleistung des Staates. Mit dem Geld, das nicht für Strafmaßnahmen aufgewendet werden muss, könnte man locker den Beschäftigten der Freien Träger auch die Hauptstadtzulage bezahlen.

Ed Koch

05) Wohnungssuche. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-19

18. Juli 2025

50. Jahrgang

Wohnungssuche

Glücklich, wer eine Wohnung hat. Wer allerdings auf der Suche ist, braucht viel Zeit und gute Nerven. Die Zielmarken beim Neubau werden regelmäßig nicht eingehalten. Ein Leser hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass es freie Wohnungen in Mariendorf gibt. Die Zielgruppe ist beschränkt:

- Alleinstehende Bewerber mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) 100 für Wohnungen bis 50 m², maximal 2-Zimmerwohnung.
- Ein Bewerberpaar mit WBS max. 140 für Wohnungen bis 50 m² (2-Zimmerwohnung).
- Ein Bewerberpaar mit Kind, WBS max. 140 für Wohnungen bis 60 m² (2 ½-Zimmerwohnung).

Im vergangenen Jahr hat der Wohnungsbau-Verein Neukölln, eine Wohnungsgenossenschaft, die viele Wohnungen im Süden Berlins und auch in Moabit und Pankow ihr Eigen nennt, die Wohnanlage Westphal-Siedlung in 12109 Berlin-Mariendorf erworben. Mit Beginn dieses Jahres bewirtschaftet der Wohnungsbau-Verein die gesamte Anlage. Durch die Berliner Verwaltung wurde der Genossenschaft auferlegt, dass die nächsten 66 freiwerdenden Wohnungen nur an Inhaber eines WBS vermietet werden dürfen.

Derzeit im Angebot sind:

- 2-Zimmerwohnung mit Balkon, ca. 49 m², wird zum 31.08.2025 frei. Zustand: gut.
- 2-Zimmerwohnung mit Balkon, ca. 49 m², fertig saniert, kann zum 31.08.2025 bezogen werden.
- 2-Zimmerwohnung mit Balkon, ca. 49 m², wird zum 31.07.2025 frei, muss aber komplett saniert werden. Einzug ca. 01.11.2025.
- 2 ½-Zimmerwohnung, ca. 59 m², fertig saniert, Mietbeginn zum 01.08.2025 möglich.
- 2 ½-Zimmerwohnung, ca. 59 m², wird derzeit saniert und ist wahrscheinlich zum 01.09.2025 bezugsfertig.
- 2 ½-Zimmerwohnung, ca. 60 m², in gutem Zustand. Neuvermietung ab 01.09.2025 möglich.

Interessenten können sich beim Wohnungsbau-Verein-Neukölln eG melden: 030 89715-0

E-Mail: zentrale@wbv-neukoelln.de
www.wbv-neukoelln.de

Der Wahlkampf hat längst begonnen

Eigentlich ist ja immer Wahlkampf, frei nach **Nena**: „Irgendwie, irgendwo, irgendwann.“ Im September 2026 dürfen die Berliner mal wieder wählen. Die jetzige Schwarz-Rote-Koalition hätte nach der aktuellen Infratest dimap-Umfrage keine Mehrheit mehr: CDU 25, SPD 14 = 39 Prozent. Stärkste Kraft bliebe zwar die CDU, aber die Linke hat mit 19 Prozent aufgeholt und nicht nur die SPD, sondern auch Grüne (15%) und AfD (13%) abgehängt. Ein Rot-Grün-Rotes Bündnis wäre möglich mit einem Linken als Regierenden Bürgermeister. **Markus Söder** würde in diesem Fall vermutlich die bayerische Schützengarde in Alarmbereitschaft versetzen.

Ja, es ist wichtig zu wissen, welche Nasen uns regieren wollen. Häufig geht es nicht um Parteiprogramme, die so und so niemand liest, sondern um Personen, und darum, ob es sich um Sympathieträger handelt. Ein charismatischer Kandidat holt mehr Stimmen als jemand, von dem man keinen Gebrauchswagen kaufen würde.



Die Grünen haben aus dem Jarasch-Debakel die Konsequenzen gezogen und **Werner Graf** zu ihrem Spitzenkandidaten gekürt. Der 45-jährige Grüne Oberpfälzer und der amtierende Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** verstehen sich gut. Für

ein Schwarz-Grünes Bündnis würde es derzeit allerdings nicht reichen. Foto: Vincent Villwock Grüne Fraktion Berlin

So ratzfatz wie bei den Grünen geht's bei den Sozialdemokraten nicht. Da sind fast so viele Kandidaten im Spiel wie die Partei Prozente hat, bloß von den beiden Parteivorsitzenden **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**, die ja normalerweise ein Erstzugriffsrecht hätten, spricht niemand. „Die beiden Ex-Landesvorsitzenden **Raed Saleh** und **Franziska Giffey** halten sich jeweils für die am besten geeignete Person für den Job.“, schreibt heute der **Tagespiegel Checkpoint**. Bewundernswert, dass Saleh, der immer verloren hat, nicht aufgibt. Saleh macht das, was er am besten kann, Netzwerken, alle anrufen, mit allen reden und Posten versprechen. „Zuletzt“, weiß der Checkpoint, „wurde er gar in exklusivem Kreis um mehrere SPD-Altvorere in **Michael Müllers** Bürgerbüro ‚Die Setzerei‘ gesichtet.“ Saleh lässt nichts aus. Wer auch immer an der Spitze stehen will, ohne glaubwürdiges Wohnungs- und Mietkonzept braucht hier niemand anzutreten.

Ed Koch

06) Interessante Veranstaltungen

paperpress

Nr. 639-18

17. Juli 2025

50. Jahrgang

Interessante Veranstaltungen

Über Berlin lässt sich viel meckern. Zu Recht. Aber, kaum an einem anderen Ort ist die Zahl der angebotenen Events so groß wie hier. Die Bandbreite ist enorm. Wir haben, ganz subjektiv, drei Veranstaltungen herausgesucht, die wir Ihnen empfehlen möchten.

Wortwechsel bei den Stachelschweinen

Am **27. Juli** findet die nächste Veranstaltung in der Reihe **Achtung! Wortwechsel!** bei den Stachelschweinen im Europa Center statt.



Ob Umweltzerstörung, Klimawandel oder Diskriminierung: Geht es nach den Jungen, dann hinterlassen die Eltern ihnen eine Welt in Trümmern. Doch wer hat den Wohlstand aufgebaut, in dem die Jungen heute so selbstverständlich leben?

Die Eltern haben die Grünen gegründet, auf Gleichberechtigung gepocht und die Energiewende erfunden, doch sie scheinen auf halbem Wege stehen geblieben zu sein. Sind die Ansprüche der Gen Z höher als ihr Fleiß oder haben die Boomer nur einem übertriebenen Leistungsdenken gehuldigt?

Ein Diskussionsabend der Generationen und Gegensätze, der Antworten auf Fragen liefert, über die an jedem Küchentisch gestritten wird.

Wortwechsel mit: **Angelika Melcher** („WirtschaftsWoche“) **Daniel Goffart** („WirtschaftsWoche“, früher „Morgenpost“, „Handelsblatt“, „Focus“). moderiert von: **Dr. Julia Schwanholz** (Politikwissenschaftlerin).

Tickets unter:

<https://stachelschweine.reservix.de/p/reservix/event/2410647>

Auf Flügeln mit Klaus Hoffmann



Am **11., 12. und 13. September 2025**, jeweils um 20:00 Uhr, und am **14. September 2025** um 19:00 Uhr ist **Klaus Hoffmann** wieder in der Bar jeder.Vernunft zu Gast. Am Flügel: **Nikolai Orloff**.

50 Jahre Bühnenarbeit als Schauspieler und Chansonnier: **Klaus Hoffmann** veröffentlichte im November 2023 sein 50. Album „*Flügel*“. Ein Kosmos unterschiedlichster Gefühle, von beschwingter Melancholie über Trauer und Schmerz bis hin zu berührendem Glück und größter Liebe öffnet sich, gewandt in einen Mix aus Chanson, Jazz, Latin und Pop, der nuanciert mit immer neuen Klangfarben zu überraschen weiß. **Klaus Hoffmanns** Auftritte sind wie Abende unter Freunden, mit einem lachenden und einem weinenden Auge, inmitten seines liebenden und geliebten Publikums.

Tickets unter:

<https://www.bar-jeder-vernunft.de/de/programm/programmuebersicht/klaus-hoffmann-fluegel.html>

Young-Euro-Classic

Im Fokus des diesjährigen Programms steht die europäische Idee: Freiheit, Gleichheit, Solidarität! 17 Abendkonzerte, sechs Ensemblekonzerte und ein Tag voller vielfältiger Angebote für Kinder erwarten das Publikum im Konzerthaus Berlin. Vom **1. bis 17. August** bringen junge Musikerinnen und Musiker mit Hingabe und Spielfreude ihr Können auf die Bühne: in großen Symphonien, neuen Werken und Musik aus ihren Heimatländern, ergänzt von Jazzkonzerten und Tanz. Neben der Präsentation klassischer Musik westlicher Prägung zeigen sechs junge Ensembles beim Festival im Festival, wie sie kunstvolle Musiktraditionen ihrer Heimat im Heute fortschreiben, um die Vielfalt musikalischen Schaffens zu feiern.

Tickets unter:

www.young-euro-classic.de

Quellen, Foto, Abbildung: jeweilige Veranstalter

07) Gemeinsam radeln für gesunde Kinderherzen: Erfolgreiches Finale der zwölften PSD-Herzfahrt mit 65.000 Euro an Spenden für herzkrankte Kinder

paperpress

Nr. 639-17

16. Juli 2025

50. Jahrgang

Gemeinsam radeln für gesunde Kinderherzen:

Erfolgreiches Finale der zwölften PSD-Herzfahrt mit 65.000 Euro an Spenden für herzkrankte Kinder



Mit mehr als 2.500 Teilnehmenden, über 255.000 auf dem Fahrrad zurückgelegten Kilometern und einem Spendenvolumen von 65.000 € war die zwölfte **PSD-Herzfahrt** ein voller Erfolg. Veranstalter des sportlichen Spendensammelns für den guten Zweck ist die PSD Bank Berlin-Brandenburg eG.

Vom 6. bis zum 13. Juli konnten geradelte Kilometer über die PSD-Herzfahrt-App individuell erfasst werden, bevor zum Finale auf dem Tempelhofer Feld noch einmal gemeinsam in die Pedale getreten wurde. Für jeden Kilometer spendete die Berliner PSD Bank 20 Cent an die Klinik für Angeborene Herzfehler - Kinderkardiologie des Deutschen Herzzentrums der Charité.

Mit der diesjährigen Spende werden sogenannte Telepräsenz-Roboter finanziert. Diese kleinen, mobilen Geräte ermöglichen es Kindern, die über längere Zeit stationär behandelt werden müssen, weiterhin aktiv am Unterricht und am sozialen Leben ihrer Schulklasse teilzunehmen – ob im Klassenzimmer, auf dem Schulhof oder bei Ausflügen.

„Lange Krankenhausaufenthalte sind für Kinder nicht nur medizinisch, sondern auch sozial und emotional eine große Belastung“, sagt Klinikdirektor Prof. Dr. med. Felix Berger. „Mit den Telepräsenz-Robotern können unsere jungen Patientinnen und Patienten sichtbar und hörbar Teil ihrer Schulklasse bleiben. Sie behalten so ein Stück Normalität und sozialen Halt. Das ist mindestens genauso wichtig wie eine gute medizinische Versorgung.“

Die PSD-Herzfahrt ist eine Kooperation der Klinik für Angeborene Herzfehler – Kinderkardiologie des Deutschen Herzzentrums der Charité, des ADFC Berlins, dem Berliner helfen e.V. der Berliner Morgenpost und der initierenden PSD Bank Berlin-Brandenburg. Die Spendengelder stammen aus den Einnahmen der Soziallotterie PSD GewinnSparen.

„Die PSD-Herzfahrt ist für uns jedes Jahr aufs Neue etwas Besonderes“, kommentiert Grit Westermann, Vorstandssprecherin der PSD Bank Berlin-Brandenburg. „Es ist schön mitzuerleben, wie wir jedes Jahr gemeinsam mit unseren Partnern immer mehr Teilnehmende für die gute Sache motivieren können. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dieses Jahr mitgeholfen haben, dieses fantastische Ergebnis zu erreichen.“



von links: Eberhard Brodhage, ADFC Berlin, Grit Westermann, PSD Bank Berlin-Brandenburg, Prof. Dr. med. Felix Berger, Klinik für Angeborene Herzfehler, Tobias Triebswetter, BBBank, Petra Götze, Berliner Morgenpost.
Fotos: Thomas Rosenthal

Die PSD Bank Berlin-Brandenburg wird im dritten Quartal 2025 mit der BBBank fusionieren. Die zugehörige BBBank Stiftung erhöhte die Spende um weitere 10.000 €. *„Das Konzept der PSD Herzfahrt hat uns von Anfang an überzeugt“, berichtet Gabriele Kellermann, stv. Vorstandsvorsitzende der BBBank und Vorständin der BBBank Stiftung. „Wir freuen uns sehr darauf, diese Tradition auch in Zukunft fortzuentwickeln.“*

Quelle: PSD Bank

08) Sommer Talks. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-16

14. Juli 2025

50. Jahrgang

Sommer Talks

ARD und ZDF beglücken uns auch in diesem Sommer wieder mit Interviews des politischen Spitzenpersonals. In der ARD jeweils sonntags von 18:00 bis 18:30 Uhr und im ZDF von 19:10 bis 19:30 Uhr. Im Ersten können die Parteichefs zehn Minuten länger als im ZDF darüber plaudern, was wir ohnehin schon von ihnen erfahren haben, wenn wir regelmäßig Nachrichten schauen oder uns Maischberger, Illner oder Lanz antun. Sei es drum. Schön, dass wir mal wieder darüber gesprochen haben.

Den Auftakt machte die ARD am Sonntag mit Bundeskanzler **Friedrich Merz**. Die Hälfte der Sendezeit verschwendete Moderator **Markus Preiß** mit der gescheiterten Richterfrage. „*Sie haben mich das jetzt dreimal gefragt,*“ sagte Merz leicht genervt. „*Sie bekommen auch beim vierten oder fünften Mal keine andere Antwort.*“ Preiß wollte wissen, wie es nun weiterginge, und Merz verwies auf ausstehende Gespräche mit **Lars Klingbeil**. Während Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** im ZDF-Gespräch, nach Lektüre der Sonntagszeitungen, die Koalition beschädigt sieht, hatte Merz einer anderen Zeitung entnommen, dass dies quasi eine Sternstunde der Demokratie gewesen sei. Es kommt eben darauf an, welche Zeitungen man liest. Ansonsten ging es um viel Krieg und wenig Frieden. Steinmeier outete sich als Befürworter der Wehrpflicht.

Wer Interesse hat, sich die kommenden Sommerinterviews reinzuziehen, hier die Termine:

ARD – sonntags 18:00 bis 18:30 Uhr

20.07.2025 – **Alice Weidel** (AfD)
03.08.2025 – **Felix Banaszak** (Grüne)
10.08.2025 – Überraschungsgast von der SPD
17.08.2025 – **Jan van Aken** (Linke)
24.08.2025 – **Markus Söder** (CSU)

ZDF – sonntags 19:10 bis 19:30 Uhr

20.07.2025 – **Franziska Brantner** (Grüne)
03.08.2025 – **Markus Söder** (CSU)
10.08.2025 – **Tino Chrupalla** (AfD)
17.08.2025 – **Lars Klingbeil** (SPD)
24.08.2025 – **Ines Schwedtner** (Linke)
31.08.2025 – **Friedrich Merz** (CDU)

Söder und Merz müssen zweimal ran. Ja, so ist das, wenn man keine Doppelspitze mag. Ein fein abgestimmter Plan, der wenigstens davor bewahrt, an einem Abend eine Partei zweimal erleben zu müssen.

Ed Koch

1

paperpress

Nr. 639-14

13. Juli 2025

50. Jahrgang

KW 28 – Die letzte Instanz

In einer Demokratie ist die letzte Instanz das oberste Gericht, in Deutschland das Bundesverfassungsgericht. Hier ist Endstation aller Auseinandersetzungen. Nicht selten müssen die Richter die Verfassung vor der Politik schützen und verteidigen, weil diese oft zu jovial mit ihrer Gesetzgebung umgeht. Niemand ist verpflichtet, die Entscheidungen des BVerfG zu bejubeln, jeder ist aber verpflichtet, sie zu akzeptieren.

Die Wahl, wie die 16 Richter, aufgeteilt in zwei Senaten, in ihr Amt kommen, ist ein neuralgischer Punkt. Es liegt auf der Hand, dass dieses Recht den gewählten Volksvertretern zusteht. Und so werden je zur Hälfte die Richter vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Die Entscheidung um drei Neubesetzungen oblag am Freitag den Abgeordneten des Bundestages.

Es ist gut, dass für diese Wahl eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten erforderlich ist. Man muss nicht Mathematik studiert haben, um zu erkennen, dass 328 nicht Zweidrittel von 630 sind, sondern nur 52 Prozent. CDU/CSU (208) und SPD (120) fehlen also einige Prozentpunkte, um die Sache unter sich ausmachen zu können. Aber auch mit 413, rechnet man die 85 Abgeordneten der Grünen hinzu, kommt man nur auf 65,5 Prozent, was knapp unter Zweidrittel liegt. Wer kann helfen? **Die Linke**.

Sie hat es schon getan und sich als staatstragend erwiesen. Ohne die Linke hätte **Friedrich Merz** am 6. Mai nicht zum Kanzler gewählt werden können. Als er im ersten Wahlgang durchfiel, stand die Entscheidung an, gleich noch einen zweiten zu wagen. Um das hinzukriegen, brauchte man die Unterstützung der Linken. Diese hat, um es in meinen Worten zu sagen, Merz an diesem Tag den Arsch gerettet und wurde von der Union wenig später bei der Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums als Dank in ihren getreten, als man die Linke Fraktionsvorsitzende **Heidi Reichinnek** durchfallen ließ.

Die Richterwahl am Freitag wäre unter Einbeziehung der Linken vermutlich problemlos über die Bühne gegangen, denn rechnet man ihre 64 Abgeordneten hinzu, läge die Mehrheit bei satten 75,7 Prozent. Die Linke verlangt dafür nicht mehr, als gehört zu werden und mitsprechen zu dürfen. Ist das zu viel verlangt? Man kann die Linke - Achtung Wortspiel - nicht mehr einfach so links liegenlassen. Demnächst steht die Reform der Schuldenbremse an, wozu die Linke als Mehrheitsbeschaffer gebraucht würde.

Die Linke ist nach der Abspaltung des populistischen BSW keine Partei mehr, vor der man Angst haben müsste. Die Brandmauer zur Linken ist inzwischen lächerlich. Wie lange will man ihr noch vorwerfen, Nachfolgepartei der SED zu sein? Schlimm hingegen ist, dass es etliche Leute in der Union gibt, die lieber mit der AfD als der Linken zusammenarbeiten würden.

Die Richterwahl am Freitag ist nicht an der Linken gescheitert, sondern an der Union. Dem Fraktionsvorsitzenden **Jens Spahn** ist es nicht gelungen, seine Zusage einzulösen, auch für eine von der SPD vorgeschlagene Kandidatin zu stimmen. Schon beim ersten Kanzlerwahlgang standen nicht alle Unioner hinter ihrem Chef, der ohnehin wegen der Causa „Maske“ angeschlagen ist. Die SPD hat Spahn einen Untersuchungsausschuss erspart und sich auf die relativ zahnlose Enquete-Kommission eingelassen. Das wurde ihr nicht durch eine geschlossene Unionsfraktion gedankt. Die Union nimmt gern Hilfe an, wenn es passt, zeigt sich aber undankbar gegenüber den Helfenden. Spahn hat bewiesen, dass er als Fraktionsvorsitzender ebenso eine Fehlbesetzung ist wie damals als Gesundheitsminister.

Richtig wütend macht es einen, wenn man sich die Beweggründe von Unionsabgeordneten anschaut, warum sie **Frauke Brosius-Gersdorf** nicht zur Bundesrichterin wählen wollen. Man wirft ihr unter anderem eine liberale Haltung beim Thema Abtreibung vor. Das klingt nach Trumps Amerika. Bei der Richterwahl steht die juristische Kompetenz der Kandidaten im Vordergrund, nicht deren „liberale Haltung“ zu bestimmten Themen, die den Konservativen nicht passen.

Es ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie, dass die Richterwahl verschoben werden musste. Die Union sollte endlich auf die Linke zugehen, um weiteres Unheil zu vermeiden. Die AfD derweil feixt sich, eins. Sie muss nichts machen, nur abwarten, bis sich die demokratischen Kräfte pulverisieren. Der Weg ist nicht mehr weit, wo jenseits der Rechtsextremen keine Zweidrittelmehrheit mehr möglich ist. Die neue Regierung ist noch keine 100 Tage im Amt, hat aber schon viele blaue Flecken. **Jens Spahn** hat seine Probezeit bereits jetzt nicht bestanden.

Was noch?

Der Plan ist, dass unser Büro am Montag umzieht, verbunden mit einem neuen Internetzugang. Plug and Play wurde versprochen. Wenn Sie in den nächsten Tagen nichts von uns hören, ist der Plan schiefgegangen.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

10) Community. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-13

12. Juli 2025

50. Jahrgang

Community

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg kümmert sich seit längerem um das Thema Einsamkeit, die Ursachen und was dagegen getan werden kann. Einsamkeit betrifft nicht nur ältere Menschen, sondern ist ein generationsübergreifendes Problem, von dem auch viele Jugendliche betroffen sind. Nichts ist schlimmer, als keine sozialen Kontakte zu haben. Sich auszutauschen, zu streiten, tolerant anderen Meinungen gegenüber zu sein, teilzuhaben am Leben der Mitmenschen und zu zeigen, was man selbst kann. Einer Community anzugehören, ist das Beste, was einem passieren kann. Wobei man nicht vergessen sollte, dass selten die Community zu einem, sondern man zur Community kommen muss.

Berlin ist reich an Gemeinschaften unterschiedlicher Ausrichtungen. Eine besondere hat sich am Fuße des Schöneberger Gasometers seit 2008 entwickelt. Die EUREF-Community umfasst 7.000 Menschen, die auf 5,5 Hektar in mehr als 150 Unternehmen, Institutionen und Startups rund um die Themenfelder Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit – kooperativ, offen und gemeinsam tätig sind.

Wer feste arbeitet, darf gelegentlich auch Feste feiern. So geschehen auf dem Campus am gestrigen Freitag, leicht eingetrübt durch regnerisches und stürmisches Wetter. Aber immer dann, wenn auf der Bühne vor dem historischen Wasserturm etwas vorgetragen wurde, hatte **Petrus** ein Einsehen, denn nicht erst seit **John Fogertys** Song „Who'll Stop the Rain“ (Credence Clearwater Revival, 1970), war bekannt, dass nur einer den Regen stoppen kann.



Die Wertschätzung, die die Politik dem EUREF-Projekt heute zollt, hat sich im Laufe der Jahre entwickelt. Es hat eine Weile gedauert, ehe die Grünen erkannten, dass grüner sein als unter dem Gasometer, nur schwer möglich ist. Und so sagte der Grüne Bezirksbürgermeister **Jörg Oltmann** gestern, dass er „stolz“ auf den EUREF-Campus sei. Auch der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** ist ein Fan des Campus. In seiner kurzen Rede ließ er nicht unerwähnt, dass hier die Sondierungsgespräche zwischen seiner CDU und der SPD stattfanden. Wie nachhaltig die Schwarz-Rote Koalition sein wird, werden wir bei den nächsten Wahlen im September 2026 erleben. Übrigens: Auf dem

Campus fanden auch die Sondierungsgespräche zwischen CDU und den Grünen statt. Unvergessen der Augenblick, als **Kai Wegner** und **Bettina Jarasch** beim Abendessen im Café im Wasserturm saßen und die Meldung durchgestochen wurde, dass die damalige Regierende Bürgermeisterin und SPD-Spitzenkandidatin **Franziska Giffey** Wegners CDU Koalitionsverhandlungen anbieten wollte.



Reinhard Müller, Kai Wegner und Karin Teichmann, Vorstandssprecherin der EUREF AG – Alle Fotos: Ed Koch

Für EUREF-Gründer **Reinhard Müller** war der 11. Juli nicht nur der Tag seines Sommerfestes, sondern auch seines Geburtstages (Jahrgang 1953). Und so versäumte kein Redner, ihm auch zum Geburtstag zu gratulieren.



Für einen kreativen Menschen wie **Reinhard Müller** ist der Kopf das wichtigste Körperteil. Und so schenkte ihm GASAG-Chef **Georg Friedrichs** einen Sturzhelm.



Nach längerer Pause ist das Beach-Volley-Ball-Feld wieder bespielbar und das Holzhaus, dem nun wirklich letzten neuen Gebäude auf dem Campus, fertig gestellt. Auf dem Campus gibt es auch ein kleines Schwimmbad. Es fehlt einem hier an nichts.

paperpress

Nr. 639-13

12. Juli 2025

50. Jahrgang

Zu den Community-Sommerfesten gehört traditionell ein Beach-Volley-Ball-Turnier, an dem sich Mannschaften der Unternehmen beteiligen, die auf dem EUREF-Campus zu Hause sind. Sieger des diesjährigen Turniers ist die GASAG.

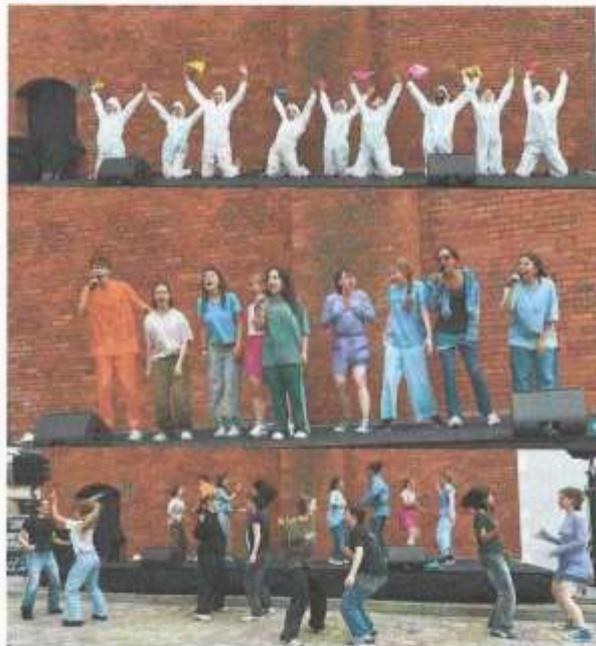


Während die Community-Einrichtungen den hier Beschäftigten zur Nutzung vorbehalten bleiben, ist die Gastronomie öffentlich zugänglich, ob **Schmiede** (Pizza, Pasta, Salate), **Bamboo Bay** (Sushi), **Café im Wasserturm** (Salate, Wiener Kalbsschnitzel, Currywurst) das **Grüns** (Vegetarisch) oder **The Cord** (Steaks, ein sensationelles Rindertartar mit Bioeigelb oder Kammeiers Fischeintopf).

Apropos **Thomas Kammeier**. Der gastronomische Leiter des EUREF-Campus ist sich nicht zu schade, selbst die Gäste zu bedienen. Beim Sommerfest legte er gekonnt die Thüringer Rostbratwürste ins Brötchen.



Roboter können heute fast alles, auch Drinks mischen und sogar noch einen Strohhalm ins Glas stecken. **Kai Wegner** zeigte sich angetan. Aber, sind wir mal ehrlich, wer in eine Bar geht, möchte, dass Charly einem den Drink mischt.



Bevor das Wetter immer ungemütlicher wurde und Petrus die Sache entglitt, erwischte die **ACADEMY Bühnenkunstschule** eine trockene Phase. Das seit 22 Jahren von der **GASAG** unterstützte Projekt erhielt in diesem Jahr den Deutschen Kulturförderpreis. Die **GASAG AG** wurde bereits 2007 für ihr Engagement in der Förderung der Bühnenkunstschule **ACADEMY** mit dem Preis ausgezeichnet.

Die Bühnenkunstschule ist ein geschützter Ort, der das gesamte Spektrum des Theaters abdeckt und zum Ausprobieren einlädt. Hier lernen Jugendliche nicht nur Schauspiel, Tanz und Gesang, sondern auch wie sie über sich hinauswachsen können. Für viele ist diese Erfahrung ein Sprungbrett in eine neue Welt, weil sie bei der künstlerischen Arbeit ihre Stärken und Schwächen entdecken können. Im Team für etwas zu arbeiten und am Ende sogar Erfolg zu haben, ist für viele der jungen Berlinerinnen und Berliner eine neue Erfahrung. GASAG hat sich 2003 mit der Initiierung von ACADEMY das Ziel gesetzt, einen außerschulischen Ort für die kulturelle Bildung junger Menschen zu schaffen, der Respekt, Offenheit, Zusammenhalt und Vielfalt lehrt und lebt. Quelle: GASAG

Die Performance der Jugendlichen in Tanz und Gesang war beeindruckend und mitreißend.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

11) Mein Freund, der Baum. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-12

11. Juli 2025

50. Jahrgang

Mein Freund, der Baum

„Mein Freund, der Baum ist tot, er fiel im frühen Morgenrot“, sang schon 1968 **Alexandra**. Immer wieder müssen Bäume weichen, weil sie dem Fortschritt im Wege stehen. Inzwischen sind aber nicht die abgesägten Bäume das größere Problem, sondern jene, die Stürmen zum Opfer fallen, wie zuletzt am 23. Juni 2025.



Foto: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Für die einen trägt der Klimawandel die Verantwortung, andere sprechen von Wetterphänomenen, wie sie immer mal wieder vorkommen. Hitzewellen und Stürme im Wechsel. Als wir am 30. Juni mal wieder über das unerreichbare 1,5-Grad-Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs berichteten, schrieb uns ein verärgertes Leser. „Natürlich gibt es Klimawandel. Wer das leugnet, der ist wirklich ein Idiot. Aber dann ist auch schon Schluss. Ich erspare Ihnen die Aufzählung der Fakten, wie Anteil von CO₂ in der Luft usw. Ich bin es leid, solchen Unfug zu lesen. Bitte beteiligen Sie sich nicht am Verdummen der Menschen.“

Also, was ist zu tun gegen sterbende Bäume? Ganz einfach: Neue pflanzen.

Das für seine hochwertigen Druckerzeugnisse (seit 2023 ausgezeichnet mit dem **Blauen Engel** für umweltfreundliche Druckprodukte) und seinem sozialen Engagement bekannte Marienfelder Unternehmen **PIEREG** hat eine neue Idee entwickelt.

Alle Infos unter www.pierег.de/nachhaltigkeit

AKTION=Baum

1 Baum = 1 Auftrag

Sei mit dabei! Wir für unseren Wald.

Ganz regional. Hauptstadtfreundlich. Direkt vor unserer Haustür. Zum Greifen nah. Nachhaltig für morgen.

Was ist das für eine Aktion?



Quelle: PIEREG Presseinformation

Zusammen mit den Berliner Forsten möchte PIEREG im Grunewald neue Bäume pflanzen – und zwar mit jedem Auftrag, der im August oder September abgeschlossen wird.



Josef Kucera, Sebastian Preißler, Sven Regen, Maxie Hannaske, Celestina Kucera. Foto: PIEREG

Im Rahmen eines Azubi-Projekts macht das PIEREG möglich: Die Forst-Auszubildenden kümmern sich um die Vorbereitung des Geländes, bauen einen Wildschutzzaun und pflanzen im Oktober – pünktlich zum Herbstbeginn und zusammen mit den Druckerei-Azubis – die Baumsetzlinge. Auch um das regelmäßige Gießen und die Pflege kümmern sie sich. Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein sind für PIEREG keine Marketingbegriffe, sondern ein echtes

paperpress

Nr. 639-12

11. Juli 2025

50. Jahrgang

Anliegen. Wer das Unternehmen kennt, weiß: Die reden nicht nur – die handeln. Schon heute werden die großen Druckmaschinen über eine eigene Photovoltaikanlage versorgt – komplett autark bei maximaler Sonneneinstrahlung.

„Unsere Materialien beziehen wir überwiegend regional, vermeiden lange Lieferketten und kennzeichnen umweltfreundliche Produkte mit unserer Eigenmarke PIEREG ECO³.“, erklärt Geschäftsführer **Sven Regen**. *„Papier ist unser Alltag. Die Idee ‚Vom Baum zum Blatt‘ setzen wir jetzt in umgekehrter Richtung um – mit echter Wirkung. Bäume pflanzen fürs Klima – aber richtig!“*

„Denn zielloses Bäume pflanzen“, so Regen, „ist nicht automatisch nachhaltig. Wir setzen auf Qualität statt Symbolik – und erfüllen vier zentrale Bedingungen: Pflege ist Pflicht. Bäume brauchen Wasser, Licht, Luft und Pflege – besonders in den ersten Jahren. Alte Bäume speichern übrigens deutlich mehr CO₂ als junge. Nicht jeder Baum passt. Die Auswahl der Baumarten erfolgt standortgerecht und klimaanpassungsfähig – nach FSC-Empfehlung durch die Berliner Forsten.“

Mischwald statt Monokultur.



Foto: PIEREG

„Der ausgewählte Standort war bisher eine überalterte Monokultur. Jetzt wird er zum klimaresilienten Mischwald – robust gegen Wetterextreme und Schädlinge. Moore bleiben unangetastet. Kohlenstoffreiche Moorböden speichern mehr CO₂ als jeder Wald – daher pflanzen wir ausschließlich dort, wo natürliche Waldverjüngung sinnvoll unterstützt werden kann.“

Wie funktioniert das Projekt konkret?

Für jeden bei PIEREG abgeschlossenen Auftrag im August und September wird im Oktober ein Baumsetzling gepflanzt. Die Fläche liegt im Grunewald, vorbereitet von den Forst-Azubis. Ein stabiler Zaun schützt die Setzlinge. Die nächsten drei Jahre kümmern sich die Azubis um Pflege, Gießen und Schutz.

Was bekommt der Kunde?

Jeder Kunde erhält zu seiner Rechnung eine Urkunde mit Standortangabe und Baum-Info – ein kleiner, aber bedeutungsvoller Beitrag zum Klimaschutz. Es ist ein „Nice-to-Have“, das zeigt: Du denkst nicht nur an deine Drucksache – sondern auch an morgen.

„Mit den Berliner Forsten, der Landesforstverwaltung Berlins, haben wir einen glaubwürdigen und erfahrenen Partner an unserer Seite. Ihre Arbeit folgt dem Prinzip echter Nachhaltigkeit: Langfristige Walderhaltung, Schutz der Böden, CO₂-Bindung, Erholung, Klima- und Lärmschutz für die kommenden Generationen. Der Forstbetrieb wird das Projekt öffentlich begleiten – u. a. mit Social Media und Pressearbeit. Auch PIEREG kommuniziert die Aktion auf allen Kanälen.“, sagt der PIEREG-Chef zu seinem Projekt – Achtung Wortspiel: **Regen-Wald**.

Hintergrundinformationen.

Was macht PIEREG:

PIEREG das Druckcenter in Berlin mit über 55 Mitarbeitenden. Unser Leistungsspektrum umfasst: individuelle Beratung, Druckvorstufe, Offsetdruck, Digitaldruck, Buchbinderei, Konfektionierung, Logistik und Versand im Haus, ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, Im Zeichen der Nachhaltigkeit. Unsere typischen Druckprodukte sind u.a.: Bücher, Broschüren, Prospekte, Flyer, Handzettel und Poster.

Über die Berliner Forsten:

Die Mitarbeitenden der Berliner Forsten kümmern sich um die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, die sich aus der Verantwortung für unsere Wälder ergeben. Im Landesforstamt, in den vier Forstämtern und 28 Revierförstereien, sind sie Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Wald. Die Berliner Forsten sind eine der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt nachgeordnete Behörde.

Das forstliche Denken ist von Nachhaltigkeit und Langfristigkeit geprägt. Diesem Prinzip sind auch die Berliner Forsten verpflichtet. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass nachfolgende Generationen von

paperpress

Nr. 639-12

11. Juli 2025

50. Jahrgang

einem stabilen und gesunden Wald profitieren. Sie schützen und erhalten den Wald und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der Wald mit seinen Holzvorräten nicht geplündert, sondern gepflegt und nachhaltig verjüngt wird. Die vielen wichtigen Waldfunktionen wie zum Beispiel Erholung und Freizeit, Natur- und Landschaftsschutz, Trinkwasser- und Lärmschutz, Boden- und Klimaschutz werden erhalten und nachhaltig entwickelt.

Ohne Grunewald, Köpenicker und Tegeler Forst sowie die vielen anderen Naturräume wäre Berlin nicht Berlin. Unsere Wälder sind ein bedeutender Standortfaktor. Sie gewährleisten vorrangig als Naherholungsgebiete Lebensqualität, sie sorgen für frische Luft und ein ausgeglichenes Klima und sie sind die Quelle unseres hochwertigen Trinkwassers. Die nachhaltige Pflege und Bewirtschaftung der Wälder durch die Berliner Forsten sichert diesen Reichtum für kommende Generationen.

33 Jahre nach der ersten UN-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro und 300 Jahre nach der erstmaligen Formulierung des Prinzips der Nachhaltigkeit – erfunden übrigens von der deutschen Forstwirtschaft – sind wir im Berliner Wald mit der durch den Forest Stewardship Council (FSC) und den Naturland-Verband zertifizierten ökologischen Waldpflege auf einem guten Weg. Die Berliner Forsten stehen in dieser Jahrhunderte währenden Tradition einer verantwortungsvollen Waldnutzung. Das Konzept einer nachhaltigen und ökologischen Waldbewirtschaftung sichert insbesondere die für eine Großstadt wichtigen Leistungen des Waldes auch für kommende Generationen.

Über den Grunewald:

Der Grunewald ist das größte Waldgebiet im Westen Berlins. Der Forst ist von Seen durchzogen und ein beliebtes Ausflugsziel für Spaziergänger und Radfahrer. Wer im Berliner Grunewald spazieren geht, vergisst schnell, dass er sich in einer Millionenmetropole befindet. Das große Waldgebiet im Westen Berlins ist ein Erholungsort für gestresste Großstädter. Ob Spazierengehen, Joggen oder Radfahren, die vielen kleinen und großen Wege bieten viel Raum für Aktivitäten. An den Waldrändern wird der Grunewald von Wasser eingerahmt. Im Westen lockt die Havel mit zahlreichen Badestellen, im Osten die Seenkette aus Grunewaldsee, Krumme Lanke und Schlachtensee. Am unteren Ende des Grunewalds lockt der berühmte Wannsee mit dem Strandbad Wannsee, dem größten Binnenseebad Europas.

Quelle: PIEREG

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

3

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Werbung.

12) Reif für die Insel

paperpress

Nr. 639-11

10. Juli 2025

50. Jahrgang

Reif für die Insel

Wann waren Sie das letzte Mal auf Rügen? Es wird mal wieder Zeit, das stressige Großstadtleben mit dem entspannten Inseldasein einzutauschen. Um den Aufenthalt noch angenehmer zu gestalten, empfehlen wir Ihnen das folgende kulturelle Highlight im August.

„Insel Intermezzi“

Vom **24. bis 31. August**, eine Woche nach Young Euro Classic, erklingen musikalische Kostbarkeiten inmitten einer malerischen Landschaft auf Rügen - sieben Konzerte an sechs bezaubernden Orten.

Ein Intermezzo ist mehr als eine Unterbrechung. Es ist ein Moment des Innehaltens, ein klangvoller Zwischenakt inmitten von Leichtigkeit, Emotion und Tiefe. In diesem Geist vereint das Sommerfestival auf Rügen reizvolle Kontraste, zwischen Tradition und Moderne, zwischen vertrauten Meisterwerken und seltenen Kostbarkeiten, zwischen sommerlicher Unbeschwertheit und berührender Intensität.

Die Konzertreihe wird veranstaltet von dem ganz auf Privatinitiative gegründeten Verein **„Konzertleben“**, der sich der Förderung freischaffender junger Musiker widmet und jungen exzellenten Künstlern nach abgeschlossenem Studium das Bestehen im kommerziellen Musikbetrieb ermöglichen will.

Dies erwartet Sie:

Sonntag, 24.08.2025, 17:00 Uhr
Schloss Ralswiek – Auftakt



Mit Duetten von Beethoven, Sibelius und Händel/Halvorsen, einer fürs Festival arrangierte Fassung von Ravels Boléro sowie Auszüge aus Brahms' Klarinettenquintett.

Mittwoch, 27.08.2025, 18:00 Uhr

Pfarrkirche Altenkirchen - Pas de Deux



Ein Abend voller musikalischer Meisterwerke, mit Schuberts ergreifender Fantasie in f-Moll und Debussys Petit Suite sowie Beethovens 3. Cellosonate

Donnerstag, 28.08.2025, 19:30 Uhr

Theater Putbus – Kontraste



Es erklingen Faurés Klaviertrio, Bartoks Kontraste sowie Brahms' Klarinettenquintett

Freitag, 29.08.2025, 15:00 Uhr

Kunstscheune Vaschvitz - Mythen und Märchen



1

paperpress

Nr. 639-11

10. Juli 2025

50. Jahrgang

Mit Schuberts Notturmo, Szymanowskis Mythen, Janáčeks Pohádka und Schumanns Märchenerzählungen. Den Schlusspunkt setzt eine Streichtrio Bearbeitung von Schuberts Erlkönig.

Samstag, 30.08.2025, 15:00 Uhr

Hotel Badehaus Goor - Mélange Konzert



Fröhliche und Virtuose Musik zu Kaffee und Kuchen. Kammermusik von Händel/Halvorsen, Beethoven, Debussy, Milhaud und de Falla.

Samstag, 30.08.2025, 19:30 Uhr

Theater Putbus - Auf den Spuren von Maurice Ravel



Zum 150. Geburtstag erklingen sein fantastisches Klaviertrio und die Festivalversion des Boléros sowie das Streichquartett seines Vorbilds und Rivalen Debussy. Außerdem die Suite populaire Espagnole seines Freundes Manuel de Falla.

Sonntag, 31.08.2025, 17:00 Uhr

Kultur- und Wegekirche Landow - Abschlusskonzert



Ein Blick auf die vergangene Woche mit Faurés Klaviertrio und Debussys Streichquartett. Zudem sorgen Beethovens schwungvolles „Gassenhauer“-Trio und Schuberts Erlkönig für einen mitreißenden und festlichen Ausklang.

Mehr zu den Orten und Musikern

<https://www.konzertlieben.de/inselintermez>

Quelle: Sabine Schaub – Konzertlieben e.V. – Fotos: Veranstalter

Tickets

Kaufen Sie Platzkarten einfach im Onlineshop des Theaters Putbus. Persönlich für Sie da ist die Theaterkasse Putbus, Markt 13, 18581 Putbus

Dienstag bis Freitag von 10:00 bis 13:00 Uhr und 16:00 bis 18:00 Uhr. Telefon: 038301 808 330, E-Mail service@theater-vorpommern.de.

Ausschließlich hier erhalten Sie mit dem Codewort ALLEGRO Rabatt auf alle Karten:

- 10 Prozent ab 4 Karten
- 20 Prozent ab 6 Karten
- 25 Prozent ab 11 Karten

Auf Kurzentschlossene freuen sich die Abendkassen eine Stunde vor Konzertbeginn.

13) Berlin Dome. Von Ed Koch u.a.

paperpress

Nr. 639-07

7. Juli 2025

50. Jahrgang

Berlin Dome

Verteidigungs- und Außenpolitik ist Sache des Bundes und nicht der Länder. Das muss die führende politische Kraft einer Stadt aber nicht davon abhalten, sich Gedanken um die Sicherheit der Bürger im Falle eines Angriffskrieges zu machen. Die CDU-Fraktion ging in Klausur und diskutierte in Augsburg über alle – aus ihrer Sicht relevanten Fragen – und fasste dazu Beschlüsse.

Die Themen in der Reihenfolge ihrer Nennung auf https://www.cdu-fraktion.berlin.de/Beschluesse-und-Publikationen_p_52.html

1. Abschiebungen durchführen – nicht behindern – Vertraulichkeitslücke bei Abschiebeflügen schließen
2. Verbundeinsätze zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
3. Berlin muss wehrhaft sein – für Deutschland, für Europa, für unsere Freiheit.
4. Interkollegialer Austausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
5. Respekt für Veteranen – Invictus Games nach Berlin holen
6. Erste Hilfe zählt – Reanimation macht Schule in Berlin

Im Ernstfall könnte sich weder Deutschland und erst recht nicht Berlin ausreichend verteidigen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass wie 1945 und später noch einmal im Juni 1953 wieder russische Panzer durch Berlin rollen. Um uns zu erreichen, müssten sie durch Belarus fahren, was keine Hürde darstellen würde, aber auch durch Polen, was sich dieses Land nicht gefallen ließe. Heutzutage werden Kriege aus der Luft geführt mit maximalem Schaden, ohne auch nur einen eigenen Soldaten dabei zu verlieren.

Wenn wir uns den vielgepriesenen *Iron Dome* von Israel anschauen, sehen wir die enormen Zerstörungen, die trotz des Schutzschildes angerichtet worden sind. Es gibt keine absolute Sicherheit. Irgendeine Rakete findet immer ihr Ziel. Bei einem *Berlin Dome* sähe es nicht anders aus. Die älteren unter uns erinnern sich noch daran, wie nach dem Krieg alle Bunker in Berlin nach und nach gesprengt wurden. Denn der Krieg war ja vorbei und alle glaubten, dass sich diese Katastrophe nicht wiederholen werde. Heute funktionieren nicht einmal die Sirenen, die uns warnen könnten. Also: Lassen Sie Ihr Handy immer eingeschaltet.

Gedanken über einen möglichen Angriffskrieg müssen wir uns nicht machen. Denn, sollte Russland Deutschland angreifen, würde dies vermutlich den Dritten Weltkrieg auslösen. Die verbleibenden Sekunden bis zum Einschlag der Atombombe würden nicht einmal ausreichen, um noch einen letzten Schnaps zu trinken.

Die CDU-Fraktion hat sehr viel Zeit dafür aufgewendet, sich um unsere Sicherheit zu sorgen. Das Ergebnis wollen wir Ihnen nicht vorenthalten. Nachfolgend dokumentieren wir den Beschluss.

Berlin muss wehrhaft sein – für Deutschland, für Europa, für unsere Freiheit.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa und der Welt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Lange galt Frieden auf unserem Kontinent als selbstverständlich gesichert. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges herrschte die Meinung, dass Dialog, Handel und internationale Institutionen ausreichen würden, um dauerhafte Stabilität zu sichern, vor.

Spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist klar: Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Europa ist in eine neue sicherheitspolitische Realität eingetreten. Der russische Angriffskrieg bleibt die größte militärische Bedrohung für Europa. Doch auch andere Entwicklungen verschärfen die Lage:

- China strebt eine neue geopolitische Weltordnung an, unterstützt Russland wirtschaftlich und droht mit der gewaltsamen Annexion Taiwans.
- Iran bedroht durch Angriffe und Stellvertreterkriege Israel und den Nahen Osten und bedroht durch Terrorfinanzierung auch europäische Sicherheitsinteressen.
- Afrikanische Krisenregionen verursachen Migrationsbewegungen und geopolitische Spannungen, die auch Europa betreffen.
- Russlands Desinformationskampagnen spalten die Gesellschaft und lähmen Europas Handlungsfähigkeit

Frieden ist kein Naturgesetz – er muss verteidigt, gestaltet und gesichert werden. Deutschland steht dabei im Zentrum Europas – geografisch, wirtschaftlich, politisch. Und als größte Volkswirtschaft, als bevölkerungsreichstes EU-Land und als stabile Demokratie trägt Deutschland eine besondere Führungs-

paperpress

Nr. 639-07

7. Juli 2025

50. Jahrgang

verantwortung. Unsere Partner erwarten, dass Deutschland nicht nur reagiert, sondern agiert – strategisch, entschlossen und solidarisch.

Berlin, die Hauptstadt dieses Landes, ist nicht nur Symbol dieser Verantwortung, sondern auch operatives Zentrum: für Regierungsführung, Verteidigungskoordination und Krisenmanagement. Hier befinden sich der Deutsche Bundestag, zentrale Einrichtungen der Bundesregierung, der Sicherheitsbehörden, diplomatische Vertretungen, der Bundesrat und der Sitz des Bundespräsidenten. Eine wehrhafte Republik braucht eine verteidigungsbereite Hauptstadt.

Daraus folgt: Berlin muss vorbereitet sein. Die Hauptstadt muss sich auf hybride Bedrohungen, gezielte Desinformationskampagnen, Angriffe auf kritische Infrastrukturen und nicht zuletzt auf militärische Szenarien einstellen. Das bedeutet nicht Alarmismus, sondern nüchternes sicherheitspolitisches Denken.

Zeitenwende im Denken – Neue Realität anerkennen.

Der Krieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein Krieg gegen ein Nachbarland Russlands. Es ist ein Krieg gegen die europäische Ordnung, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gegen Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Russland führt diesen Krieg nicht allein mit Panzern und Raketen. Es ist auch ein hybrider Krieg – mit Cyberangriffen, Sabotageakten, gezielter Desinformation und der systematischen Schwächung demokratischer Gesellschaften. Diese Taktiken treffen längst auch Deutschland – und Berlin als Hauptstadt ganz besonders.

Berlin darf nicht länger davon ausgehen, dass Krisen und Kriege an der Landesgrenze haltmachen. Auch in Deutschland müssen kritische Infrastrukturen, Kommunikationssysteme und die Resilienz der Zivilgesellschaft gegenüber hybriden Bedrohungen gestärkt werden. Die Hauptstadt muss vorbereitet sein – auf Desinformation, Sabotage, Cyberattacken und schlimmstenfalls auch physische Angriffe.

Berlins Verwaltungen, Infrastrukturen, Regierungseinrichtungen, Medienzentren und Kommunikationsnetze sind potenzielle Ziele. Unsere offene Gesellschaft ist angreifbar. Wer das ignoriert, handelt verantwortungslos. Im Rahmen der Verwaltungsreform, muss die Resilienz auf zahlreichen Ebenen gestärkt, bzw. implementiert werden. Dies gilt insbesondere beim Katastrophenschutz.

Die Friedensdividende ist aufgebraucht

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Deutschland – wie viele europäische Länder – die vermeintliche Friedensdividende genossen. Verteidigungsbudgets wurden gekürzt, Wehrpflicht und Zivilschutz abgebaut, militärische Infrastruktur rückgebaut. Das schien in einer Welt, die sich auf Dialog und multilaterale Zusammenarbeit konzentrierte, vernünftig.

In Berlin wurden Luftschutzbunker geschlossen, Reservestrukturen vernachlässigt, Schutzpläne sind inzwischen veraltet oder gänzlich abgeschafft. Doch dieser sicherheitspolitische Optimismus war trügerisch und in der Rückschau ein Fehler. Das Bewusstsein für und die Institutionen selbst, die unsere Freiheit sichern, wurden über Jahre hinweg geschwächt. Heute erleben wir die Folgen: Bundeswehr und Katastrophenschutz sind überlastet, Notfallpläne fehlen, Vorratshaltung ist unterentwickelt, und auch in der Bevölkerung fehlt oft das Bewusstsein für den Ernst der Lage. Eine Rückbesinnung auf Resilienz – sowohl staatlich als auch gesellschaftlich – ist dringend notwendig. Denn der nächste große Krisenfall kann schneller kommen als wir denken: sei es durch Cyberangriffe, Stromausfälle, Sabotage, Terroranschläge oder den Ausbruch eines größeren Konflikts in Europa.

Was in Friedenszeiten als pragmatische Politik erschien, ist in der heutigen Lage ein Sicherheitsrisiko. Wir müssen anerkennen: Freiheit, Frieden und Sicherheit kosten. Sie erfordern politische Führung, Mut zur Prioritätensetzung und die Bereitschaft, unbequeme Entscheidungen zu treffen. Berlin muss in dieser Situation vorangehen. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben war und ist notwendig, überfällig und richtig. Nur durch massive Investitionen in militärische und zivile Sicherheit kann Deutschland seiner Führungsrolle gerecht werden. Wer Sicherheit will, muss sie sich leisten.

Für den Bund und Berlin bedeutet das konkret:

- Wiederaufbau von Resilienz-Strukturen,
- Investitionen in den Schutz kritischer Infrastruktur,
- Koordination mit Bund und Bundeswehr,
- und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Vorsorge.
- Überprüfung der Zustände und Wiederertüchtigung der Luftschutzbunker in Berlin
- Aktualisierung der Schutzpläne und Vorbereitung der Notfallpläne

- Informierung der zivilen Bevölkerung über die Schutzmöglichkeiten

Die Hauptstadt muss wieder ein Zentrum der Sicherheitsvorsorge werden – nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich. Dazu gehören der Schutz öffentlicher Gebäude, Investitionen in Notfalllogistik, die Vorbereitung von Verwaltungsstrukturen auf Krisenlagen und die Stärkung des Zivilschutzes.

Gemeinsam mit unseren Partnern: NATO, EU und Verbündete

Die Sicherheit Deutschlands ist untrennbar mit der Stärke unserer Bündnisse verbunden. Die NATO ist und bleibt das Rückgrat unserer Verteidigung. Es ist nicht zu unterschätzen, wie wichtig die militärische Abschreckung und die Geschlossenheit des Bündnisses sind. Jede Möglichkeit unsere Verteidigungsfähigkeit und Resilienz zu erhöhen muss wahrgenommen werden. Insbesondere von den Erfahrungen unserer Partnerstadt Kiew, soll Berlin im Bereich des Katastrophenschutzes profitieren können.

Auch die Europäische Union hat sicherheitspolitisch an Bedeutung gewonnen – durch die gemeinsame Unterstützung der Ukraine, durch Koordinierung von Sanktionen und durch die Weiterentwicklung der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Deutschland muss in diesen Bündnissen eine aktivere Rolle einnehmen.

Von unseren polnischen Nachbarn lernen

Besonders wichtig ist dabei auch der Austausch mit unseren Nachbarstaaten, in erster Linie Polen. Polen ist unser wichtigster Partner an der Ostflanke der NATO. Kein anderes EU-Land hat in den letzten Jahren so konsequent in seine Verteidigung investiert. Polen baut ein modernes, starkes Militär auf, stockt seine Rüstungsausgaben auf über vier Prozent des BIP auf, errichtet Grenzschutzanlagen und treibt gemeinsam mit den USA und der NATO die Verstärkung der Abschreckung im Osten voran. Polen ist zugleich logistische Brücke und sicherheitspolitischer Schutzschild für das Baltikum. Ohne Polen wäre eine militärische Unterstützung der baltischen Staaten – etwa über den Suwalki-Korridor – kaum möglich. Das weiß auch Russland, und deshalb versucht der Kreml, Polen gezielt mit hybriden Angriffen unter Druck zu setzen.

Für Berlin bedeutet das:

- Eine starke sicherheitspolitische Partnerschaft mit Polen ist im deutschen Eigeninteresse.

- Polen erwartet zu Recht, dass Deutschland – insbesondere seine Hauptstadt – die Bedrohungslage ernst nimmt.
- Berlin und Warschau müssen enger zusammenarbeiten: militärisch, zivil, strategisch.
- Dass Berlin vom Bund als logistische Plattform für mögliche Bündnisverstärkungen erüchtigt wird.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich daher dafür ein, dass Berlin gezielt Partnerschaften mit polnischen Städten und Regionen in sicherheitsrelevanten Bereichen aufbaut – etwa im Katastrophenschutz, in der zivil-militärischen Zusammenarbeit oder im Bereich der Cybersicherheit.

Berlin und das Baltikum – Eine Partnerschaft für die Freiheit

Das wiedervereinigte Berlin weiß, was es heißt, jahrzehntelang Teil eines sicherheitspolitisch umkämpften Raums zu sein. Unsere Stadt hat die Konfrontation der Systeme erlebt – und die Kraft der Freiheit gespürt. Gerade deshalb sind wir den baltischen Staaten verbunden. Vilnius und Riga sind näher an Berlin als Paris. Estland, Lettland und Litauen stehen wie kaum eine andere Region Europas unter permanentem Druck durch Russland. Sie wissen, was es bedeutet, ihre Souveränität unter der Bedrohung eines aggressiven Nachbarn behaupten zu müssen. Truppenbewegungen, logistische Versorgung und politische Koordination im Bündnisfall werden auch über Berlin laufen müssen. Gleichzeitig sind sie beeindruckende Vorbilder für Resilienz:

- Die baltischen Staaten führen regelmäßig Zivilschutzübungen mit ihrer Bevölkerung durch.
- Sie setzen auf digitale Verteidigungsfähigkeit, Energieunabhängigkeit und breite gesellschaftliche Vorbereitung auf Ernstfälle.
- Sie sprechen eine klare sicherheitspolitische Sprache – ohne Illusionen.

Berlin sollte aus diesen Erfahrungen lernen und gleichzeitig Solidarität zeigen. Die baltischen Staaten wünschen sich einen sicherheitspolitisch klaren, verlässlichen Partner in Deutschland – und Berlin sollte dieser Partner sein. Berlin kann dabei von den baltischen Erfahrungen profitieren – durch:

- strategischen Dialog auf Verwaltungsebene,
- Austauschprogramme im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz,
- gemeinsame Übungen mit NATO-Partnern,

paperpress

Nr. 639-07

7. Juli 2025

50. Jahrgang

- gezielte Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen, Reservistenverbänden und Behörden.
- Kooperationsprojekte zum Beispiel im Bereich IT-Sicherheit.

Die CDU-Fraktion Berlin schlägt vor:

Die Durchführung einer Berliner Sicherheits- und Freiheitskonferenz. Ein Fokus soll dabei auf Ostpartnerschaften gelegt werden. Die Konferenz soll jährlich stattfinden und Fachleute aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden zusammenbringen. Die Achse Berlin-Warschau-Vilnius-Riga-Tallinn ist sicherheitspolitisch zentral für Europa. Polen und das Baltikum können auf uns zählen – weil wir wissen: Ihre Sicherheit ist auch unsere.

Für einen Schutzschirm über Berlin

Die vergangenen Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, wie zentral Flugabwehr im 21. Jahrhundert wieder geworden ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht mit massiven Angriffen aus der Luft einher: Marschflugkörper, ballistische Raketen und Drohnen treffen gezielt Städte, Energieanlagen, Regierungseinrichtungen – Tag für Tag. Auch im Nahen Osten wird deutlich, wie komplexe Bedrohungslagen durch Luftverteidigung entschärft werden können. Der Iron Dome in Israel gilt weltweit als Musterbeispiel dafür, wie technologisch vernetzte und reaktionsschnelle Systeme Leben retten und Infrastruktur schützen können.

Aktuell verfügt Berlin über keine flächendeckende Luftverteidigung. Im Ernstfall wären die Berlinerinnen und Berliner akut gefährdet. Der Schutz vor Angriffen aus der Luft ist längst keine militärische Randfrage mehr, sondern eine zentrale sicherheitspolitische Aufgabe – insbesondere für Hauptstädte wie Berlin. Mit dem Iron Dome demonstriert Israel, wie technische Leistungsfähigkeit, Frühwarnung und Reaktionsschnelligkeit kombinierbar sind, um Städte effektiv zu schützen. Um Berlin so wirkungsvoll zu schützen wie Tel Aviv durch den Iron Dome, braucht es mehr als Technik. Es braucht ein strategisch aufgestelltes Gesamtsystem, dazu gehört:

- Dezentrale Stationierung moderner Luftabwehrsysteme und Identifikation geeigneter Standorte in und um Berlin für IRIS-T- und Patriot-Batterien
- Technische Infrastruktur für deren Kommunikation, Zielverfolgung und Energieversorgung sicherstellen

- Kurz- und Mittelstreckenabwehr muss kombiniert werden, um auch massive Angriffswellen abfangen zu können
- Integration ziviler und militärischer Frühwarnsysteme in ein gemeinsames Lagebild
- Öffentliche Warnsysteme erweitern und modernisieren (Sirenen, Apps, Digitalanzeigen)

Mit dem European Sky Shield Initiative (ESSI) treibt Deutschland gemeinsam mit über 20 europäischen Partnerstaaten bereits den Aufbau eines mehrschichtigen Luftverteidigungssystems, ähnlich wie der Iron Dome, voran. Geplant ist die Integration bestehender und neuer Systeme, darunter:

- IRIS-T SLM (mittlere Reichweite, hochpräzise),
- Patriot PAC-3 (gegen Raketen mittlerer bis hoher Reichweite),
- Arrow-3 (Abwehr ballistischer Bedrohungen im oberen Atmosphärenbereich).

Das Ziel: ein koordinierter europäischer Schutzschirm.

Die European Sky Shield Initiative (ESSI) ist eine historische Chance, Europas Sicherheitsarchitektur neu und solidarisch aufzubauen. Berlin muss darin eine sichtbare Rolle spielen – technisch, politisch und strategisch. Berlin muss darin gezielt verankert werden. Berlin braucht einen eigenen Schutzschirm. Bisher ist Berlin nicht als expliziter ESSI-Stationierungsstandort öffentlich benannt – das sollte sich ändern.

Wir fordern:

- Die stationierte Einbindung modernster Luftabwehrsysteme im Berliner Umland,
- Den Aufbau eines integrierten Luftlagemanagements,
- Und die politische Priorisierung Berlins im nationalen und europäischen Schutzkonzept.

Die Sicherheit und das Überleben der Menschen unserer Stadt hängt vom Schutz unserer überlebenswichtigen Infrastrukturen in Berlin ab. Wasserwerke, Stromversorgungsinfrastruktur uvm. müssen insbesondere im Spannungs- und Verteidigungsfall geschützt werden. Dazu sind die Heimatschutzkräfte der Bundeswehr zu stärken. Das sind hauptsächlich Berliner Reservisten. Die Bundeswehr hat soeben in Berlin die Heimatschutzdivision aufgestellt, die für den Heimatschutz in ganz Deutschland zuständig ist. Berlin braucht ein eigenes Heimatschutzregiment, das für den Schutz überlebenswichtiger Infrastrukturen in Berlin bereitsteht. Deshalb soll der Senat von Berlin dafür Sorge tragen, dass die

paperpress

Nr. 639-07

7. Juli 2025

50. Jahrgang

Heimatschutzdivision und das zukünftige Heimatschutzregiment Berlin und die Berliner Heimatschutzkräfte auch in Berlin untergebracht werden können. Dazu sollten bevorzugt die derzeitigen Liegenschaften der Bundeswehr, insbesondere die Julius-Leber-Kaserne und Tegel-Nord geprüft und etwaige denkmalschutzrechtliche Hindernisse für militärische Bauvorhaben beseitigt werden. Ggfs. soll die Bundeswehr bei der Suche nach weiteren Liegenschaften unterstützt werden.

Ferner soll die Bundeswehr bei der Gewinnung von Reservisten für die Heimatschutzkräfte und die Kreisverbindungskommandos unterstützt werden.

Respekt und Rückhalt für unsere Soldatinnen und Soldaten – Das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft stärken

Die Bundeswehr ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie schützt unser Land, unsere Werte und unsere Bündnispartner – im Inneren wie im Äußeren. Angesichts wachsender sicherheitspolitischer Bedrohungen und der neuen Rolle Deutschlands in Europa ist eine starke Bundeswehr wichtiger denn je.

Doch trotz ihres Einsatzes genießt die Bundeswehr in Teilen der Gesellschaft nicht die Wertschätzung, die sie verdient. Das ist nicht hinnehmbar. Das Bundesministerium der Verteidigung hat seinen zweiten Dienstsitz in Berlin. Hier werden sicherheitspolitische Strategien entwickelt, abgestimmt und mit internationalen Partnern koordiniert. Zudem ist Berlin Sitz des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, das bei Inlandseinsätzen und im Katastrophenschutz eine Schlüsselrolle spielt.

Auch das Bundeswehrkrankenhaus leistet medizinische Versorgung auf höchstem Niveau – für Soldatinnen und Soldaten und in zivilen Notlagen. Mit mehreren tausend aktiven Kräften und Kräften der Reserve ist die Bundeswehr fest in Berlin verankert. Für viele Menschen – gerade in Großstädten wie Berlin – ist die Bundeswehr im Alltag trotzdem kaum präsent. Wer keinen persönlichen Bezug hat, begegnet ihr weder auf der Straße noch in der Schule oder im Beruf. Dort, wo Nähe fehlt, wachsen Vorurteile. Das trägt dazu bei, dass überholte Klischees und ein verzerrtes Bild unserer Streitkräfte entsteht oder bestehen bleibt.

Über viele Jahre hinweg haben Regierungen – auch aus Angst vor politischen Angriffen – die Bundeswehr nur zurückhaltend kommuniziert. Verteidigung wurde oft als nachrangiges Thema behandelt. Die

Folge war ein Image als ineffizienter Kostenfaktor oder „Skandalinstitution“ – statt als moderner Schutzfaktor der Demokratie. Berlin trägt Verantwortung – auch für die Anerkennung und Integration unserer Parlamentsarmee in das gesellschaftliche Leben dieser Stadt.

Durch feierliche Gelöbnisse in der Öffentlichkeit, wie vor dem Berliner Abgeordnetenhaus wird inzwischen mehr Sichtbarkeit geschaffen. Wir würdigen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die öffentlichen feierlichen Gelöbnisse vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Sie setzen ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit zwischen Bundeswehr, Berliner Politik und Stadtgesellschaft. Diese Formate stärken das Vertrauen in unsere Parlamentsarmee und verdienen breite öffentliche Unterstützung. Unsere Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten, die unserem Land dienen, verdienen Respekt und Rückhalt!

Berlin schützt sich – für Sicherheit und Freiheit

Verteidigungsbereitschaft ist kein rein militärischer Begriff. Es geht um die Fähigkeit eines Staates, Bedrohungen zu erkennen, abzuwehren und sich im Ernstfall selbst zu schützen – mit allen Mitteln der Demokratie, des Rechtsstaats und der technischen Innovation.

Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich zu einer aktiven, verantwortungsbewussten Sicherheitspolitik. Wer Freiheit und Frieden bewahren will, muss entschlossen für sie eintreten – nicht nur im Bund, sondern auch auf Landesebene.

Unsere Forderungen für ein verteidigungsbereites Berlin:

1. Zivilschutz und Katastrophenschutz modernisieren
 - Aufbau eines flächendeckenden Sirenen- und Warnnetzes
 - Wiederherstellung von Schutzräumen und Notunterkünften
 - Ausbau und Modernisierung von Notfalllagern,
 - Verbesserung der Abstimmung zwischen Landesbehörden, Bundeswehr und THW.
2. Kooperation mit Polen und dem Baltikum ausbauen
3. Kritische Infrastruktur besser schützen
 - Schutzkonzepte für Energie-, Wasser-, IT-, Verkehr und Regierungsgebäude
 - Ausbau der Cyberabwehr auf Landes- und Bezirksverwaltungsebene

- Schutz diplomatischer Einrichtungen und ausländischer Medien
4. Bürgergesellschaft stärken
- Schulung der Bevölkerung zu Notfallvorsorge und Selbstschutz
 - Einführung von Resilienzbildung an Schulen
 - Öffentliche Informationskampagnen für mehr Sicherheitsbewusstsein
5. Cyber- und Drohnenabwehr
- Einrichtung eines ständigen IT-Lagezentrums für Verwaltung, kritische Infrastruktur und Notfalldienste
 - Echtzeit-Monitoring sensibler IT-Systeme
 - Aufbau eines Radar-basierten Detektionssystems für unbemannte Flugobjekte in besonders gefährdeten Arealen.
 - Anschaffung und Ausbau von Drohnenabwehrsystemen sowie Störsendern (Jammern)
 - Ausweitung von Drohnenverbotszonen in der Nähe kritischer Infrastrukturen
6. Bundeswehr stärken
- Förderung von Infrastruktur, die im Ernstfall eine militärische Mobilisierung erlaubt
 - Ausbau von Bundeswehr- und Reservistenstrukturen in der Hauptstadt unterstützen
 - Unterstützung der Bundeswehr in Berlin und Umgebung – durch Flächen, politische Rückendeckung und Integration in Krisenstrukturen
 - Stärkere Einbindung der Bundeswehr in die Hauptstadtgesellschaft, z. B. durch Patenschaften zwischen Bezirken und Einheiten
 - Ein klares gesellschaftliches Bekenntnis: Wer in Uniform dient, verdient Respekt – nicht Misstrauen oder Ablehnung.

Berlin muss jetzt zeigen, dass es seine Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur wahrnimmt – nicht durch Alarmismus, sondern durch Entschlossenheit, Verantwortung und Solidarität. Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt: Nie wieder Krieg – aber auch nie wieder Wehrlosigkeit. Die Bundesrepublik hat sich den Werten der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der Bündnissolidarität verschrieben. Diese Werte sind heute akut bedroht – und es liegt an uns, sie zu schützen. *Quelle: CDU-Fraktion Berlin*

Einleitung: Ed Koch

paperpress

Nr. 639-06

6. Juli 2025

50. Jahrgang

KW 27 – Konzepte für Berlin

Beschäftigen wir uns heute mal hauptsächlich mit dem Wichtigsten. Mit Berlin. Als gebürtiger Berliner befinde ich mich inzwischen in der Minderheit (46,2 Prozent Berlin-Ur-Typ zu 53,8 Prozent Zugereiste). Neben den legendären echten Berlinern wie **Günter Pfitzmann** und **Frank Zander**, gibt's auch die, die man für echte Berliner hielt, **Harald Juhnke** (Rüdersdorf) oder **Wolfgang Gruner** (Rathenow). Ein ganz besonderer Berliner war **Willy Brandt**, geboren in Lübeck. Seine Nachfolger, von **Eberhard Diepgen** über **Klaus Wowereit** und **Michael Müller**, bis **Kai Wegner** erblickten alle in Berlin das Licht der Welt, genauer gesagt West-Berlin, wie es explizit auf der Wikipedia-Seite von Wegner steht.

Apropos Wegner: Sein Senat bemüht sich derzeit um eine Verwaltungsreform. So lange, bis diese umgesetzt ist, wollen die **Berliner Morgenpost**, der **Tagesspiegel**, **RadioEins** und der **EUREF-Campus** nicht warten.

Wir lieben diese Stadt, und manchmal verzweifeln wir an ihr. Berlin ist vielfältig, aber auch ein bisschen kompliziert. Es ist eine Stadt, die wie keine andere in diesem Land kreative Menschen, Talente und Erfinder anzieht. Zugleich bringt die wachsende Metropole in einer sich rasant verändernden Welt auch Herausforderungen mit sich: steigende Mieten, Lärm, Verkehr... Will Berlin attraktiv bleiben und seine Anziehungskraft bewahren, braucht es Konzepte für die Weiterentwicklung dieser Stadt.

*Der Tagesspiegel, die Berliner Morgenpost, radioeins vom rbb und der EUREF Campus haben sich zusammengetan, um solchen Projekten eine Bühne zu geben. Wir suchen Konzepte für diese wachsende Stadt, für eine Metropole, die floriert und in der Menschen gut und gerne leben. Wir wollen diese Konzepte auf einer Konferenz diskutieren - gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Experten, Politikern und Wirtschaftsvertretern. Es geht uns darum herausfinden, wie etwas gehen kann, nicht warum etwas nicht geht. Der Name der Konferenz, auf der die ersten Konzepte vorgestellt und konstruktiv-kritisch begutachtet werden: **Neustart Berlin**.*

In einer ersten Phase können Ideengeber bis Ende August Ihre Projekte einreichen. Eine Jury wählt die spannendsten und vielversprechendsten aus. In einer zweiten Phase werden die ausgewählten Projekte bei einer Konferenz auf dem EUREF-Campus vorgestellt. Expertinnen und Experten machen den Realitätscheck – wir wollen wissen, was woanders schon

umgesetzt wurde und wie eine konkrete Realisierung in Berlin aussehen kann. In der dritten Phase im Anschluss an die Konferenz werden die Projekte bei einer möglichen Realisierung begleitet.

*Wer ein Konzept einreichen möchte, kann dies im Internet bei **neustartberlin.info** tun. Dort sind auch weitere Details und Bedingungen für die Einreichungen beschrieben. Wir freuen uns auf alles, was diese Stadt auch in Zukunft liebenswürdig und lebenswert macht.*

Wenn wir Ur-Berliner ehrlich sind, haben wir überwiegend gute Erfahrungen mit den zugereisten Leistungsträgern gemacht. Deshalb schaut der Autor dieses Beitrages auch zuversichtlich auf die Berlin-Versteher, die die Sache jetzt in die Hand nehmen: **Peter Schink**, *Berliner Morgenpost* (*München), **Lorenz Maroldt**, *Tagesspiegel* (*Köln), **Dorothee Hackenberg**, *RadioEins* (*Würzburg), **Reinhard Müller** (*Krefeld) und **Karin Teichmann** (*Bremen), *EUREF-Campus*. Wenn Ihr noch einen Quoten-Berliner braucht, bitte melden.

Was noch?

Herzliche Bitte an **Donald Trump**: Nicht mehr bei Putin anrufen! Nach jedem Telefonat schickt der russische Kriegsverbrecher noch mehr Bomben in die Ukraine.

Elon Musk: „Heute wird die Amerika-Partei gebildet, um euch eure Freiheit zurückzugeben.“ Über 60 Prozent der Teilnehmer an einer Umfrage in den USA finden das gut. Musk vs. Trump: That's Entertainment.

Noch was?

Da wächst zusammen, was zusammengehört. Russland hat das Terror-Regime der Taliban in Afghanistan diplomatisch anerkannt.

»Selbstverständlich«, antwortet die BSW-Gründerin **Sahra Wagenknecht** auf die Frage, ob sie mit AfD-Chef **Tino Chrupalla** auf Bundesebene sprechen würde. In Thüringen haben die beiden Parteien bereits Gemeinsamkeiten ausgelotet. *Quelle: SPIEGEL*

Das Letzte

CDU-Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand Punkt 1: Wir senken die Stromsteuer und die Netzentgelte – für eine Entlastung von mindestens 5 Cent pro kWh. Der Strom muss für alle günstiger werden.

Kommen Sie gesund durch die 28. KW.

Ed Koch

15) Erkenntnisgewinn gleich Null. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-03

3. Juli 2025

50. Jahrgang

Erkenntnisgewinn gleich Null



Screenshot ARD

Wir empfehlen Ihnen ausdrücklich, sich dieses Gespräch zwischen **Sandra Maischberger** und **Friedrich Merz** nicht anzuschauen. Es ist verschenkte Lebenszeit. Außerdem bietet die Sendung, die sich eine Stunde und vierzehn Minuten lang hinzieht, keinen neuen Erkenntnisgewinn. Wer sich regelmäßig durch Nachrichten informiert, kannte alle Antworten, die Merz gab. Auch, ob er lieber mit **Gerhard Schröder** oder **Angela Merkel** ein Glas Wein trinken würde. Natürlich mit keinem von beiden.

Zugegeben, dieses Gespräch hätte mit **Olaf Scholz** doppelt so lange gedauert. Merz ist ein Schnellsprecher. Das spart Sendezeit. Sendezeit hätte es auch gespart, wenn es Frau Maischberger gelungen wäre, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Filmeinspielungen von irgendwelchen ländlichen Ritualen des jungen Merz aus dessen Heimat, sind an Banalität nicht zu überbieten. Auch, ob sein über 100-jähriger Vater, der irgendwann aus der CDU ausgetreten ist, jetzt, wo Sohnmann Vorsitzender und Kanzler ist, wieder eintreten würde, war eine weitere ebenso überflüssige wie alberne Frage. Und dann immer dieses dämliche Satzergänzungsspiel. Vermutlich deshalb heißt dieses Format **Talk-Show**.

Wer will, kann Merz vorwerfen, dass er einen Flugschein hat und diesen auch nutzt. Und zum tausendsten Male darauf hinzuweisen, dass er erst im zweiten Wahlgang zum Bundeskanzler gewählt wurde, ist inzwischen abgedroschen. Immer wieder versuchte Maischberger, Aussagen von Generalsekretär **Carsten Linnemann** denen von Merz gegenüberzustellen, um einen Dissens sichtbar zu machen. Erfolglos. Merz hatte auf alles eine Antwort, natürlich, was denn sonst.

Und dass alles, was im Koalitionsvertrag steht, unter Vorbehalt verstanden werden muss, wusste jeder,

der ihn gelesen hat. Koalitionsverträge sind wie Wahlprogramme Absichtserklärungen, die letztlich am Geld scheitern. Es wird vorerst keine Senkung der Stromsteuer für Dich und mich geben. Warum der Koalitionsausschuss fünf Stunden in der Nacht brauchte, um das herauszufinden, weiß kein Mensch. Nur so viel. Nebenkanzler **Markus Söder** hatte im Vorfeld mal wieder den Mund zu voll genommen. Kürzen beim Bürgergeld = Senkung der Stromsteuer. Das sind die bayerischen Konzepte, die wir so gernhaben.

Maischbergers Gespräche mit **Helmut Schmidt** waren teilweise Sternstunden, der Talk mit **Friedrich Merz** war nicht einmal eine Sternschnuppe. Eigentlich sehe ich die Sendung recht gern, wenn sie im üblichen Format läuft und nicht nur einen Gesprächspartner hat. Dann sitzen drei Journalisten, manchmal auch ein Kabarettist, am Tisch und diskutieren die Lage. Das ist interessant. Unterbrochen wird das durch Zweier- oder Einzelgespräche, die zu ertragen sind, ausgenommen, wenn sich **Karl-Theodor zu Guttenberg** mit seinem Kumpel **Gregor Gysi** unterhält. Die beiden veranstalten sogar einen Podcast, der sich zwischen 40 und 50 Minuten hinzieht. Wer hört sich das an? Erstaunlich, wie viel Zeit diese Leute haben, um so ein Gespräch zu führen.

Laut **Business Insider** kostet eine Maischberger-Sendung 140.000 Euro. Rund 20.000 Euro bekommt Frau Maischberger angeblich an Honorar pro Sendung. Und da sie weitestgehend „Hart aber fair“ (nächste Sendung Montag, 15.09.2025 | 21:00 Uhr) vom angestammten Montag verdrängt hat, ist sie jetzt in einigen Wochen sogar dreimal hintereinander zu erleben, genauso oft wie Kollege **Markus Lanz**. Apropos **Markus Lanz**. Bei dem war mal wieder **Ralf Stegner** zu Gast. Mein Körper wehrt sich inzwischen gegen ihn durch Einschlafen vor dem Bildschirm.

Ed Koch

„Hart aber fair“ (WDR) wird von der Produktionsfirma Florida Factual GmbH produziert, an der **Louis Klamroth** Mitgesellschafter ist.

„Maischberger“ (WDR) wird in Zusammenarbeit mit der Vincent productions GmbH hergestellt, an der **Sandra Maischberger** beteiligt ist, laut Wikipedia.

„Markus Lanz“ (ZDF) wird von Mhoch2 TV produziert. An dieser Firma ist **Markus Lanz** zur Hälfte beteiligt.

„Caren Misoga“ (NDR) wird von **Caren Miosgas** eigener Produktionsfirma, der MIO Media GmbH, produziert.

Maybrit Illner (ZDF) ist an der Gruppe 5 Filmproduktion, die ihre Sendung herstellt, nicht beteiligt.

16) Justitia hat ein Problem. Von Ed Koch

paperpress

Nr. 639-01

1. Juli 2025

50. Jahrgang

Justitia hat ein Problem



Beginnen wir diesen Beitrag mit der Erklärung, wer **Justitia** eigentlich ist. „Justitia ist die römische Göttin der Gerechtigkeit und des Rechtswesens. Sie wird oft als allegorische Figur dargestellt, die mit einer Augenbinde, einer Waage und einem Schwert ausgestattet ist. Diese Symbole stehen für Unparteilichkeit, sorgfältige Abwägung und die Durchsetzung des Rechts. Hier sind die wichtigsten Aspekte von Justitia: **Augenbinde**: Steht für Unparteilichkeit und das Richten ohne Ansehen der Person. **Waage**: Symbolisiert das Abwägen von Argumenten und Beweisen. **Schwert**: Repräsentiert die Härte und Durchsetzungskraft des Rechts.“

Abbildung: Wikipedia – Urheber Björki A

Justitia hat weltweit viele Probleme, weil sie von immer weniger Staaten ernst genommen wird. In Echtzeit können wir miterleben, wie in den USA die unabhängige Justiz Stück für Stück abgeschafft wird. **Bernd Pickert** hat gestern in einem Beitrag für die **taz** beschrieben, wie unverfroren die obersten Richter des Landes das Recht zugunsten des Präsidenten beugen. Trump hat es geschafft, für sich eine 6:3 Mehrheit im Supreme Court, vergleichbar mit unserem Bundesverfassungsgericht, zu installieren.

„An seinem letzten Sitzungstag vor der Sommerpause hat der Oberste Gerichtshof der USA dem Präsidenten **Donald Trump** den wohl wichtigsten Sieg im Kampf gegen die Justiz beschert. Die konservative 6:3-Mehrheit entschied gegen den lautstarken Dissens der liberalen Minderheit, dass Bundesbezirksrichter nicht mehr das Recht haben, Dekrete des Präsidenten landesweit zu stoppen. Damit ist die wichtigste juristische Gegenwehr gegen Trumps Rechtsverstöße entmachtet.“

„...der Gerichtshof entschied, dass es grundsätzlich nicht sein könne, dass Bezirksrichter so weitgehend in politische Entscheidungen des Präsidenten eingreifen. Wer den Eindruck habe, der Präsident verletze mit einem Dekret geltendes Recht, habe sich zukünftig direkt an den Obersten Gerichtshof zu wenden.“ Ein klassischer Fall von Katze-bißt-sich-in-den-Schwanz. „Bezirksrichter könnten die Gültigkeit eines Dekrets allenfalls in ihrem regionalen Zuständig-

keitsbereich aussetzen.“ Immerhin. Wenn das wenigstens die demokratischen Staaten täten, wäre schon etwas gewonnen. Wer gegen Trump ist, wird als „linkradikal“ beschimpft, die übliche Masche von Faschisten. Damit, so argumentiert Trump, sei es den „linksradikalen Bezirksrichtern“ „nicht mehr gestattet, die Agenda des Präsidenten zu sabotieren, für die er schließlich von der Mehrheit gewählt worden sei.“ Dieses Argument ist wirklich abenteuerlich.

Die Richterinnen des Supreme Courts, die keine Augenklappe tragen, aber ein stumpfes Schwert und eine kaputte Waage in den Händen halten, sind entsetzt über das Urteil der sechs Trump-Richter. **Sonja Sotomayor, Elena Kagan und Katanji Brown Jackson** erklären: Es sei beschämend, dass sich der Gerichtshof ausgerechnet das Recht auf Staatsbürgerschaft qua Geburt ausgesucht habe, um ein Grundsatzurteil über National Injunctions zu verfassen. „Wenn es je einen Fall gab, in dem ein landesweiter Stopp angebracht war, dann dieser“, schreibt Sotomayor. Noch weiter geht Richterin Brown Jackson in einer Ergänzung: „In einer Verfassungsrepublik wie der unseren hat ein Bundesgericht die Macht, der Exekutive anzuordnen, sich an die Gesetze zu halten – und muss das auch“, schreibt sie.“

Rechtsstaat bis zur Selbstaufgabe

Im Gegensatz zur amerikanischen Trump-Justiz ist die deutsche an Liberalität nicht zu überbieten. Das geht so weit, das rechtsextreme Zeitungen und Parteien, die das Ziel haben, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen, nicht verboten werden. Die Gegner dieser Grundordnung dürfen sich bei uns austoben wie Trump in den USA.

Die SPD will, wie Linke und Grüne, die AfD verbieten lassen. „Ein Parteiverbot in Deutschland kann nur durch einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht von folgenden Verfassungsorganen beantragt werden: dem Bundestag, dem Bundesrat oder der Bundesregierung. Landesregierungen können ebenfalls einen Antrag stellen, wenn sich die Partei auf das jeweilige Land beschränkt.“ So weit die Ausgangslage. Die Union aus CDU und CSU hält wegen der geringen Erfolgsaussichten wenig von einem Verbot. Wie viele verfassungsfeindliche Äußerungen und Erklärungen muss es von der AfD noch geben, ehe unser Rechtsstaat zurückschlägt?

BILD Chef-Autor **Peter Tiede** sieht gute Gründe für ein Verfahren gegen die „gesichert rechtsextremistische“ Partei. „Doch“, meint er, „das ist die Sache von Experten, Juristen und Gerichten, nicht von anderen

paperpress

Nr. 639-01

1. Juli 2025

50. Jahrgang

Parteien." „Das Problem ist," schreibt Tiede: „wenn man selbst vor sich hin schrumpelt, so wie die historisch schlechte 16-Prozent-SPD, die die AfD (24 Prozent) machtlos an sich vorbeiziehen lassen musste, wirkt das bestenfalls hilflos." Jenseits von juristischen Gründen, setzt sich der BILD-Autor mit den Argumenten der SPD auseinander, mit denen sie den Aufstieg der AfD begründet.

Zitat aus dem SPD-Parteitagbeschluss, der erklären will, warum die Rechtsaußen-Partei so stark geworden ist: „Zu viele nehmen wahr, dass ihre Lebenssituation nicht gesehen wird, dass ihre Stimme nicht gehört wird und dass sie in viel zu geringem Maße selbst über ihr Leben bestimmen. Zu viele stellen in Frage, ob es in Deutschland bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der Chancen bei Bildung und Teilhabe gerecht zugeht." Das sei „harter Stoff", meint Tiede. „Denn die Erkenntnis, dass die AfD wegen ihrer Haltung in Bildungs-, Lohn-, Steuer- und Gerechtigkeitsfragen groß geworden ist, diese Erkenntnis hat die SPD exklusiv!"

Tiede: „Man möchte die Genossen anbrüllen: DAS Thema, das die AfD auf ihre Erfolgsspur von den Euro-kritischen Professoren zur Massen-Partei gebracht hat, heißt MIGRATION!!!" Die SPD habe „auch zehn Jahre nach Beginn der Flüchtlingskrise 2015 nicht verstanden, was ihre früheren Wähler über die Migration, Integration und Co. denken." Und dann wird Tiede sehr persönlich: „Offenbar will und kann sich die Ex-Volks-SPD selbst in ihrem 16-Prozent-Delirium nicht vorstellen, dass ihr mehr als 700.000 Wähler zur AfD und mehr als 1,7 Millionen Wähler zur Union davongelaufen sind, weil SIE keine Antworten auf deren Fragen hat." Tiedes Fazit: „Diese SPD – so was wie ein Faxgerät fürs Volk." Alle Artikel in BILD enden stets mit dem Hinweis: „Haben Sie Fehler entdeckt? Möchten Sie etwas kritisieren? Dann schreiben Sie uns gerne!" Nun, die Zustandsbeschreibung der SPD ist nicht von der Hand zu weisen.

Allerdings, auch wenn das nach Nostalgie klingt, sähe Deutschland ohne SPD anders aus. Unsere Sozialsysteme sind, abgesehen von Skandinavien, die gerechtesten in der Welt. Für alle Wohltaten, die die Sozialdemokratie übers Volk geschüttet hat, haben sich die Wähler nur mäßig bedankt. Berlin ist dafür ein besonders gutes Beispiel. Alles kostenlos, möglichst von der Wiege bis zur Bahre. Und was hat das undankbare Volk getan? Von Wahl zu Wahl der Wohltäterpartei ein paar Prozentpunkte weniger gegeben. Und in diese, nennen wir es Sinnkrise, fallen Ent-

scheidungen wie die Senkung der Stromsteuer doch nicht für die breite Masse, sondern für einige wenige. Und das verkündet der SPD-Finanzminister **Lars Klingbeil** mit dem Hinweis auf die Haushaltslage. Es ist richtig, dass alle Vorhaben, die im Koalitionsvertrag benannt werden, unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Wenn man nicht weiß, ob etwas finanzierbar ist, sollte man keine Erwartungen wecken. Aber, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, zumal sich jetzt auch der Nebenkanzler aus Bayern, **Markus Söder**, zu Wort gemeldet hat. Sollte die Stromsteuer tatsächlich durch Haushaltsumschichtungen doch noch für alle kommen, steht die Union als Retter da und der Kassenwart ist der Depp.

Nicht zielführend ist es, wenn einerseits die Aufarbeitung der Wahlniederlage auf der Tagesordnung steht, und andererseits die Partei den Bundeskanzler feiert, der einen großen Anteil an dem Dilemma hat. **Olaf Scholz** hielt auf dem Parteitag am letzten Wochenende eine Rede völlig frei von Schuldgefühlen. Wenn er so ein bedeutender Bundeskanzler war, wie er sich selbst und die eigene Partei darstellte, fragt man sich, warum er abgewählt wurde. Als Drohung darf verstanden werden, dass er nach eigenen Angaben, ein Ex-Bundeskanzler sein wolle, an dem die Partei nur Freude hat. Kleiner Seitenhieb auf **Gerhard Schröder**. Allerdings dürfte es für die SPD besser sein, wenn sich Scholz mit guten Ratschlägen zurückhält.

Wenig Freude hat die Union an ihrer Ex-Kanzlerin **Angela Merkel**. Sie traf sich mit Geflüchteten, die es geschafft haben, sich zu integrieren, fleißig arbeiten und Steuern zahlen. Von diesen Menschen braucht Deutschland sehr viel mehr. Warum das die faschistischen Dumpfbacken nicht verstehen wollen, ist unerklärlich. Auch sie müssten doch froh sein, wenn ihnen eine syrische Pflegekraft im Altenheim das braune Gesäß wäscht. Erfolgreich werben wir aus Marokko Busfahrer an, damit bei uns der ÖPNV funktioniert. Ohne Migration wären wir am Allerwertesten.

Angela Merkel sagte am 26. Juni bei einem Kaffeekränzchen mit Geflüchteten, dass sie unter den Gegebenheiten des Jahres 2015 heute genauso entscheiden würde, sich allerdings vorher intensiver um die Fluchtursachen gekümmert hätte. Ihrer Partei gab sie gleich noch eins auf die Rübe: „Wenn jemand an der deutschen Grenze Asyl sagt, dann muss er erst mal ein Verfahren bekommen. Meinewegen direkt an der Grenze, aber ein Verfahren." Zurückweisen sieht anders aus.

Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piered.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21. 03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galiziendeutschen -Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler

**C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 75 – C 97

**01) Umbenennung der Mohrenstraße: Keine Verzögerung – Rechtslage ist
eindeutig**

Pressemitteilung Nr. 174/2025 vom 30.07.2025

Die Bezirksbürgermeisterin von Mitte, Stefanie Remlinger, informiert:

Nach aktueller Medienberichterstattung und einer in der Berliner Zeitung kolportierten Forderung einer Bürgerinitiative stellt das Bezirksamt Mitte von Berlin klar:

Die Umbenennung der Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße wird wie geplant am 23. August 2025 vollzogen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür liegen uneingeschränkt vor.

Von zuletzt noch sieben inhaltsgleichen Klageverfahren wurden aus ökonomischen Gründen sechs vor dem Verwaltungsgericht Berlin im Einvernehmen aller Beteiligten ruhend gestellt und ein Verfahren als musterhaftes Verfahren fortgeführt. Dahinter steht der Gedanke, dass die ruhenden Verfahren dann – unabhängig vom Ausgang – nicht mehr weitergeführt werden müssen, wenn eine Entscheidung im musterhaften Verfahren ergangen ist, weil auszuschließen ist, dass bei inhaltsgleichen Verfahren unterschiedliche Urteile ergehen können. Im Jahr 2023 hat das Verwaltungsgericht Berlin in dem musterhaften Verfahren zur Sache selbst inhaltlich entschieden, dem Bezirk rechtmäßiges Handeln attestiert und eine Berufung gegen das Urteil nicht zugelassen. Gegen diese Nichtzulassung hatte der Kläger eine Nichtzulassungsbeschwerde erhoben.

Mit Beschluss des Obergerichtspräsidenten Berlin-Brandenburg vom 8. Juli 2025 (Az. OVG 1 N 59/23) wurde der Antrag auf Zulassung der Berufung abgelehnt und damit das Urteil des Verwaltungsgericht Berlin rechtskräftig.

Vor diesem Hintergrund hat das Bezirksamt Mitte am 18. Juli 2025 im Amtsblatt für Berlin die sofortige Vollziehung der Umbenennung angeordnet. Diese Maßnahme hebt die aufschiebende Wirkung der noch anhängigen Klagen auf. Damit ist eine rechtssichere Umsetzung der Straßenumbenennung gegeben.

Die Umbenennung wurde in einem demokratischen Verfahren beschlossen und von der Verwaltung nachweislich der Gerichtsurteile rechtmäßig und willkürfrei durchgeführt. Auch geht es in den Gerichtsverfahren nicht um die historische Bewertung des Begriffs Mohr, sondern allein um die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

Medienkontakt:

Bezirksamt Mitte, Pressestelle, E-Mail: presse@ba-mitte.berlin.de

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

- [Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin](#)
- presse@ba-mitte.berlin.de

Nach bislang unbestätigten Meldungen sollen die Initiatoren der Straßenumbenennung auch die Streichung des Familiennamens „Mohr“ fordern!

Darauf einen Negerkuss!

Die Redaktion

01) Massaker von Aussig

Das **Massaker von Aussig** (auch **Aussig-Massaker** genannt) war ein gegen die [deutschsprachige](#) Zivilbevölkerung gerichteter [Pogrom](#) am 31. Juli 1945 in [Aussig an der Elbe](#) (Ústí nad Labem) in der [Tschechoslowakei](#). Zentraler Ort der Gewalt war die [Dr.-Edvard-Beneš-Brücke](#) (*Most Dr. Edvarda Beneše*) über die [Elbe](#).

Der Pogrom fand zu einem Zeitpunkt statt, als die offene Gewalt gegenüber den [Sudetendeutschen](#) nach dem Ende [Zweiten Weltkrieges](#) bereits aufgehört hatte. Auf Druck der britischen Regierung hatte Staatspräsident [Edvard Beneš](#) die ungesetzliche Gewalt am 16. Juli 1945 zu Beginn der [Potsdamer Konferenz](#) administrativ gestoppt.

Verlauf



Dr.-Edvard-Beneš-Brücke (*Most Dr. Edvarda Beneše*) in Ústí nad Labem, zentraler Ort des Massakers vom 31. Juli 1945

Anlass des Pogroms war die [Explosion](#) eines Munitionsdepots in der Kabelfabrik im Stadtteil [Schönpriesen](#) (Krásné Březno) um 15:33 Uhr, wobei die Fabrik und angrenzende Gebäude wie ein Lager und eine Spedition völlig zerstört wurde. Bei der Explosion starben die tschechische Wachmannschaft und 14 dort beschäftigte deutsche Bürger. Die Detonationen hielten bis etwa 20 Uhr an.

Unmittelbar nach der Explosion wurden deutsche Zivilisten von den tschechischen Revolutionsgarden als vermeintliche Schuldige ausgemacht. Erkennbar waren die Deutschen an weißen Armbinden, die seit dem [Ende des Zweiten Weltkriegs](#) bis mindestens Ende 1946 alle Deutschen in der Tschechoslowakei tragen mussten.

Bereits um 16:10 Uhr begannen die Gewalttätigkeiten auf der Elbbrücke, provoziert von Mitgliedern der [KPČ](#) und Angehörigen der sowjetischen [Roten Armee](#). Es wurden Menschen von der Brücke gestürzt und im Wasser beschossen. Eine Frau mit Säugling wurde samt Kinderwagen von der Brücke geworfen. Die Leichen trieben bis ins benachbarte Sachsen. Dort wurden an den in Frage kommenden Tagen laut den Totenmatrikeln der Ufergemeinden 80 Leichen von Erschlagenen aus der [Elbe](#) geborgen.^[1]

Im gesamten Stadtgebiet wurde Menschen erschlagen, mit Bajonetten erstochen oder in einem Löschwasserspeicher ertränkt. Allein vor dem Bahnhof starben mindestens zwölf Menschen. Von der Belegschaft der Firma [Georg Schicht](#) in [Schreckenstein](#) (Střekov) wurden am Folgetag 17 namentlich bekannte deutsche Mitarbeiter vermisst.

Von der tschechischen Administration wurde das Ereignis als Anschlag der [Werwölfe](#) dargestellt. Nach Erkenntnissen der Forschung und aus geheimen tschechischen Unterlagen kann davon ausgegangen werden, dass der Anschlag auf das Depot und auch die angebliche Reaktion der [tschechischsprachigen](#) Bevölkerung eine gezielte Aktion der Abteilung Z des tschechoslowakischen Innenministeriums und des tschechoslowakischen Inlandsgeheimdiensts [OBZ](#), waren. Ziel der Aktion war, einen für das Ausland klar erkennbaren Grund zu schaffen, die Vertreibung der deutschsprachigen Minderheit zu vollziehen. Um diesbezügliche Informationen und Zusammenhänge in die gewünschte Richtung zu lenken, wurde [Stabshauptmann Bedřich Pokorný](#) mit der offiziellen Untersuchung der Vorgänge beauftragt.

Opfer

Genaue Opferzahlen waren schwer festzustellen, weil die tschechoslowakische Seite ihre Archive nicht freigab. In Publikationen der [Sudetendeutschen Landsmannschaft](#) wurde aufgrund der Angaben Überlebender die Zahl der Opfer jahrelang mit über 2000 angegeben.^[2] Ein Argument gegen diese Opferzahlen besteht darin, dass später keine entsprechende Zahl von Vermisstenmeldungen vorgelegt wurde. Bei anderen [Pogromen](#) an Deutschen, etwa dem [Brünner Todesmarsch](#) und dem [Massaker von Postelberg](#) im Juni 1945, korrespondieren hingegen die im Laufe der 1950er Jahre erstellten Vermisstenlisten zahlenmäßig gut mit den nach 1989 auch anhand tschechischer Quellen plausibel bezifferbaren Opferzahlen. Dem Mangel an Vermisstenmeldungen könnte auch der Umstand zugrunde liegen, dass viele der Opfer Vertriebene und damit nicht registrierte Deutsche (z. B. Schlesier) aus anderen Regionen waren.

Tschechische Historiker sprechen von 43–100 Toten;^[3] deutsche Historiker gehen von einer Maximalzahl von 220 Opfern aus.^[4]

[Jiří Padevět](#) nennt etwa 80 Menschen, die nachweislich auf der Elbbrücke und an anderen Orten der Stadt ums Leben kamen. Am 1. August 1945 wurden im [Krematorium](#) von [Theresienstadt](#) 24 Tote aus Aussig eingäschert.^[5]

Juristische Aufarbeitung

Es gibt seit langem Behauptungen, dieses Massaker sei von der damaligen tschechoslowakischen Regierung unter Ministerpräsident [Zdeněk Fierlinger](#) organisiert worden. Durch die Arbeit von Otfried Pustejovsky gilt heute als gesichert, dass der im tschechoslowakischen Innenministerium tätige Stabskapitän Bedřich Pokorný ein Hauptorganisator dieses Verbrechens war. Er hatte neun Wochen zuvor den [Brünner Todesmarsch](#) (Beginn am 31. Mai 1945) organisiert. Eine offizielle juristische Aufbereitung des Geschehens hat nicht stattgefunden. Das [Beneš-Dekret](#) 115/46 erklärt derlei Handlungen bis 28. Oktober 1945 *im Kampfe zur Wiedergewinnung der Freiheit, ... oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziel hatte, ... für nicht widerrechtlich.*

Erinnerungskultur



Zweisprachige Gedenktafel auf der Dr.-Edvard-Beneš-Brücke über die Elbe (2013)

Seite C 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Am 31. Juli 2005 enthüllte der Oberbürgermeister [Petr Gandalovič](#) auf der Edvard-Beneš-Brücke eine [Gedenktafel](#) für die [Opfer](#) des Massakers an den deutschen [Zivilisten](#) als Zeichen der Versöhnung. Der Text der Inschrift lautet „*Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945*“. Dass es sich hier ausschließlich um Deutsche gehandelt hat, wird nicht erwähnt, der Text ist jedoch zweisprachig (tschechisch und deutsch).

An der Außenfassade des neuen [Altvaterturms](#) auf dem [Wetzstein](#) nahe der Stadt [Lehesten](#) im südlichen Thüringer Wald wurde am 28. August 2005 eine Bronze-Relieftafel angebracht.

Siehe auch

- [Brünner Todesmarsch](#)
- [Massaker von Postelberg](#)
- [Massaker von Prerau](#)

Literatur

- [Jiří Padevět](#): *Blutiger Sommer – Nachkriegsgewalt in den böhmischen Ländern* [Übersetzung aus dem Tschechischen von Jana Heumos]. Tschirner & Kosová, Leipzig 2020, [ISBN 978-3-00-065967-6](#)
- Jan Havel, Vladimír Kaiser, [Otfried Pustejovsky](#): *Ein Nachkriegs-Verbrechen. Aussig 31. Juli 1945* [Übersetzung der tschechischen Texte und Dokumente von Otfried Pustejovsky]. Albis International, Ústí nad Labem 2005, [ISBN 80-86067-70-X](#).
- Peter Steinkamp: *Aussig 1945*. In: [Gerd R. Ueberschär](#) (Hrsg.): *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*. Primus, Darmstadt 2003, [ISBN 3-89678-232-0](#), S. 12–18.
- [Otfried Pustejovsky](#): *Die Konferenz von Potsdam und das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945. Untersuchung und Dokumentation*. Herbig, München 2001, [ISBN 3-7766-2196-6](#).^[6]
- [Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte](#) & [Theodor Schieder](#) (Hauptbearb.): *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*. Band 4, 1 & 4, 2: *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei*. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1957; Weltbild, Augsburg 1994, [ISBN 3-89350-560-1](#).^[7]

Weblinks

- [[\(Seite nicht mehr abrufbar. Suche in Webarchiven\)](#) Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei]
- [[\(Seite nicht mehr abrufbar. Suche in Webarchiven\)](#) Hans-Jörg Schmidt: Auf das Massaker von Aussig 1945 folgte die Vertreibung der Deutschen, in: Schwäbisches Tagblatt, 1. August 2015]
- [Kristýna Audiová: Tschechen und Deutsche in Aussig an der Elbe im 20. Jahrhundert. Geschichte und historiographische Reflexion, Bachelor-Arbeit, Prag, 2011, \(Abschnitt: Nachkriegsereignisse in Aussig, S. 46–50\)](#)

Einzelnachweise

- • Vladimir Kaiser gibt als Quelle die persönliche Auskunft des Stadtmuseumsdirektors von [Pirna](#) an; in: ders.: *Das Kriegesende und die Vertreibung der Deutschen aus dem Aussiger Gebiet*. In: [Detlef Brandes](#): *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Klartext, Essen 1999, [ISBN 3-88474-803-3](#), S. 215.

Seite C 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

- • Wilhelm Turnwald: *Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen*. Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung Sudetendeutscher Interessen, München 1951; zu Aussig S. 95, 119, 121 ff., 131, 133 f., 152, 318, 340, 397.
 - • Vladimir Kaiser: *Das Kriegesende und die Vertreibung der Deutschen aus dem Aussiger Gebiet*. In: Detlef Brandes: *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Klartext, Essen 1999, [ISBN 3-88474-803-3](#), S. 215.
 - • Peter Steinkamp: *Aussig 1945*. In: [Gerd R. Ueberschär](#) (Hrsg.): *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*. Darmstadt 2003, S. 16.
 - • Jiří Padevět: *Blutiger Sommer – Nachkriegsgewalt in den böhmischen Ländern*. Tschirner & Kosová, Leipzig 2020. S. 353
 - • [Aussig und Potsdam 1945](#). Rezension von Karl-Peter Schwarz. In: [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#). 3. Februar 2002.
7. • Zu den häufigen Neuauflagen, den Vorarbeiten von [Fritz Valjavec](#) seit 1951 und dem Online-Zugang siehe Lemma des Ministeriums.

Kategorien:

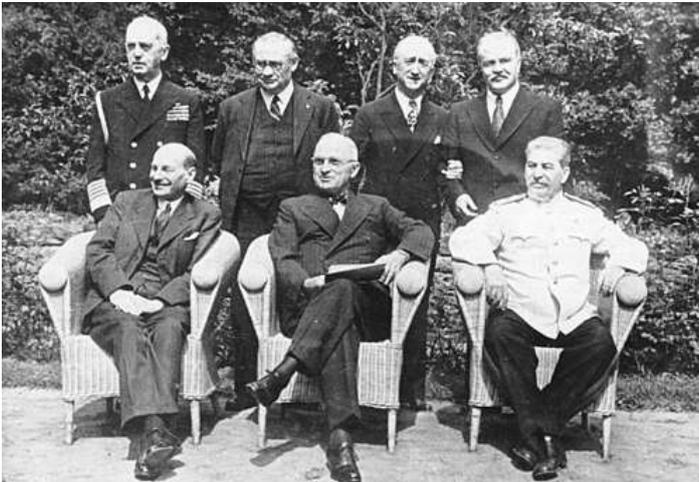
- [Massaker](#)
- [Pogrom](#)
- [Tschechoslowakei im Zweiten Weltkrieg](#)
- [Vertreibung von Deutschen \(20. Jahrhundert\)](#)
- [Nachrichtendienstliche Operationen](#)
- [Ústí nad Labem](#)
- [Konflikt 1945](#)

- Diese Seite wurde zuletzt am 2. August 2025 um 07:09 Uhr bearbeitet.

Aus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Aussig>, aufgerufen am 02.08.2025, 17:00 Uhr

02) Potsdamer Konferenz 1945

Potsdamer Konferenz



Die Großen Drei: (von links nach rechts) der britische Premierminister [Clement Attlee](#), der US-Präsident [Harry S. Truman](#), der sowjetische Diktator und Generalissimus [Josef Stalin](#); stehend dahinter: der US-Admiral [William Daniel Leahy](#), der britische Außenminister [Ernest Bevin](#), der US-Außenminister [James F. Byrnes](#) und der sowjetische Außenminister [Wjatscheslaw Molotow](#)

Die **Potsdamer Konferenz**, offiziell als *Dreimächtekonferenz von Berlin* bezeichnet, war die letzte der [Konferenzen der Alliierten während des Zweiten Weltkriegs](#). Sie fand vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im [Schloss Cecilienhof](#) in [Potsdam](#) statt und versammelte die [Regierungschefs](#) der drei [Hauptalliierten](#) des [Zweiten Weltkriegs](#), die nach dem [Ende der Kampfhandlungen in Europa](#) das weitere Vorgehen berieten.

Die Ergebnisse wurden im *Protokoll der Verhandlungen der Berliner Konferenz*, dem sogenannten [Potsdamer Abkommen](#) festgehalten. Soweit es [Gesamtdeutschland](#) betraf, wurde von den Alliierten eine verkürzte Inhaltsangabe unter der Bezeichnung *Mitteilungen über die Konferenz der drei Mächte* herausgegeben. Hinsichtlich [Japans](#) gaben die Regierungschefs der [Vereinigten Staaten von Amerika](#), [Nationalchinas](#) und des [Vereinigten Königreichs](#) die [Potsdamer Erklärung](#) heraus. Die Verhandlungsergebnisse waren zumeist ein Kompromiss zwischen den Beteiligten, der die tiefen Gegensätze zwischen ihnen nur mühsam überdeckte. Wichtige Ziele des Abkommens, darunter die Einheit Deutschlands, wurden aufgrund der inneren Widersprüche der Siegermächte nicht erreicht.

Ort und Termin



[Cecilienhof](#) – Tagungsort der Potsdamer Konferenz in der [Nauener Vorstadt von Potsdam](#), Aufnahme von 2007

Seite C 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Der [britische Premierminister Winston Churchill](#) hatte eine Konferenz der Großen Drei nach dem Ende der Kampfhandlungen in Europa vorgeschlagen. Da [Josef Stalin](#) erfahrungsgemäß keine Konferenzorte außerhalb des sowjetischen Machtbereichs akzeptierte, wählte man [Berlin](#) als Konferenzort, so dass die Delegationen im jeweiligen eigenen [Sektor](#) untergebracht werden konnten. Potsdam bot aus logistischen Gründen und weil es weniger stark zerstört war als die Berliner Innenstadt mit dem Cecilienhof eine naheliegende Alternative. Als zweite Residenz der preußischen Könige und des deutschen Kaisers hatte es Symbolkraft, zumal es als Wiege des [deutschen Militarismus](#) galt und auch an den [Tag von Potsdam](#) erinnerte. Der Codename für die Konferenz lautete *Terminal*.^[1]

Churchill hätte gerne einen frühen Termin für das Treffen gehabt, da er befürchtete, die Zeit würde gegen die [Westmächte](#) arbeiten. US-Präsident [Harry S. Truman](#) aber wollte zuerst die Haushaltsberatungen im [Kongress](#) hinter sich bringen, die am 30. Juni 1945 endeten. Auch Stalin war erst später abkömmlich, da die sowjetische Siegesfeier auf den 24. Juni 1945 terminiert war.^[2]

Bezeichnung

Für die Potsdamer Konferenz gibt es unterschiedliche Bezeichnungen. Der Titel des Treffens lautet in der Kopfzeile vom Originaldokument des 1945 verabschiedeten Abkommens „*Berlin Conference of the Three Heads of Government of the U.S.S.R., U.S.A., and U.K.*“. In der Übersetzung der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“^[3] wird die Konferenz *Dreimächtekonferenz von Berlin* genannt.

Im [englischen Sprachgebrauch](#) gibt es neben der Bezeichnung *The Berlin Conference*^[4] auch *The Berlin (Potsdam) Conference*.^[5]

Vorgeschichte

Beginnend mit der [Konferenz von Teheran](#) 1943 hatten sich die Hauptalliierten der [Anti-Hitler-Koalition](#) des Zweiten Weltkriegs bereits mehrfach auf unterschiedlichen Ebenen getroffen, um eine Einigung über das Vorgehen für die Zeit nach dem Sieg über das [nationalsozialistische Deutsche Reich](#) zu erzielen. Zuvor hatten [US-Präsident Franklin D. Roosevelt](#) und Churchill in der [Konferenz von Casablanca](#) ebenfalls 1943 die Forderung nach einer [bedingungslosen Kapitulation](#) erhoben.^[6] In der [Konferenz von Jalta](#) vom Februar 1945 wurde eine Einteilung in [Besatzungszonen](#) sowie eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine *Zentrale Kontrollkommission* beschlossen. Außerdem wurde eine „Deklaration über das befreite Europa“ beschlossen, die allen Völkern das [Recht zusprach, die Regierungsform, unter der sie leben wollten, selbst zu wählen](#). Dadurch räumte Stalin den Westmächten indirekt eine Mitverantwortung in den von sowjetischen Truppen besetzten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ein.^[7]

Nach der [bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte](#) am 8. Mai 1945 und der Verhaftung der [Geschäftsführenden Reichsregierung](#) am 23. Mai hatten die [Siegermächte](#) am 5. Juni mit der [Berliner Deklaration](#) und der Feststellung der Besatzungszonen sowie der Einsetzung eines [alliierten Kontrollrates](#) offiziell die Regierungsgewalt in [Deutschland](#) übernommen.^[8] Eine Konferenz im Juni, wie von Churchill vorgeschlagen, wurde von Stalin verzögert. Dies geschah im Rahmen sowjetischer Bestrebungen, die Westmächte in Bezug auf die deutsche Ostgrenze vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Einigkeit der Drei Mächte hatte bereits kurz nach der Konferenz von Jalta die ersten Risse bekommen, was unter anderem an der rüden Art der Sowjets lag, ihre Machtinteressen in [Ostmitteleuropa](#) durchzusetzen: Anders als zugesagt, wurde die kommunistische [Provisorische Polnische Regierung](#) nicht durch Mitglieder der westlich orientierten [Polnischen Exilregierung](#)

ergänzt, bei den Beratungen in [Moskau](#) zeigten sich die westlichen Botschafter [Archibald Clark Kerr](#) und [W. Averell Harriman](#) durch die Obstruktionstaktik des sowjetischen Außenministers [Wjatscheslaw Molotow](#) enerviert. Ganz offenkundig arbeitete die Sowjetunion daran, in den von der Roten Armee besetzten Gebieten ihr hörige Regierungen einzusetzen und den Kontakt der lokalen nichtkommunistischen Kräfte zu den Westmächten zu unterbinden.^[9] In einem Telegramm an den neuen amerikanischen Präsidenten Truman schrieb Churchill am 12. Mai 1945 von der Gefahr eines [Dritten Weltkriegs](#) und eines [Eisernen Vorhangs](#), der sich durch Europa zöge.^[10] Der abrupte Stopp der Lieferungen nach dem [Leih- und Pachtgesetz](#), den Truman am 12. Mai 1945 verhängte, diente auch dazu, die Sowjetunion unter Druck zu setzen.^[11] Tatsächlich gestand Stalin nach einer Mission des amerikanischen Diplomaten [Harry Hopkins](#), der vom 26. Mai bis zum 6. Juni in Moskau verhandelt hatte, zu, den konservativen Exilpolitiker [Stanisław Mikołajczyk](#) und weitere Nichtkommunisten in die polnische Regierung aufzunehmen. Das änderte zwar wenig an den Machtverhältnissen im sowjetisch besetzten Polen – in Potsdam berichtete Mikołajczyk später resigniert über seinen geringen Einfluss –^[12] doch nun bewegten sich Briten und Amerikaner auf die Anerkennung der polnischen Regierung zu und konzidierten nun auch, dass sie Zugriff auf das polnische Auslandsvermögen erhielt.^[13] Dass die Sowjetunion im Juni ihr Besatzungsgebiet östlich von [Oder](#) und [Lausitzer Neiße](#) unter polnische Verwaltung stellte, ohne dass es hierzu eine Vereinbarung mit den beiden Westmächten gab, brüskierte diese zusätzlich.^[14]

Eine weitere Konfliktlinie zwischen den Westmächten und der Sowjetunion betraf die Reparationen. Hier traten Briten und Amerikaner nach den schlechten Erfahrungen, die man mit den [deutschen Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg](#) gemacht hatte, dafür ein, Deutschland nur mäßige Wiedergutmachungen aufzuerlegen, um es als Partner im Welthandel zu behalten. Die Sowjetunion dagegen beharrte auf den 20 Milliarden Dollar, die Roosevelt in Jalta als Verhandlungsgrundlage genannt hatte; davon stehe der Sowjetunion die Hälfte zu. Nach zähen Verhandlungen einigte sich die [Reparationskommission](#), welche in Moskau tagte, immerhin auf einen Verteilungsschlüssel, bis sie Mitte Juli 1945 ihre Beratungen wegen unüberbrückbarer Differenzen abbrach: Gesamthöhe, Zahlungsdauer und die Art der Leistungen, die man Deutschland abverlangen wollte, blieben somit den Staatschefs der drei Mächte vorbehalten.^{[15][16]} Die Amerikaner bemühten sich zwar, einen offenen Bruch der Anti-Hitler-Koalition zu vermeiden.^[17] Doch auf der Konferenz selbst zeigte keine Seite große Bereitschaft mehr zu tun, als die offenkundigen Meinungsverschiedenheiten zu überspielen.^[18]

Teilnehmer

Winston Churchill, Harry S. Truman und Josef Stalin, 25. Juli 1945



Am Konferenztisch sitzen u. a. [Clement Attlee](#), [Ernest Bevin](#), [Wjatscheslaw Molotow](#), Josef Stalin, [William Daniel Leahy](#), [James F. Byrnes](#) und Harry S. Truman.

Auf der Konferenz sollten die Grenzziehungen in Europa und die [Reparationsleistungen](#), die Verwaltung des [besetzten Deutschlands](#) sowie der noch andauernde [Pazifikkrieg](#) besprochen werden.^[19]

Die Teilnehmer waren:

- die [USA](#), vertreten durch [Präsident Harry S. Truman](#) und seinen [Außenminister James F. Byrnes](#);
- die [Sowjetunion](#), vertreten durch den Vorsitzenden des [Rates der Volkskommissare](#) und [Generalissimus Josef Stalin](#) (unter anderem „Generalsekretär der [WKP \(B\)](#)“ und [Oberbefehlshaber](#) der [Roten Armee](#)) und seinen Außenminister Molotow;
- [Großbritannien](#), vertreten zunächst durch [Premierminister Winston Churchill](#) und seinen Außenminister [Anthony Eden](#), nach Bekanntgabe der Wahlniederlage der [Konservativen Partei](#) in den [britischen Unterhauswahlen](#) vom 5. Juli dann ab 28. Juli durch Churchills Nachfolger [Clement Attlee](#) und dessen Außenminister [Ernest Bevin](#).

Die geänderte personelle Zusammensetzung der Großen Drei wird als eine Ursache für die Zunahme der Gegensätze gesehen, die die Konferenz beinahe scheitern ließen. In Teheran und Jalta hatte Stalin Roosevelt und Churchill als Partner akzeptiert. Truman und Byrnes, Attlee und Bevin dagegen waren in seinen Augen unerfahren und unterlegen, das Produkt eines fehlerhaften und schwachen demokratischen Systems.^[20]

[Frankreich](#) war an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt, weil weder die USA noch die Sowjetunion Anlass sahen, Vertreter der [Provisorischen Regierung der Französischen Republik](#) einzuladen: In Moskau hielt man Frankreich für einen unbedeutenden [Satellitenstaat](#) der Westmächte, dessen Teilnahme auch die eines sowjetischen Verbündeten zur Folge hätte, etwa Polens. Das wollten aber die Briten nicht. Auch die Amerikaner hatten Vorbehalte gegen eine französische Teilnahme.^[21] Später stimmte die französische Regierung den in der ‚Mitteilung‘ niedergelegten Grundsätzen und Gedanken nur unter bestimmten, in sechs [Noten](#) vom 7. August 1945 formulierten Vorbehalten zu. Im Allgemeinen fühlten sich die Franzosen an die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz nicht gebunden und verhinderten durch ihr [Veto](#) im Kontrollrat die Durchsetzung mehrerer Teile des Potsdamer Abkommens, welche die [Einheit Deutschlands](#) betrafen.^[22]

Churchill und Truman trafen sich bereits am Montag, den 16. Juli, in dessen Quartier in [Babelsberg](#). Stalin besuchte Truman am 17. Juli 1945 um 12:00 Uhr und teilte ihm zu dessen großer Zufriedenheit mit, dass die Sowjetunion am 15. August in den Krieg gegen Japan eintreten wollte.^[22] Die erste Sitzung der Großen Drei begann um 17:00 Uhr in Schloss Cecilienhof. Die letzte Sitzung fand am Mittwoch, den 1. August 1945, statt; sie endete am 2. August um 00:30 Uhr.^[23]

Zu den Delegationen gehörten außerdem der jeweilige [Generalstab](#) sowie weitere Berater, die ihre zeitweiligen Unterkünfte unweit des Tagungsortes in einigen [Neubabelsberger](#) Villen am [Griebnitzsee](#) nahmen. Die US-amerikanische Delegation wurde im *Haus Erlenkamp* ([Truman-Villa](#)) untergebracht.

Verlauf

Erste Phase

Vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in Großbritannien die Ergebnisse der [Unterhauswahl](#) vom 5. Juli 1945 verkündet wurden. Da zahlreiche Wähler als Soldaten im Ausland stationiert waren, hatte sich die Auszählung der Stimmen hingezogen.^[24]

Beginn

Als die „Großen Drei“ sich am 17. Juli 1945 um 17 Uhr am Tisch niederließen, machte Stalin seinen ersten geschickten taktischen Zug: Er schlug Truman als Vorsitzenden der Konferenz vor und brachte ihn damit in die Position eines Vermittlers zwischen der Sowjetunion und Großbritannien. Dieser trug daraufhin die wichtigsten [amerikanischen Punkte](#) vor:

- Die Einrichtung eines „[Rates der Außenminister](#)“, die den Weg zu einer allgemeinen [Friedenskonferenz](#) ebnen sollten.
- Klare Richtlinien für den [Alliierten Kontrollrat](#).
- Ein amerikanisches Memorandum, das der Sowjetunion vorwarf, die auf der [Konferenz von Jalta](#) in Bezug auf die Behandlung der osteuropäischen Staaten gemachten Zusagen nicht einzuhalten
- Die politische Unabhängigkeit [Italiens](#) und seines wirtschaftlichen Wiederaufbaus.
- [Entnazifizierung](#), [Demokratisierung](#), [Entmilitarisierung](#); die Umgestaltung des gesamten [gesellschaftlichen](#) Lebens in Deutschland.
- Gewährung der [Grundrechte](#).
- Gleichbehandlung der Bevölkerung Deutschlands in den verschiedenen Bereichen, soweit durchführbar.

Churchill beantragte, die polnische Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Stalin fügte weitere Diskussionspunkte hinzu:

- Die Aufteilung der Bestände der deutschen [Kriegs-](#) und [Handelsmarine](#),
- die [deutschen Reparationsleistungen](#),
- das Schicksal der deutschen Industrieregionen und eine sowjetische Beteiligung an deren Verwaltung,
- die Wiederaufnahme [diplomatischer Beziehungen](#) mit Deutschlands ehemaligen Satellitenstaaten, einschließlich des [franquistischen Spaniens](#).

Außerdem wollte er [Tanger](#), [Syrien](#) und den [Libanon](#) auf die Tagesordnung setzen.^[25] Mit dem Versuch, auch Spanien auf die Tagesordnung zu setzen, konnte sich Stalin allerdings nicht durchsetzen.^[26]

Neuordnung Deutschlands

Die Errichtung des *Rates der Außenminister* wurde ohne Probleme vereinbart: Er sollte [Friedensverträge](#) mit den ehemaligen Satellitenstaaten des Deutschen Reichs und anschließend auch mit Deutschland selbst vorbereiten. Dies setzte die Wiedererrichtung der deutschen Staatlichkeit, nach Auffassung der Westmächte auch freie Wahlen unter ihrer Aufsicht voraus. Anfangs war umstritten, ob auch China und Frankreich in diesem Rat vertreten sein sollten. Man einigte sich schließlich darauf, dass immer nur die Staaten teilnehmen sollten, deren Vertreter die Kapitulation des jeweiligen Staates unterzeichnet hatten. Damit war gesichert, dass Frankreich an den Friedensverträgen für Frankreich und Italien mitwirken durfte.^[27] Die Grundprinzipien, von denen sich die Siegermächte bei der Potsdamer Konferenz leiten ließen, waren die „4 großen D“ – zuweilen wird auch von „5 D“ gesprochen (sogenannte [politische Grundsätze](#)). Diese Prinzipien waren ganz allgemein gehalten und konnten nach Belieben ausgelegt werden. Dass Demokratisierung für Stalin etwas ganz anderes bedeutete als für Churchill und Truman, musste nach den gemeinsamen Erfahrungen mit Polen eigentlich feststehen. Dass sie sich dennoch darauf einließen, sieht der Historiker [Henning Köhler](#) als Zeichen einer „vom Prinzip Hoffnung geleiteten Konzessionsbereitschaft“.^[28]

Das Kernanliegen der konkretisierten Grundsätze war die Aufteilung [Deutschlands](#) in Besatzungszonen. Jede der vier Mächte ([USA](#), [UdSSR](#), [Großbritannien](#) und [Frankreich](#)) sollte jeweils politische Handlungsfreiheit in ihrer Zone erhalten. In Verbindung mit dem Prinzip der Einstimmigkeit der Entscheidungen im Alliierten Kontrollrat bedeutete diese Formulierung, dass die einzelnen Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen in der Lage waren, eine völlig eigenständige Politik zu betreiben, ohne dass der Kontrollrat sie daran hindern konnte.

Nicht einigen konnten sich die drei Regierungschefs dagegen darüber, was unter Deutschland eigentlich zu verstehen sei. Churchill schlug vor, von „Vorkriegsdeutschland“ zu sprechen, wohingegen Stalin meinte, Deutschland sei das, was es nach dem Krieg wurde: Für ihn gehörte Ostdeutschland, das die Sowjetunion unter polnische Verwaltung gestellt bzw. de facto annektiert hatte, also nicht mehr dazu. Truman schließlich bestand auf der Formulierung „[Deutschland in den Grenzen von 1937](#)“, der Stalin schließlich zustimmte, aber die Bemerkung anfügte, sollte in [Königsberg](#) eine deutsche Verwaltung auftauchen, werde man sie fortjagen.^[29]

Iran

Am 21. Juli 1945 wurde die Frage des Truppenrückzugs aus dem [Iran](#) diskutiert. Im Zuge der [anglo-sowjetischen Invasion des Iran](#) waren im August 1941 britische und sowjetische Truppen in den neutralen Iran einmarschiert, um einen Versorgungskorridor, den sogenannten [Persischen Korridor](#), zur Versorgung der Sowjetunion mit kriegswichtigem Material zu sichern. Zwischen den Alliierten und der iranischen Regierung war im November 1943 anlässlich der [Teheran-Konferenz](#) vereinbart worden, dass alle fremden Truppen den Iran sechs Monate nach Ende der Kampfhandlungen verlassen sollten. Eden schlug vor, dass die britischen und sowjetischen Truppen zunächst aus [Teheran](#) und später aus ganz Iran abziehen sollten. Stalin stimmte dem Truppenabzug aus der Hauptstadt Teheran zu, bestand aber darauf, dass die Truppen sechs Monate bis zum Kriegsende mit [Japan](#) im Iran stationiert blieben.

Churchill hatte gegen den Vorschlag Stalins nichts einzuwenden, da er mit den britischen Truppen die Ölfelder im Süden des Iran kontrollieren wollte. Die Frage des Truppenabzugs aus dem Iran wurde bei der [Londoner Außenministerkonferenz](#) im September 1945 geklärt.^[30]

Polen



U.S. Department of State, 10. Januar 1945: *Germany – Poland Proposed Territorial Changes – Secret* („Vorschlag zur Gebietsveränderung – Geheim“), Karte mit vom [amerikanischen Außenministerium](#) unterbreiteten Vorschlägen über den künftigen Verlauf der Grenzlinie.^[31]

Churchill und Truman lehnten die von Stalin und [Polen](#) geforderte Übertragung der Gebiete östlich der Oder und Lausitzer Neiße ab. Als die Beratung in Potsdam begann, befanden sich neben den Millionen von Ostflüchtlingen auch schon 200.000–300.000 auf dem Westufer von Oder und Lausitzer Neiße, die aus den neuen polnischen Woiwodschaften vertrieben worden waren.^[32] Bei der fünften Sitzung am 21. Juli 1945 wies Truman auf den deutschen Charakter der Gebiete östlich

von Oder und Neiße und auf die neun Millionen Deutschen hin, die dort ihre Heimat hatten. Churchill erklärte ebenfalls klar und deutlich, dass es für Polen nicht gut sei, „so viel deutsches Gebiet zu übernehmen“. Wie in Jalta betonte Churchill in der sechsten Sitzung am 22. Juli die moralischen Bedenken Großbritanniens gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Man könne sich lediglich eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen vorstellen, wie Polen östlich der [Curzon-Linie](#) übersiedelten, das heißt zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brächten, seien zu viel und völlig falsch.^[33] Stalin behauptete wahrheitswidrig, dass die deutsche Bevölkerung aus den [Ostgebieten des Deutschen Reiches](#) bereits „fortgegangen“ wäre. Um diese Behauptung glaubwürdig erscheinen zu lassen, hatte er jedoch im Juni in einem Streifen von 100 bis 200 km östlich von Oder und Neiße alle Deutschen [vertreiben](#) lassen. Churchill schätzte die Zahl der in den Ostgebieten verbliebenen Deutschen auf 2–2,5 Millionen, die Zahl der [Sudetendeutschen](#) auf 2,5 Millionen.^[32] Bei seinem Widerstand gegen die Oder-Neiße-Linie wurde er aber nicht von humanitären Argumenten, sondern von wirtschafts- und machtpolitischem Kalkül geleitet.^[34] Stalin beharrte intransigent darauf, dass in Jalta die [Westverschiebung Polens](#) beschlossen worden war, Truman insistierte genauso unnachgiebig, dass man von den Grenzen des Jahres 1937 ausgehe, die erst durch einen Friedensvertrag geändert werden könnten. Ein Kompromiss schien nicht erreichbar, die Beratungen drehten sich im Kreis.^[35]



Die Außenminister der drei Großmächte: Wjatscheslaw Molotow, James F. Byrnes und Anthony Eden in einer Tagungspause, Juli 1945



Atlee, Truman und Stalin; dahinter Bevin, Byrnes und Molotow

Seite C 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Am 24. Juli erschien die polnische Delegation mit dem Vorsitzenden des [Landesnationalrates](#), dem [Stalinisten Bolesław Bierut](#), dem ebenfalls in [Moskau](#) geschulten Ministerpräsidenten [Edward Osóbka-Morawski](#), Außenminister [Wincenty Rzymowski](#) und Landwirtschaftsminister Mikołajczyk, der bis 1944 Ministerpräsident der aufgelösten polnischen Exilregierung in [London](#) gewesen war, bei einem Treffen der Außenminister. Polen war kein Machtfaktor, der seine Interessen hätte eigenständig durchsetzen können: Aus Höflichkeit hörte man die Delegation an. In ihren Stellungnahmen minimierten die Polen die Zahl der Deutschen in den umstrittenen Gebieten auf höchstens anderthalb Millionen. Die polnische Delegation vertrat ihren Anspruch auf Ostdeutschland bis zur Oder und westlichen Neiße trotz Gegenargumenten; von den verbliebenen Deutschen erwartete man, dass sie „freiwillig“ gehen würden. Tatsächlich lebten zur Zeit der Potsdamer Konferenz noch rund fünf Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße, während weitere Hunderttausende, die vor den Kampfhandlungen nach Westen geflüchtet waren, von polnischen Grenztruppen und sowjetischen Einheiten an der Rückkehr in ihre Heimatorte gehindert wurden.^[36]

Churchill und Truman widersprachen am nächsten Tag in der Vollversammlung den polnischen und sowjetischen Forderungen: Um Raum für zwei bis drei Millionen [Polen](#) zu schaffen, die im Zuge der [Westverschiebung Polens aus Ostpolen vertrieben](#) wurden, brauche Polen nicht ein Gebiet, in dem vorher acht bis neun Millionen [Deutsche](#) gelebt hatten. Sie fürchteten, ein territorial so stark beschnittenes Deutschland würde die Vertriebenen nicht aufnehmen können, von denen sie gegen Stalins Behauptung weiterhin annahmen, sie würden noch zu einem großen Teil östlich der [Oder-Neiße-Linie](#) leben. Außerdem wollten sie verhindern, dass die Sowjetunion ihr Machtgebiet so weit nach Westen ausdehnte.^[37]

Die Grenz- und die Reparationsfrage hingen eng miteinander zusammen. Die Sowjetunion bestand sowohl auf einer Westverschiebung Polens nicht nur bis zur [Glatzer](#), sondern bis zur Lausitzer Neiße als auch auf umfangreichen Reparationen auch aus den westlichen Besatzungszonen, da auf ihrem Gebiet die Kriegführung der Wehrmacht die verheerendsten Zerstörungen angerichtet hatte: Diese müssten durch deutsche Arbeit wieder aufgebaut werden. Amerikaner und Briten wiesen demgegenüber darauf hin, dass die vorgeschlagene Grenzziehung mehr deutsche Flüchtlinge und weniger deutsches Agrargebiet zur Folge haben würde. Besonders die Briten fürchteten eine [Hungerkatastrophe](#) in [ihrer Zone](#), wo das [Ruhrgebiet](#) lag, das industrielle Zentrum Deutschlands. Daher verlangten sie Nahrungsmittellieferungen aus der [sowjetischen Besatzungszone](#) für die Industriearbeiter Westdeutschlands. Die Amerikaner lehnten deutsche [Zwangsarbeit](#) als Reparationsleistung ab und verwiesen auf den Widerspruch, aus einer zerstörten Volkswirtschaft und einer hungernden Bevölkerung Reparationen extrahieren zu wollen.^[38] Die Briten stellten sich daher auf den Standpunkt, unter dem Reparationsgebiet müsse Deutschland in den Grenzen von 1937 verstanden werden, was für die westlichen Ansprüche sehr günstig gewesen wäre. Die sowjetischen Vertreter lehnten das britische Ansinnen daher als unannehmbar ab.^[39]

Da Churchills [Conservative Party](#) die Unterhauswahl verloren hatte, musste die Konferenz hier unterbrochen werden, bis sein Nachfolger Clement Attlee von der [Labour Party](#) ein neues [Kabinett des Vereinigten Königreichs](#) gebildet hatte.

Indochina

Nachdem Japan die dem [Vichy-Regime](#) unterstellten [französischen Kolonialtruppen](#) in [Indochina](#) am 9. März 1945 entmachtet hatte, drängten die europäischen Alliierten Präsident Roosevelt, Frankreich im Kampf gegen Japan zu unterstützen. Roosevelt starb im April 1945. Sein Nachfolger Truman ließ das Ziel einer [Dekolonisierung](#) Indochinas fallen und erkannte im Mai 1945 Frankreichs [Souveränität](#) über Indochina an. Im Juli 1945 vereinbarte er auf der Potsdamer Konferenz mit den übrigen Alliierten die Entwaffnung der Japaner durch die Briten. Die Entwaffnung der japanischen Truppen nördlich des 16. Breitengrades sollte durch die

Seite C 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

[Nationalchinesen](#) erfolgen. Während sie bis 1946 im Norden die französischen Rückeroberungspläne behinderten, verkündete [Ho Chi Minh](#) die [staatliche Unabhängigkeit](#) Vietnams und rief die [Demokratische Republik Vietnam](#) aus.^[40]

Atombombe

Truman informierte Stalin am 24. Juli 1945 über die [Atombombe](#), kurz nachdem sie erfolgreich [getestet worden war](#). Stalin war über sein Spionagenetzwerk aber schon längst über die Möglichkeit einer solchen Waffe informiert gewesen und zeigte sich unbeeindruckt. Truman wunderte sich über die Gelassenheit, mit der Stalin die Information zur Kenntnis nahm.^[41] Stalin äußerte nur seine Hoffnung, die Amerikaner würden von ihr guten Gebrauch machen. Er interpretierte diese Information als Versuch der USA, Druck auszuüben und eine dominierende Verhandlungsposition zu erreichen. [Igor Wassiljewitsch Kurtschatow](#) ließ er anweisen, das sowjetische Entwicklungsprogramm für eine sowjetische Atombombe zu beschleunigen.^[42]

Ostmittel- und Südosteuropa

Die Westmächte weigerten sich, die Regierungen von [Bulgarien](#), [Rumänien](#) und [Ungarn](#) diplomatisch anzuerkennen, weil ihnen die [Legitimation](#) durch demokratische Wahlen fehlte. Stalin erwiderte verärgert, die fehle auch in Italien. Streit gab es auch über die Zugehörigkeit Griechenlands zur westlichen und Jugoslawiens zur sowjetischen [Interessensphäre](#), auch wenn beides unausgesprochen als selbstverständlich galt.^[43] Stalin erlangte jedoch die Konzession von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die auf allen Rechten an deutschen Vermögenswerten in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und im östlichen Österreich verzichteten.^[44] Die Regierung der [Tschechoslowakei](#) dagegen war demokratisch legitimiert und die nichtkommunistischen Kräfte konnten sich gegen die zunehmenden Versuche sowjetischer Einflussnahme noch behaupten. Die Westmächte machten deutlich, dass sie weitere sowjetische Pressionen oder einen Status des Landes als sowjetischer Satellit als einen weiteren Bruch der Deklaration über das befreite Europa ansehen würden.^[45] Die Vertreibung der Sudetendeutschen war für alle drei Regierungschefs beschlossene Sache – angesichts der Erfahrungen, die ihre Soldaten bei der Befreiung der [KZs Bergen-Belsen](#) und [Dachau](#) gemacht hatten, sahen auch die Westmächte wenig Anlass zu Mitleid mit den Deutschen.^[46] Das Problem, welches Churchill in der Sitzung am 25. Juli anschnitt, war vielmehr, welcher Besatzungszone die nach seiner Schätzung 2,5 Millionen Umsiedelnden zur Last fallen würden.^[47]

Die Schlussphase der Konferenz

Am 28. Juli kam Attlee in der Eigenschaft als britischer Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Ernest Bevin, zu der Konferenz. Damit begann ein neuer Abschnitt der Konferenz. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.^[48]

Die Zwischenbilanz sah zunächst ungünstig aus: Am 28. Juli umfasste der Katalog der Fragen, über die keine Einigkeit erzielt worden war, 14 Punkte. Zudem zeigte sich Stalin enttäuscht darüber, von den Westmächten nicht über deren Strategie im Krieg gegen Japan auf dem Laufenden gehalten zu werden: Tatsächlich hatte Truman das Interesse daran, die Sowjetunion zum Kriegseintritt gegen Japan zu bewegen, verloren: Jetzt fürchtete er vielmehr ihre Beutegier.^[49] Die Konferenz drohte, wie [Hermann Graml](#) formuliert, „in einem Morast der Erfolglosigkeit zu versacken.“^[50] Dass sie nicht scheiterte, lag an den Aktivitäten und Initiativen der Amerikaner in der Reparationsfrage, die am 1. August 1945 in Potsdam zu einem vorläufigen Abschluss kam.^[51]

Seite C 89 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Bereits am 23. Juli hatte der US-Außenminister eine Idee vorgebracht, die das einzige Feld betraf, auf dem noch ein Kompromiss möglich schien: die Deutschlandpolitik. Byrnes schlug vor, Deutschland reparationspolitisch zu teilen: Jede Besatzungsmacht sollte die Reparationen, von denen sie glaubte, sie stünden ihr zu, der eigenen Zone entnehmen. Die Gesamtsumme wurde nicht festgelegt. Dies verband er mit der Grenzfrage: Die Westmächte würden einwilligen, dass das Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße unter polnische Verwaltung gestellt wurde, doch sollte dies vorbehaltlich der Regelung in einem Friedensvertrag gelten.^[52] Am 29. Juli kam Molotow im Gespräch mit Truman auf diese Idee zurück, und bis zum folgenden Tag wurde der „kleine Kuhhandel“ (wie Byrnes intern seinen Vorschlag nannte) in bilateralen Gesprächen perfekt gemacht. Stalin war erkrankt, Attlee wurde später informiert. Man einigte sich darauf, dass die Sowjets auch aus den westlichen Zonen Reparationen erhalten sollten, sofern sie nicht der Friedenswirtschaft dienten. Für die Hälfte dieser Lieferungen sollte die Sowjetunion mit Lieferungen von Nahrungsmitteln, Holz, Kohle oder Kali aus ihrer eigenen Zone und dem Gebiet unter polnischer Verwaltung bezahlen, die andere Hälfte sollte sie ohne Gegenleistung erhalten.^[53] Die Frage der Westgrenze Polens war für die sowjetischen Verhandler wichtiger als die der Reparationen, sie stellten geopolitische Interessen über ökonomische.^[54]

Mit diesem Kompromiss stimmten die Westmächte auch der [Vertreibung der Deutschen](#) zu, die sie zuvor aus praktischen und moralischen Gründen abgelehnt hatten, akzeptierten sie sie nun sofort. Ein Unterausschuss erarbeitete den Artikel XII des Protokolls über die ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Wie der britische Vertreter der Kommission später berichtete, hätten die Westmächte sich nicht in der Lage gesehen, den Massentransfer zu verhindern, es sei ihnen deswegen darum gegangen, die Austreibung wenigstens so menschlich und geordnet wie möglich durchzuführen.^[55]

Am 30. Juli schlug Molotow die Einrichtung einer zentralen deutschen Verwaltung vor, die dem Kontrollrat unterstehen und die Tätigkeit der Provinzialverwaltungen unterstützen sollte. Dies werde bei „der Lösung von Problemen [gesamtdutschen](#) Charakters“ helfen. Bevin widersprach, weil er an einer weitgehenden Dezentralisierung Deutschlands interessiert war. Deshalb war im Abschlussprotokoll nurmehr von einzelnen zentralen Verwaltungsbehörden die Rede, die unter der Leitung des Kontrollrats für Finanzwesen, Transport und Verkehr, Außenhandels sowie Industrie zuständig sein sollte – für den Historiker [Wilfried Loth](#) hätte dies „eine Grundlage für einen tatsächlich gemeinsamen Aufbau einer demokratischen Ordnung im besetzten Deutschland“ bilden können.^[56]

Ergebnisse

Das Potsdamer Abkommen

→ Hauptartikel: [Potsdamer Abkommen](#)

Die Konferenz endete am 2. August 1945 um 0:30 Uhr mit der Unterzeichnung des *Protokolls der Verhandlungen der Berliner Konferenz* durch Truman, Stalin und Attlee, das als „Potsdamer Abkommen“ in den allgemeinen Sprachschatz fand. Die Alliierten gaben im Anschluss eine verkürzte Inhaltsangabe unter der Bezeichnung *Mitteilungen über die Konferenz der drei Mächte* heraus, die man für 30 Pfennige kaufen konnte.^[57]

Zu den wichtigsten Beschlüssen zählen die Legitimierung der Vertreibung der deutschen Bevölkerungsteile Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, die „geordnet und human“ erfolgen sollte,^[58] sowie Polens [Verwaltungshoheit](#) über die deutschen Gebiete östlich von [Oder und Neiße](#). Auch wurde festgehalten, dass die Siegermächte die [Demontage](#) von industriellen Anlagen als die Hauptform der Reparationen behandelten.^[59]

Seite C 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Insgesamt konnten sich die Großen Drei in Potsdam, wie der Politikwissenschaftler [Eckhard Jesse](#) schreibt, nur auf „Formelkompromisse“ einigen, „die die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze zwischen den Alliierten überdeckten“.^[60] [Rolf Steininger](#) und Hermann Graml urteilen, dass diese Kompromisse auf Kosten der Deutschen gingen: Die Teilung des Reparationsgebiets bedeutete faktisch eine wirtschaftliche Teilung Deutschlands, obwohl der Text des Abschlussprotokolls davon sprach, man wolle Deutschland wirtschaftlich als Einheit behandeln. Außerdem stimmten die Westmächte der Vertreibung zu, was angesichts des millionenfachen Unrechts, das die Nationalsozialisten begangen hatten, zwar verständlich sei, doch Graml meint, „dass hier Verbrechen mit Verbrechen vergolten wurden.“ In Kauf genommen wurde auch die Verelendung der Vertriebenen, und als wichtige Folge nennt er schließlich den deutschen [Revisionismus](#), der die Staaten Ostmitteleuropas enger an die Sowjetunion gebunden habe.^[61]

Rat der Außenminister

Die [Europäische Beratende Kommission](#) wurde aufgelöst^[62] und ersetzt durch einen Rat der Außenminister der „fünf wesentlichen Mächte“ (Vereinigtes Königreich, Sowjetunion, National-China, Frankreich, Vereinigte Staaten), der nach der Konferenz über weitere Fragen verhandeln sollte, vordringlich über Friedensverträge für [Italien](#) und die Verbündeten der [Achsenmächte](#) (Ungarn, Rumänien, Bulgarien und [Finnland](#)) sowie deren Zulassung zu den [Vereinten Nationen](#). Danach könne der Rat mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Deutschland beginnen. An den Entwürfen sollten aber immer nur die Außenminister jener Staaten teilnehmen, deren Vertreter die Kapitulation des betreffenden Staates unterzeichnet hatten. Stalin willigte ein, dass auch Frankreich an den Friedensverträgen für Italien und Deutschland mitwirken könne. Die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland wurden auf der [Pariser Friedenskonferenz 1946](#) beraten und am 10. Februar 1947 geschlossen.

Zwischen 1945 und 1947 fanden fünf Konferenzen statt:^[63] [in London 1945](#) und [1947](#), in Paris im April/Mai und im Juni/Juli 1946, in New York im November/Dezember 1946 und in Moskau im [März/April 1947](#). Auf keiner dieser Konferenzen konnte Einigkeit über den in Aussicht gestellten Friedensvertrag mit Deutschland erzielt werden.

Atombombenabwürfe auf Japan und Potsdamer Erklärung

→ Hauptartikel: [Potsdamer Erklärung](#)

Die drei Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Chinas und des Vereinigten Königreiches formulierten die Potsdamer Erklärung zum Krieg gegen Japan. Darin forderten sie unter Androhung der völligen Zerstörung Japans die [Kapitulation Japans](#) und nannten die Bedingungen. Am 21. Juli 1945 wurde Präsident Truman über den gelungenen Atomwaffentest informiert und gab am 24. Juli den Befehl, den Abwurf einer Atombombe für den 3. August vorzubereiten. Aus dem Entwurf der Potsdamer Erklärung ließ er die Garantie für den Fortbestand des japanischen Kaiserhauses, die die Annahme der Kapitulation erleichtert hätte, streichen. Den Vorschlag von [Kriegsminister Stimson](#), die Japaner mit einer Probeexplosion vorzuwarnen, lehnte er ab.^{[64][65]} Truman wollte nicht, dass die Japaner vor dem [Atombombenabwurf auf Hiroshima](#) kapitulierten, weil er damit die Sowjets beeindrucken wollte.^[66] Chinas Präsident [Chiang Kai-shek](#) gab seine Zustimmung auf radiotelefonischem Weg. Der japanische Premierminister [Kantaro Suzuki](#) erklärte am 28. Juli, die Potsdamer Erklärung wäre nur eine Neuauflage der [Kairoer Erklärung](#), auf die man nicht eingehen werde. Vom Ergebnis her lieferte er den USA damit die Rechtfertigung für den Atombombenabwurf.^[67]

Auslegung und Vollzug durch die Siegermächte

Die Anwendung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 führte schon im September zu Meinungsverschiedenheiten, sowohl im Alliierten Kontrollrat, der – noch während die Konferenz tagte – in der [Hauptstadt](#) Berlin seine Tätigkeit aufgenommen hatte,^[68] als auch auf der ersten Sitzung des Rates der Außenminister in London. Frankreich, das nicht zur Konferenz eingeladen worden war, erhob im Oktober 1945 vor dem Kontrollrat Einwände gegen die Errichtung der im Abkommen vorgesehenen deutschen Zentralinstanzen. Dies trug dazu bei, dass in der Praxis jede Zonenverwaltung eigene Wege ging.^[19] Die Sowjetunion begann bald ihre Zone nach eigenen Vorstellungen umzugestalten, wie Stalin es laut den Forschungen des russischen Historiker Aleksej Filitov bereits vor der Potsdamer Konferenz beschlossen hatte;^[69] Großbritannien und die USA legten ihre Zonen zum 1. Januar 1947 zur [Bizone](#) zusammen, wodurch sie sich weit von dem Gedanken einer einheitlichen Behandlung Deutschlands entfernten, wie er im Potsdamer Protokoll zum Ausdruck kam.^[70] Deutliche Unterschiede gab es auch bei der Organisation der Wahlen zu den deutschen Selbstverwaltungsorganen. Die Amerikaner kündigten bereits im September 1945 Kommunalwahlen in ihrer Zone an, die ab Januar 1946 durchgeführt wurden und Mehrheiten für die [CDU](#) erbrachte. Die Kandidaten der [KPD](#) kamen zum Schrecken der [Sowjetischen Militäradministration](#) auf gerade einmal vier Prozent. In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Wahlen daher verzögert, bis die [Zwangvereinigung von SPD und KPD zur SED](#) abgeschlossen war. Bei den [Kommunalwahlen in der SBZ](#), die schließlich im September 1946 durchgeführt wurden, erreichte die [SED](#) aufgrund zum Teil massiver Eingriffe der sowjetischen Militärverwaltung überall deutliche Mehrheiten, die [SPD](#) war nicht mehr zugelassen worden.^[71] Entgegen ihrer in Potsdam erklärten Absicht, die Einheit Deutschlands zu wahren, trugen die Besatzungsmächte durch ihr Vorgehen also selbst zu der über 40 Jahre anhaltenden [deutschen Teilung](#) bei.^[72]

Bereits im Mai 1946 stoppte General [Lucius D. Clay](#), der stellvertretende [Militärgouverneur](#) der [amerikanischen Besatzungszone](#) die Reparationslieferungen an die Sowjetunion mit der Begründung, die Tauschlieferungen aus deren Zone seien ausgeblieben. Damit war ein zentraler Teil der reparationspolitischen Vereinbarung, die in Potsdam getroffen worden war, bereits nach wenigen Monaten Makulatur.^[73]

Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sollte einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland vorbehalten bleiben (→ [Zwei-plus-Vier-Vertrag](#), [deutsch-polnischer Grenzvertrag](#)). Am 10. Oktober 1945 stellte der britische Außenminister Bevin fest, dass Großbritannien in keiner Weise verpflichtet sei, die Ansprüche Polens auf die Oder-Neiße-Grenze zu unterstützen. Die gleiche Feststellung traf der US-amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in einer Rede in [Stuttgart](#). De facto, wenn auch nicht de jure hatten die Westmächte aber mit dem Potsdamer Abkommen die [Annexion](#) der Gebiete östlich von Oder und Neiße durch Polen und die Sowjetunion anerkannt.^[74]

Die Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse wird in der Forschung unterschiedlich bewertet. Henning Köhler meint, sie seien nicht besonders wichtig gewesen. Allenfalls hätten sie später der Propaganda des [Ostblocks](#) als Vorwand gedient, um „dem Westen ständig den Bruch des Abkommens vorzuwerfen“.^[75] [Wolfgang Benz](#) dagegen nennt das Potsdamer Protokoll „die Magna Charta der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland“; mit dem Schwinden der Aussichten auf eine Verwirklichung der alliierten Zusagen gegenüber Deutschland sei aber auch seine Bedeutung zurückgegangen. Die Großmächte seien in Potsdam zusammengekommen, um die Beute zu teilen: „als sie auseinandergingen, hatten sie nicht nur Deutschland, sondern die Welt geteilt“.^[76]

Literatur

- [Wolfgang Benz](#): *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*. 3. Auflage, dtv, München 1994, [ISBN 3-423-04522-1](#).
- James L. Gormly: *From Potsdam to the Cold War. Big Three Diplomacy, 1945–1947*. Rowman & Littlefield, Lanham 1990.
- Christoph Koch (Hrsg.): *Das Potsdamer Abkommen 1945–2015. Rechtliche Bedeutung und historische Auswirkungen*. Peter Lang, Frankfurt 2017, [ISBN 978-3-631-67091-0](#).
- [Jürgen Luh](#) (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. Begleitband zur Ausstellung zum 75. Jahrestag der Potsdamer Konferenz. Sandstein Kommunikation, Dresden 2020, [ISBN 978-3-95498-546-3](#).
- [Charles L. Mee](#): *Die Teilung der Beute. Die Potsdamer Konferenz 1945*. Molden, Wien 1975, [ISBN 3-453-48060-0](#) (Originaltitel: *Meeting at Potsdam*).
- [Heiner Timmermann](#) (Hrsg.): *Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?* Duncker & Humblot, Berlin 1997, [ISBN 3-428-08876-X](#).
- *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (Potsdam Conference, 1945)*. 2 Bände, [United States Government Printing Office](#), Washington, D.C. 1960.

Weblinks



[Commons: Potsdamer Konferenz](#) – Sammlung von Bildern und Audiodateien

- [Literatur von und über Potsdamer Konferenz](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin \[Konferenz von Potsdam\], 2. August 1945](#). Mit einer Einführung von [Rolf Steininger](#) auf [1000dokumente.de](#)
- [Potsdamer Konferenz](#) im LeMO-Projekt des [Deutschen Historischen Museums](#)

Einzelnachweise

- • • Stefan Gehlen: *Zur Verortung der Berliner Konferenz in Potsdam*. In: [Jürgen Luh](#) (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. Begleitband zur Ausstellung zum 75. Jahrestag der Potsdamer Konferenz, S. 21–23.
- • [Wolfgang Benz](#): *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, [ISBN 978-3-423-28158-4](#), S. 73.
- • [Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945](#), in: documentArchiv.de (Hrsg.)
- • Veröffentlichungen des *Harry S. Truman Library and Museum*, auf: [Trumanlibrary.com](#)
- • Veröffentlichungen der [Yale Law School im Rahmen des Avalon-Projekts](#). Lillian Goldman Law Library, New Haven 2008.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 15.
- • Françoise Sirjacques-Manfrass: *Die sicherheitspolitischen Aspekte der Potsdamer Konferenz*. In: [Heiner Timmermann](#) (Hrsg.): *Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?* Duncker & Humblot, Berlin 1997, [ISBN 978-3-428-48876-6](#), S. 205–214, hier S. 207.
- • [Rolf Steininger](#): *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*. Band 1, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 1983, [ISBN 3-596-24315-7](#), S. 55–60.
- • [Hermann Graml](#): *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, [ISBN 3-596-24310-6](#), S. 61 f.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 65 f.

Seite C 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 73 f.
- • [Jost Dülffer](#): *Die Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht und die Friedensregelungen nach den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts*. In: [Jörg Fisch](#) (Hrsg.) *Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien. Bd. 79)* Oldenbourg, München 2011, [ISBN 978-3-486-70384-9](#), S. 113–141, hier S. 133.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 77 f.; [Gerhard L. Weinberg](#): *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, [ISBN 3-421-05000-7](#), S. 877.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 85 und 90.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 82–86.
- • Kaete O’Connell: *Harry S. Truman and US Foreign Relations*. In: *Oxford Research Encyclopedia of American History*. Oxford University Press, Oxford 2019, [doi:10.1093/acrefore/9780199329175.013.737](#).
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 72 f. und 76 ff.
- • Elspeth O’Riordan: *Understanding the Cold War. History, Approaches and Debates*. Palgrave Macmillan, Cham 2022, [ISBN 978-3-031-06074-8](#), S. 31.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 875.
- • Elspeth O’Riordan: *Understanding the Cold War. History, Approaches and Debates*. Palgrave Macmillan, Cham 2022, S. 30; ähnlich [Henning Köhler](#): *Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte*. Hohenheim-Verlag, Stuttgart 2002, [ISBN 3-89850-057-8](#), S. 443.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 873 f.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 874.
- • [Charles L. Mee](#): *Die Teilung der Beute*. Die Potsdamer Konferenz 1945. Fritz Molden, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1975, [ISBN 3-217-00706-9](#), S. 74 ff., 277, 311 (englisch: *Meeting at Potsdam*. Übersetzt von Renata Mettenheimer).
- • Rolf Steininger: *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*. Band 1, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 1983, S. 60.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 81 f.
- • Jost Dülffer: *Die Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht und die Friedensregelungen nach den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts*. In: Jörg Fisch (Hrsg.) *Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien. Bd. 79)* Oldenbourg, München 2011, S. 113–141, hier S. 135.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 88 f. und 94; Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 83 f.
- • Henning Köhler: *Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte*. Hohenheim-Verlag, Stuttgart 2002, S. 443.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 84 f.
- • Kristen Blake, *The U.S.-Soviet confrontation in Iran, 1945–1962*. University Press of America, 2009, S. 22.
- • *Foreign relations of the United States: diplomatic papers: the Conference of Berlin (the Potsdam Conference)*, 1945.

Seite C 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

- • Wolfgang Benz: *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, dtv, München 1986, [ISBN 3-423-04522-1](#), S. 100 ff.
- • Alexander Fischer (Hrsg.), *Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“*. 2. Aufl., Köln 1973, S. 265.
- • Victor Mauer: *Großbritannien und die Potsdamer Konferenz 1945*. In: Jürgen Luh (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. Sandstein Kommunikation, Dresden 2020, S. 84–95, hier S. 92.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 86 ff.
- • [Thomas Urban](#), *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und der Polen im 20. Jahrhundert*. C.H. Beck, München 2004, S. 119; Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 89 f.
- • [Detlef Brandes](#): *Konferenz von Potsdam*. In: derselbe, [Holm Sundhaussen](#), [Stefan Troebst](#) (Hrsg.): *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2010, [ISBN 978-3-205-78407-4](#), S. 352.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 875 ff.; Jacob Riemer: *Die sowjetischen Interessen auf der Potsdamer Konferenz*. In: Jürgen Luh (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. Sandstein Kommunikation, Dresden 2020, S. 64–81, hier S. 67.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 96 f.
- • Martin Großheim: *„1954 verlor der Vater seine Heimat, 1975 verlor der Sohn sein Vaterland“ – Teilung, Flucht und Wiedervereinigung in Vietnam*. In: [Andreas Hilger](#), [Oliver von Wrochem](#) (Hrsg.): *Die geteilte Nation – Nationale Verluste und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Oldenbourg, München 2013, [ISBN 978-3-486-71863-8](#), S. 97 f.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 877 f.; [Robert Service](#): *Stalin. A Biography*. London 2004, S. 476.
- • [John Lewis Gaddis](#): *We Now Know. Rethinking Cold War History*. Oxford University Press, Oxford 1998, [ISBN 0-19-878071-0](#), S. 95.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 86.
- • [Sergey Radchenko](#): *To Run the World. The Kremlin's Cold War Bid for Global Power*. Cambridge University Press, Cambridge 2024, [ISBN 978-1-108-47735-2](#), S. 46 (englisch).
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 90.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 87.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 90.
- • *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Abkommen“)* vom 2. August 1945.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 91 f.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 92.
- • [Joseph Foschepoth](#): *Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), Heft 4, S. 675–714, hier S. 702 und 708 ([PDF](#)).
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 97 f.; John Farquharson: *Großbritannien und die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), Heft 1, S. 43–67, hier S. 46 ([PDF](#)).
- • Rolf Steininger: *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*. Band 1, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 1983, S. 62 f. (hier das Zitat); Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 95 ff.

Seite C 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

- • Jacob Riemer: *Die sowjetischen Interessen auf der Potsdamer Konferenz*. In: Jürgen Luh (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. Sandstein Kommunikation, Dresden 2020, S. 64–81, hier S. 79.
- • [Klaus-Dietmar Henke](#): *Der Weg nach Potsdam. Die Alliierten und die Vertreibung*. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Fischer, Frankfurt am Main 1985, [ISBN 3-596-24329-7](#), S. 67 f.
- • Wilfried Loth: *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, [ISBN 978-3-525-36298-3](#), S. 64 f.
- • Jürgen Luh: *Die Potsdamer Konferenz: Zu diesem Band*. In: derselbe (Hrsg.): *Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt*. S. 13 f.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 97.
- • John Farquharson: *Großbritannien und die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), Heft 1, S. 43–67, hier S. 46 ([PDF](#)).
- • [Eckhard Jesse](#): *Bundesrepublik Deutschland: Geschichte*. In: [Werner Weidenfeld](#), [Karl-Rudolf Korte](#) (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1996, S. 68; ähnlich Elspeth O’Riordan, die die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz als [englisch fudge](#) bezeichnet, als „Schummelei“, in: *Understanding the Cold War. History, Approaches and Debates*. Palgrave Macmillan, Cham 2022, S. 31.
- • Rolf Steininger: *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*. Band 1, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 1983, S. 63 f.; Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 97–102, das Zitat S. 99.
- • Text der Potsdamer Deklaration in: Charles L. Mee: *Die Teilung der Beute. Die Potsdamer Konferenz 1945*, Wien 1977, S. 311 ff.
- • Hermann Graml: *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 105–164.
- • [Wieland Wagner](#): *Tokio und die Stunde Null – Der innerjapanische Streit um die Potsdamer Erklärung*. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): *Potsdam 1945 – Konzept, Taktik, Irrtum?* Duncker & Humblot, Berlin 1997, S. 182.
- • Text der Proklamation in: [Charles L. Mee](#): [Die Teilung der Beute. Die Potsdamer Konferenz 1945](#), Fritz Molden, Wien 1977, [ISBN 3-217-00706-9](#), S. 307 ff.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 92 f.
- • Wieland Wagner: *Tokio und die Stunde Null – Der innerjapanische Streit um die Potsdamer Erklärung*. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): *Potsdam 1945 – Konzept, Taktik, Irrtum?* Duncker & Humblot, Berlin 1997, S. 185 f.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 103.
- • Referiert bei Peter Ruggenthaler (Hrsg.): *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 95). Oldenbourg, München 2007, [ISBN 978-3-486-58398-4](#), S. 12 und 18.
- • [Walter Vogel](#), Christoph Weiß: *Einleitung*. In: [Bundesarchiv](#), [Institut für Zeitgeschichte](#) (Hrsg.): *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949*, Bd. 1: *September 1945–Dezember 1946*. Oldenbourg, München 1976, [ISBN 3-486-44321-6](#), S. 15–92, hier S. 86.
- • [Nikita Petrov](#): *Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1949*. In: Andreas Hilger, [Mike Schmeitzner](#), [Clemens Vollnhals](#) (Hrsg.): *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006, S. 341–365, hier S. 352 f.
- • Peter M. Wagner: *Deutschlandpolitik der Vier Mächte*. In: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1996, S. 205 f.
- • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*. dtv, München 2018, S. 97.
- • Gerhard L. Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*. DVA, Stuttgart 1995, S. 876.

Seite C 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

• • Henning Köhler: *Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte.* Hohenheim-Verlag, Stuttgart 2002, S. 444.

76. • Wolfgang Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam.* dtv, München 2018, S. 105.

Einklappen

Gipfeltreffen zwischen den USA und der UdSSR

Zweiter Weltkrieg:

Konferenz von Teheran (Dezember 1943) | Konferenz von Jalta (Februar 1945) | Potsdamer Konferenz (Juli 1945)

Tauwetter-Periode:

Genfer Gipfelkonferenz (1955) | Chruschtschow-Besuch in Camp David (1959) | Pariser Gipfelkonferenz (1960) | Gipfeltreffen in Wien (1961)

Vietnamkrieg und Entspannungspolitik:

Konferenz von Glassboro (1967) | Unterzeichnung von SALT I und ABM-Vertrag (Moskau, 1972) | Abkommen zur Verhinderung eines Atomkriegs (Washington, 1973) | Unterzeichnung Threshold Test Ban Treaty (Moskau, Juni 1974) | Besuch Gerald Fords in Wladiwostok (November 1974) | Helsinki-Schlussakte (1975) | Unterzeichnung SALT II (Wien, 1979)

Abrüstungsgespräche:

Genfer Gipfelkonferenz (1985) | Gipfeltreffen in Reykjavík (1986) | Gipfeltreffen in Washington (1987) mit Verhandlungen zum INF-Vertrag | Gipfeltreffen in Moskau (Mai 1988) mit Ratifizierung des INF-Vertrags | Gipfeltreffen in New York (Dezember 1988) | Gipfeltreffen in Malta (Dezember 1989) | Chemiewaffenabkommen (Washington, Juni 1990) | Gipfeltreffen in Helsinki (September 1990) | Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (Paris, November 1990) | G7-Treffen (London, Juli 1991) | Strategic Arms Reduction Treaty (Moskau, Juli 1991) | Madriдер Konferenz (Oktober 1991)

Normdaten (Veranstaltung): GND: 2017879-7 (GND Explorer, lobid, OGND) | LCCN: n50026604 | VIAF: 133170879

Kategorien:

- Alliierte Konferenz im Zweiten Weltkrieg
- Politische Veranstaltung 1945
- Deutsche Teilung
- Geschichte Potsdams
- Vertriebenenthematik
- Britisch-sowjetische Beziehungen
- Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten
- Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten
- Britisch-polnische Beziehungen
- Endphase des Zweiten Weltkriegs

- Diese Seite wurde zuletzt am 17. Juni 2025 um 00:43 Uhr bearbeitet.
- Abrufstatistik · Autoren

Seite C 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 862 vom 07.08.2025

Der Text ist unter der Lizenz „[Creative-Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen](#)“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den [Nutzungsbedingungen](#) und der [Datenschutzrichtlinie](#) einverstanden.

Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

Aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Potsdamer_Konferenz, aufgerufen am 02.08.2025, 17:05 Uhr